DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

288 25. JAHRGANG September 2008 4,50 €

AUS DEM INHALT:

PROJEKTE

Das »TS«, gegründet als »Traumschule«, liegt bei Salzwedel, direkt an der Grenze zum Wendland. Es handelt sich hier nicht um ein gewöhnliches Wohnprojekt, sondern in erster Linie um eine politische Projekt-Plattform, das heißt, es soll unter anderem die Infrastruktur für Projekte organisiert werden, so dass sich jedeR, gemäß ihrer Fähigkeiten und Ideen nach Absprache einbringen kann. Seite 3

JUBILÄUM

Im Hunsrück, in der Gemeinde Morbach, gibt es das Projekt »Wohnen auf der Dörrwiese«, mit einigen Häusern, unter anderem eine umgebaute Mühle, in denen sowohl geistig behinderte, lernbehinderte und psychisch kranke Menschen mit einigen Fachbetreuern zusammen wohnen. Der »Dörrwies e.V.« – Sozial Therapeutische Projekte in Selbstverwaltung, feierte im August sein 25-jähriges Bestehen. Eine Chronologie von Gerhard Kern auf Seite 5.

KULTUR

Aus Anlass von Israels 60igstem Unabhängigkeitstag wurden in Hamburg zwei Filmreihen mit neueren israelischen Filmen und eine Retrospektive gezeigt. Ein Rückblick von Gaston Kirsche.
René Hamm bespricht die anlässlich der 43. Solothurner Filmtage gezeigte Reportage »Die neuen Schweizermacher« der Züricher Regisseurin Karin Bauer, in der ein Licht auf die Art und Weise wirft, wie manche Gemeinden in der Schweiz mit der Einbürgerung umgehen. Seite 6

GESCHICHTE

Das Thema ist »abgefrühstückt« – um mal eine dieser unsäglichen journalistischen Redewendungen zu gebrauchen. Das sind wohl die Auswirkungen einer Gesellschaft des Spektakels: Erst arbeitet eine ganze Branche darauf hin, Verlage und AutorInnen terminieren ihre Publikationen und dann fehlt die Muße oder einfach der Wille, sich mit dieser Flut von Veröffentlichungen überhaupt auseinander zu setzen. Leider gehen so auch viele gute Bücher dabei unter – Grund genug, sich einmal mehr in einer Rezension mit 1968 zu beschäftigen. Eine Sammelrezension von Gottfried Oy auf Seite 11.

MARBURGER LEUCHTFEUER

Rolf Schwendter ist bereits der vierte Träger des »Marburger Leuchtfeuer«, das durch die Stadt Marburg und die Humanistische Union vergeben wird. Er ist Devianz-Forscher, Polit-Aktivist, Autor, Liedermacher, Regisseur und ein engagierter Streiter für eine Kultur der Selbstbestimmung und Sozialen Gerechtigkeit. »Er ist eine Art intellektueller Zehnkämpfer«, fasste Jury-Sprecher Jürgen Leitzel das vielfältige Wirken des Preisträgers zusammen. Seite 12

www.contraste.org

GLOBALE GESUNDHEIT UND GEISTIGES EIGENTUM

Warum Patente krank machen

Der beispiellose medizinische Fortschritt der letzten Jahrzehnte ist an der Mehrheit der Weltbevölkerung fast vollständig vorbeigegangen. 20 Millionen Menschen sterben jährlich an Krankheiten, die eigentlich behandelbar wären. Sie sterben nicht zuletzt deshalb, weil selbst lebensnotwendige Medikamente unerschwinglich teuer sind oder gar nicht erst entwickelt und produziert werden. 75 Prozent der Menschen leben in Entwicklungsländern. Doch nur 8 Prozent des weltweiten Pharmaabsatzes entfallen auf sie. Warum ist das so?

Postkarten-Aktion vom »Aktionsbündnis gegen AIDS«. Mehr zur Kampagne siehe Abbildung auf Seite 8

Von Thomas Gebauer ● Das gegenwärtige System zur Forschung und Entwicklung neuer Medikamente versagt dort, wo es um die Gesundheitsbedürfnisse von Millionen nicht zahlungskräftiger Menschen geht. Im Rahmen der Kommerzialisierung und Marktöffnung von Gesundheitsfürsorge, die durch internationale Institutionen und Verträge global betrieben wird, ist auch die Forschung, Entwicklung und Produktion von Medikamenten einer radikalen Privatisierung unterworfen. Das geschieht vor allen Dingen durch die forcierte Globalisierung des Patentrechts.

Auf allen großen Gipfeltreffen von Politikern und Wirtschaftsverbänden steht das Thema »Schutz von Innovation« ganz oben auf der Agenda. So auch auf dem G8-Treffen der dominanten Länder im deutschen Heiligendamm im Juni 2007. Neben wohlfeilen Worten über die Notwendigkeit von weltweiter Armutsreduktion steht unwidersprochen die Behauptung, dass es nötig ist, die geistigen Eigentumsrechte global zu standardisieren und zu verschärfen. Und es klingt einleuchtend, wenn Politikerinnen wie Frau Merkel davon sprechen, dass in modernen »Informationsgesellschaften« nur über die Kontrolle von Wissen Einkommen und Existenz zu sichern sei.

Doch was wie eine ökonomische Zwangsläufigkeit erscheint, resultiert aus der neoliberalen Umgestaltung der Welt. Zug um Zug ist öffentliches Wissen privatisiert und sind essentielle Sphären des Lebens wie Gesundheit, Ernährung oder Biodiversität handelspolitischen Strategien unterworfen worden.

So liegt der eigentliche Haken an der geforderten »Harmonisierung des Patentschutzes« darin, dass dem Rest der Welt ein System aufgenötigt werden soll, das sich im Sinne des Allgemeinwohls längst als untauglich herausgestellt hat.

Erforscht wird nämlich nur, was eine zahlungskräftige Kundschaft findet. Auf paradoxe Weise schließt eine Gesundheitsforschung, deren Anreiz alleine die Aussicht auf ein Patent ist, genau jene Menschen vom Zugang zu Arzneimitteln aus, die sie am dringendsten benötigten. Nicht Mittel gegen Tuberkulose befinden sich gegenwärtig in den industriellen Forschungspipelines, sondern »Lifestyle-Präparate« gegen Haarausfall oder Dickleibigkeit. Ohne eine grundlegende Änderung des bestehenden Forschungsmodells werden künftig eher Arzneimittel für Katzen entwickelt, als Impfstoffe gegen HIV/AIDS.

Dennoch sollen die Weichen für mehr und schärfere Patente gestellt werden. Selbst das 1994 beschlossene internationale »Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums« (TRIPS-Abkommen), von dem der ehemalige Chef-Ökonom der Weltbank Joseph Stiglitz sagte, dass mit seiner Verabschiedung »Tausende von Menschen in den ärmsten Ländern zum Tode verurteilt« wurden, geht der Achse Washington-Berlin offenbar noch nicht weit genug.

Wie prekär aber bereits die bestehenden Regelungen sind, zeigen die juristischen Auseinandersetzungen um Pharma-Patente, die weltweit entbrannt sind: »Novartis« klagt gegen das indische Patentrecht. »Abbott« droht Thailand mit Arzneimittelboykott, wenn das Land seine Zwangslizenzen für AIDS-Medikamente nicht zurückzieht. Und »Pfizer« klagt auf den Philippinen gegen Kosten reduzierende Parallelimporte. Schon heute ist absehbar, dass jede weitere Verschärfung des Patentschutzes nur dazu führen wird, weitere Menschen vom Zugang zu wirksamen Medikamenten auszuschließen.

Doch Patente zementieren nicht nur Armut und Abhängigkeit, sie hemmen auch die Innovation selbst. Bekanntlich wird Wissen immer weniger von isoliert arbeitenden Forschern produziert, sondern resultiert aus der Zusammenarbeit global vernetzter universitärer und privater Forschungseinrichtungen. Solche offenen Prozesse werden durch Datengeheimhaltung und das aberwitzige Wuchern von Schutzpatenten massiv behindert. Nicht zuletzt darin liegt der Grund, warum zwar die Forschungsaufwendungen wachsen, der Output aber mehr als mager ist. Immer mehr Geld geht für die Finanzierung von Anwälten und Lobbyisten, für Gerichtskosten und Marketing drauf.

Es ist höchste Zeit für politisches Handeln. Dabei ist daran zu erinnern, dass die größten gesundheitlichen Fortschritte nicht mit Blick auf Eigentumsrechte gemacht worden sind. Denn nicht Innovation um jeden Preis ist das Ziel, sondern Innovation, die auf öffentliche Bedürfnisse antwortet und allen zugänglich ist. Gefordert ist die Entwicklung eines Konzeptes von »Essentialität«, das Arzneimittel und andere unentbehrliche Bereiche der Daseinsvorsorge als öffentliche Güter begreift und prinzipiell vom Patentschutz ausnimmt.

Dabei könnten alle gewinnen. Nur die Pharma-Industrie müsste vielleicht etwas abgeben. Angesichts von sagenhaften 18 Prozent Eigenkapitalrendite nach Steuern sollte sie das verkraften.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

VERTRETERINNEN-VERSAMMLUNG DER OEKOGENO EG

Vorstand schafft VertreterInnen ab

Am 14. Juni 2008 fand die letzte VertreterInnen-Versammlung der OekoGeno eG statt. Das höchste beschlussfassende Organ der Genossenschaft schaffte sich still und leise selbst ab. Doch der Entscheid fiel erst nach einer Drohung des Vorstands und einigen gewendeten VertreterInnen.

Peter Streiff, Red. Stuttgart ● Die OekoGeno eG, die 1988 nach kontroversen Diskussionen als Ökobank eG gegründet wurde, hat bundesweit immer noch etwa 16.000 Mitglieder. Bislang wurden die genossenschaftlichen Entscheidungen nicht von einer Versammlung der Mitglieder (Generalversammlung) getroffen, sondern von einer VertreterInnen-Versammlung (VV). Die VertreterInnen wurden alle vier Jahre schriftlich von den Mitgliedern gewählt, die letzte Wahlperiode endete mit dieser VV am 14. Juni 2008.

Obwohl die VV in diesem Jahr zentral in Frankfurt a.M. stattfand (nicht wie letztes Jahr in Stuttgart), kamen nur 17 von den 58 gewählten VertreterInnen, um über die Geschicke ihrer Genossenschaft zu entscheiden. Immerhin standen umfangreiche Satzungsänderungen auf der Tagesordnung. Insbesondere sollte die bisher satzungsgemäß vorgesehene VertreterInnenversammlung abgeschafft und durch eine Generalversammlung ersetzt werden. Begründet wurde dies mit den hohen Kosten der VertreterInnenversammlung von angeblich etwa 40.000 EUR sowie der abnehmenden Bereitschaft der Mitglieder, sich für dieses Amt zur Wahl zu stellen.

Unter Demokratiegesichtspunkten gibt es Argumente für beide Formen der Entscheidungsfindung. Der breiteren Beteiligungsmöglichkeit im Falle der Generalversammlung steht das Risiko unwägbarer spontaner Mehrheitsentscheidungen entgegen.

Für eine Satzungsänderung ist eine 3/4-Mehrheit der Anwesenden erforderlich, also bei 17 Stimmberechtigten mindestens 13 Stimmen. Dummerweise stimmten jedoch nur 11 VertreterInnen dafür. Damit war der Vorschlag abgelehnt, und es hätte eine neue VertreterInnenwahl durchgeführt werden müssen.

Diesem Votum wollte sich nun aber der Vorstand überhaupt nicht beugen. Laut Urs Bürkle wäre es dem Vorstand für das nächste halbe Jahr nicht mehr möglich, seine Aufgaben zu erledigen, wenn nun arbeitsintensive Vorbereitungen für die Wahl von VertreterInnen durchgeführt werden müssten. Er drohte sogar damit, der Vorstand müsse zurücktreten, wenn es bei diesem Beschluss bliebe. Erstaunt fragt man sich, ob wohl alle Genossenschaften mit VertreterInnenversammlung alle vier Jahre ihren Geschäftsbetrieb für ein halbes Jahr einstellen, oder ob es nicht schlankere Lösungen oder vielleicht zügiger arbeitende Vorstände gibt. Wie wurde das wohl in der Vergangenheit der OekoGeno oder zu Zeiten der Ökobank gehandhabt?

Aber wenn die Basis nicht so will wie sie soll, wird ja des Öfteren – auch anderswo – ein Weg gefunden, die Getreuen wieder »auf Kurs« zu bringen. Und so geschah es auch hier: Erstmal wurde eine Mittagspause gemacht, in der »intensive Gespräche« geführt wurden. Danach beantragte ausgerechnet ein Vertreter, der vorher noch Befürworter der VV gewesen war und engste Geschäftsbeziehungen zur OekoGeno unterhält, erfolgreich die Aufhebung des zuvor gefassten Beschlusses. Und nicht nur er hatte sich in der Pause gewendet, sondern noch zwei weitere VertreterInnen. Außer zwei Aufrechten (und einer Enthaltung) stimmten nun also wundersamerweise 14 VertreterInnen für den Satzungsänderungsvorschlag des Vorstands. Ab nächstem Jahr dürfen also alle Mitglieder der OekoGeno eG auf der Generalversammlung mitentscheiden.

Wir sind gespannt, wie die Mitglieder zum Kurssturz der Postbank-Anleihe stehen (CONTRASTE berichtete im September 2007). Nachdem im Vorjahr eine Wertberichtigung von 180.000 EUR vorgenommen werden musste, wurde der Wert dieser Geldanlage, die so überhaupt nicht mit den satzungsmäßigen Zielen der OekoGeno in Einklang steht, zum Bilanzstichtag 31.12.2007 um weitere 232.550 EUR abgewertet.

Immerhin wurde auf dieser VV endlich die im Vorjahr verweigerte Entlastung unseres Redaktionsmitglieds Elisabeth Voß für ihre OekoGeno-Vorstandstätigkeit 2006 nachgeholt.

Mit der Satzungsänderung wurde ganz nebenbei auch CONTRASTE als bisheriges, offizielles Bekanntmachungsorgan der OekoGeno durch die taz ersetzt. Das wird die CONTRASTE nicht davon abhalten, die Entwicklung der OekoGeno eG weiterhin kritisch zu begleiten.●

CONTRASTE-PLENUM

Ganz schön anstrengend

In Hamburg, vom 11. bis 13. Juli, fand das jährliche Redaktionsplenum statt. Ansonsten über das Bundesgebiet und sogar international verstreut, nur durch E-Mail und Telefon verbunden, konnten wir uns wiedersehen und neue Redakteure kennenlernen, konnten miteinander beratschlagen und diskutieren. Dieses Jahr waren RedakteurInnen dabei aus Berlin, Dresden, Finkenburg bei Verden, Göttingen, Hamburg, Klagenfurt, Köln, Könnern bei Halle und Portugal.

von Uta Knischewski, Red. Dresden ● Eine umfangreiche Tagesordnung ließ stundenlange Gespräche und jede Menge Arbeit erahnen. Und so wurde es nichts mit den erhofften gemütlichen Kneipenabenden, weil wir bis spät abends plenierten. Immerhin, es war ein gutes CONTRASTE-Jahr seit letztem Sommer. In den Schwerpunkten und Artikeln wurden wieder einige ganz neue Themen angepackt, neue AutorInnen konnten gewonnen werden. Gar nicht selbstverständlich, da die CONTRASTE als Mitmachzeitung keine Honorare bezahlt. Wir konnten einiges an Lob und Anerkennung für unseren authentischen Journalismus ernten, was uns frischen Rückenwind gibt. Den haben wir gleichfalls bei der Spendenentwicklung zu vermelden. Das Jahresziel ist bereits fast erreicht. Es kann auch gerne was mehr sein, da wir immer noch 6.000 EUR an restlichen Altschulden vor uns her schieben. Diese sind entstanden durch einen Rechtsstreit im Jahr 1984 mit dem »Handelsblatt«, was den ersten Namen der CONTRASTE, nämlich »Wandelsblatt«, nicht hinnehmen wollte.

Flaute herrscht allerdings in der Aboentwicklung. Wir haben zur Zeit einige Abos weniger als vor zwölf Monaten. Um wieder in Fahrt zu kommen, wollen wir uns anstrengen mit Büchertischen und Handverkauf auf Tagungen und Kongressen. Es wäre toll, wenn unsere LeserInnen auch mithelfen würden und uns beispielsweise Probeabos (siehe Kasten rechts) vermittelten. Sehr freuen würden wir uns auch über NachwuchsredakteurInnen.

Bei den Schwerpunkten brechen wir wieder zu einigen neuen Ufern auf. Als da wären »Gewaltfreie Kommunikation«, »Peak Oil – Verknappung der Rohstoff-Reserven« oder »Peer economy«.

Unter Personalien müssen wir berichten, dass Jörg Bergstedt nicht mehr Redaktionsmitglied bei der CONTRASTE ist. Er hat Interna aus unserer Diskussion im Redaktionsverteiler ohne Absprache und in verzerrender Weise veröffentlicht. Damit hat er entgegen unserer Redaktionsvereinbarung eines geschützten Raumes (s. www.contraste.org/redaktionsselbstverständis.htm) gehandelt. Trotz ausdrücklicher Einladung ist Jörg nicht zur Aussprache zum Plenum gekommen, so dass zur Zeit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Redaktion nicht möglich ist. Unsere Zeitung steht ihm als Autor weiterhin offen. Außerdem führten wir kontroverses und vorerst ergebnislos eine Aussprache darüber, wie weit wir uns der diffusen Projekteszene öffnen können, ohne unseren inhaltlichen Kern aufzugeben.

Weitaus erfreulicher war dann die Vorstellung der Projekte des Arbeitskreises Lokale Ökonomie Hamburg, unseres Gastgebers. Neben dem ältesten Umsonstladen Deutschlands gibt es inzwischen ein Kleinmöbellager, eine Fahrrad- und eine Textilwerkstatt. Das neueste Projekt beim Arbeitskreis ist die »Freie Uni Hamburg«. Hier findet selbstbestimmtes Lernen auf Augenhöhe statt. Gerade fand die »Fiesta umsonst« statt, bei der mehr als 600 Menschen dabei waren. (www.neue-arbeit-hamburg.de/pmwiki.php).

Das nächste Plenum findet 2009 im sonnigen Portugal statt. Aussicht auf erholsame Badeferien inklusive.●

Beim Hamburger Plenum, von vorne (v.l.): Uta Knischewski (Dresden), Uwe Cislar (Finkenburg), Ariane Dettloff (Köln), Elisabeth Voß (Berlin), Hilmar Kunath (Hamburg). Von hinten (v.l.): Dieter Poschen (Portugal), Kai Böhne (Göttingen), Richard Schmid (Könnern), Hans Wieser (Klagenfurt) und Heinz Weinhausen (Köln)

AKTION 2008

Redaktion Heidelberg ● Erfreuliches gibt es aus der Sommerpause zu berichten: Auf unserem Spendenkonto gingen weitere 503,50 EUR ein. Sechs neue Abos, die Umwandlung eines Abos zu einer Fördermitgliedschaft und eine neue Fördermitgliedschaft bescheren uns weitere Einnahmen in Höhe von 222 EUR. Unser Spendenziel für 2008 wurde nun erreicht, bzw. übertroffen, wir können nun schon 269,50 EUR für das Jahr 2009 verbuchen. Zwei Abos wurden gekündigt, ein weiteres musste wegen Nichtzahlung eingestellt werden. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 145+ Neuabos.

Die Spenden im einzelnen:
- ● Eberhard Göpel, Bielefeld (50 EUR)
- ● Verein Leben, Klagenfurt (15 EUR)
- ● Linke Buchtage Berlin (10 EUR)
- ● Udo Blum, Schmitten (200 EUR)
- ● Gertrud Dorsch, Münster (138 EUR)
- ● Anna Bilse, Krefeld (14,50 EUR)
- ● Erhard Grimm, Groß Krakow (5 EUR)
- ● Anne Masjosthusmann, Berlin (16 EUR)
- ● Uta Knischewski, Dresden (50 EUR)
- ● Helge Mücke, Hannover (5 EUR)

Fördermitglied wurde:
- ● J. B., Drößnitz (70 EUR)

und schließlich die Umwandlung eines Abos in eine Fördermitgliedschaft:
- ● B. H., Eutin (62 EUR)

Wir danken allen SpenderInnen und Fördermitgliedern herzlichst für die Unterstützung des Zeitungsprojektes!

Wir hoffen auf weitere Spenden, da wir ohne diese auch im kommenden Jahr rote Zahlen schreiben würden. Neuabos und Umstellungen auf Fördermitgliedschaften stabilisieren unser Projekt.

Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung).●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2008

Guthaben für 2009: 269,50 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 145+ Neuabos

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Geburtstagsgeschenk für CONTRASTE

T-Shirt-Wettbewerb

Zu unserem 25. Geburtstag im nächsten Jahr wünschen wir uns schöne, witzige, auffällige T-Shirts. Die Internetadresse hinten kommt schon ziemlich gut. Vielleicht drucken wir vorne einfach unseren Schriftzug drauf? Was meint Ihr? Habt Ihr Ideen für einen Spruch, ein Bild, eine Grafik? Irgendetwas, das besonders gut zu unserer Zeitung passt, ohne Holzhammer und doch verständlich, ein Blickfang, der auch nach längerem Tragen nicht langweilt, sondern einfach gut aussieht?

Wir wünschen uns Eure Ideen und Anregungen in Form von Skizzen, Beschreibungen oder ausgearbeiteten Entwürfen. Zögert nicht, uns unter contraste@online.de mit dem Betreff »T-Shirt« zu schreiben. Bis Ende Oktober 2008 sammeln wir Eure Vorschläge. Im Dezember-Heft stellen wir Euch vor, was uns am besten gefallen hat, und dann dürft Ihr auswählen. Der oder die EinsenderIn des ausgewählten Entwurfs bekommt als kleine Anerkennung ein Buch oder das fertige T-Shirt, aber vor allem Ruhm und Ehre: stell dir vor du machst einen Vorschlag, und kurz darauf läuft alle Welt damit herum.

Mit dem CONTRASTE-T-Shirt können wir uns selbst eine Freude machen, aber auch unseren FreundInnen, vielleicht als Geschenk zum Geburtstag oder einfach so, am besten zusammen mit einem Schnupperabo.

Wir sind gespannt!●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

TV Smith: In the Arms of my Enemy

»Gary Gilmores Eyes«, »No time to be 21« und »Bored teenagers« waren die Songtitel, die die britische Punkband The Adverts Ende der 70er Jahre bekannt machten und bis heute auf keiner 77er-Punkcompilation fehlen dürfen. Lediglich zwei Alben veröffentlichte die Band bevor sie sich wieder auflöste. Spielwütiger Punk mit der ungeheuren Kraft einer neuen Generation von Kids, die einen Bruch mit dem Bestehenden Ende der 70er Jahre suchten, war auch ihr Markenzeichen. Ein Stil, der wohl nur im zeitgeschichtlichen Kontext zwischen 1976 und 1979 in Großbritannien möglich war.

Ihr damaliger Frontmann – TV Smith – ist seiner Passion als Musiker treu geblieben – ebenso seinen alten Idealen. Ob als Solokünstler in Singer-Songwriter-Manier, wenn er mit einer Gitarre bewaffnet auch immer noch die junge Punkgeneration in seinen Bann zieht, oder gemeinsam mit einer Band wie der Münchener Garden Gang durch Europa reist und das Publikum zum Pogotanz treibt, er versucht mit seiner Musik etwas zu bewegen und zum Nachdenken anzuregen. Dieser Refelexionsprozess kommt in dem Refrain »I wish I could see clearly« ebenso zum Vorschein. Seine Texte beinhalten eine deutliche Message – es ist eine Form von Politrock der besseren Sorte. Ein Jahr nach dem er das Debütalbum der Adverts »Crossing the red sea with the adverts« nach dreißig Jahren neu und gemeinsam mit einer neuen Band live eingespielt hatte, kam nun mit »In the arms of my enemy« wieder ein Soloalbum heraus. TV Smith gibt sich nachdenklich und streckenweise verfällt er in einen leichten Zynismus, wenn er z.B. die Erderwärmung und den fehlenden Umweltschutz anprangert (»It's warming up«). Der Verfall gesellschaftlicher Strukturen und die damit einhergehende Atomisierung (»Weak Glue«) werden von ihm genauso angegangen wie der Verlust an Individualität (»Clone Town«). Mit der Hommage »Backstage Bob«, die einem kurz vor Fertigstellung des Albums verstorbenen Fan gewidmet ist, klingt auch eine persönlich-melancholische Seite von TV Smith an. Trotz allem hat er einen Funken Optimismus bewahrt – »My Trojan Horse«, mit dem das Album ausklingt, drückt noch einmal die Hoffnung aus, dass es sich doch wieder zum Guten wenden wird – »My Trojan Horse // They'll just see you // My Trojan Horse // we will pull through«.

Verglichen mit seinen letzten Soloalben klingt »In the arms of my enemy« musikalisch-verspielter – eine Reihe von Musikern haben seine Songs instrumental unterlegt, was für ein sehr abwechslungsreiches Album gesorgt hat. Gemischt hat wiederum Jon Caffery, der sich auch um das Abmischen der Alben der Toten Hosen kümmert.

Über das Ergebnis seiner Arbeit hat TV Smith selbstbewusst bemerkt: »Bei diesem Album habe ich die beste Auswahl an Songs, sie zusammen mit meinen besten Freunden aufgenommen und mit ihnen die beste Zeit meines Lebens verbracht. 'In the Arms of my Enemy' fühlt sich wie das Album an, welches ich seit 30 Jahren vorbereitet habe.«●

Weitere Informationen unter: www.tvsmith.com. TV Smith: In the Arms of my Enemy, Drumming Monkey Records.

DJ Chaoz

DAS PROJEKT TS IN DER ALTMARK

Aktionsplattformen statt platte Aktionsformen

Im Folgenden soll es um den Stand und die Entwicklung des Projektes »TS« in der Altmark gehen. Es liegt bei Salzwedel (Sachsen-Anhalt), direkt an der Grenze zum Wendland.

Tiffi Schulze, TS ● Die ehemalige Grenzerkaserne mit Hallen und Freifläche sowie das ehemalige Bahnhofsgebäude wurden 2003 gekauft und »Traumschule« genannt. Eigentlich sollte diese Bezeichnung ausdrükken, dass hier ein alternativer, selbstorganisierter Lernort entstehen soll, an dem junge Menschen nicht bevormundet werden, indem sie beispielsweise zur Schule geschickt oder zum Besitz ihrer Eltern gemacht werden. Dies ist durchaus noch ein Anspruch von vielen hier, allerdings zeigte sich, dass dieser Name bei einigen Leuten falsche Vorstellungen darüber hervorrief, was das hier für ein Ort sein sollte: Freie Schule, Home-School-Familienparadies, (esoterische) Kommune oder Wohnprojekt. Deshalb die jetzige Umbenennung in »TS«.

Bis jetzt befand sich das Gelände auch in Privathand. Doch das soll sich mit der Übertragung an die »Stiftung Freiräume« ändern. Dabei ist die selbst gegründete nicht rechtsfähige Unterstiftung »Ungewohnt« die Verwalterin. Die Idee der »Stiftung Freiräume« ist die rechtliche Sicherung offener Räume, die dauerhafte Verhinderung von Re-Privatisierung und Kommerzialisierung. Für die »TS« stellt die Überschreibung die Konsequenz der schon immer angestrebten Freiheit von Privaträumen dar. Schließlich handelt es sich hier nicht um ein gewöhnliches Wohnprojekt, sondern in erster Linie um eine politische Projekt-Plattform, das heißt, es soll unter anderem die Infrastruktur für Projekte organisiert werden, sodass sich jedeR, gemäß ihrer Fähigkeiten und Ideen nach Absprache einbringen kann.

Platz genug für viele (neue) Leute ist vorhanden. So gibt es zum Beispiel einen Kreativ-Bastel-Raum, eine Bibliothek, verschiedene Spielräume, ein Büro, einen Infobus, aktionstaugliche Fahrzeuge, verschiedene Lager und Werkstätten u.v.m. Es gibt noch viele Räume, die ungenutzt sind und die Möglichkeit bieten, tolle neue Ideen umzusetzen. Viele der Materialien fanden in der Vergangenheit Verwendung bei politischen Camps und Aktionen. Auch auf dem Grundstück selbst fanden schon Camps (wie das Anti-Jagd-Camp letztes Jahr) und andere Veranstaltungen statt und sollen auch in Zukunft möglich sein. Damit hier eine dauerhafte Aktionsplattform entstehen kann, ist allerdings noch viel Arbeit nötig.

Schließlich befindet sich momentan noch fast alles im Zustand einer permanenten Baustelle und viele Ideen wurden noch gar nicht in Angriff genommen. Das liegt auch daran, dass sich zu wenige Leute kontinuierlich oder auch zeitweise an den Arbeiten beteiligen. So gibt es auch noch ein ganzes Bahnhofsgebäude, dass dringend instandgesetzt werden müsste und ein Aktionsmobil, das die Schreinerei blockiert. Wer Lust hat, behilflich zu sein, oder eigene Ideen umsetzen will, ist willkommen.

Die meisten unserer Materialien sind recycled, was neben der geringen Anzahl an Leuten auch ein Grund ist für den Low-Level vor Ort. So zum Beispiel bestehen die Aktionsräder aus Altmaterial. Dahinter steht jedoch keine primitivistische oder Schenker-Ideologie.

Die relative Offenheit des Projektes bedeutet nicht, dass es keine politischen Ansprüche gäbe und mensch

Foto: TS

sich nicht mit den anderen Anwesenden und ihren Befindlichkeiten auseinandersetzen müsste. Strukturelle Herrschaftsmechanismen wie Rassismen, (Hetero-) Sexismus, Altersdiskriminierung, Speziesismus, Lookismus und der ganze beschissene Rest sollen aufgedeckt und ihnen entgegengewirkt werden.

Wichtig ist zu betonen, dass das hier keine Kollektivmeinung darstellt, da es diese in der »TS« nicht gibt. Verschiedene Leute haben unterschiedliche Schwerpunkte, die von Queer-Feminismus über Ökoaktivismus bis zu Kapitalismuskritik reichen. Keinen Grundkonsens zu haben, bedeutet aus unserer Sicht auch viele Probleme. Das heißt zum einen, dass je nachdem wer gerade anwesend ist, ganz unterschiedliche Ansichten vertreten werden und Sachen gemacht werden. Zum anderen bedeutet es viele Streitpunkte für Diskussionen untereinander.

Interessierte Leute können tendenziell immer vorbeikommen, vorher Ankündigen wäre besser. Macht euch gefasst auf laute Musik, eine aggressive Katze und viel Unordnung.●

Kontakt:
TS, Dorfstraße 78a, 29416 Riebau
Tel.: (03 90 37) 95 89 93 (lange klingeln lassen)
E-Mail: akTSionsplataforma@gmx.de
Der nächste Bahnhof in 3 km Entfernung ist Riebau.

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Neues Polizeiaufgabengesetz in Bayern
Ab dem 1.08.2008 darf die Polizei in Bayern jederzeit ohne richterlichen Beschluss heimlich Wohnungen durchsuchen, Wanzen setzen und Computer mit Trojanern präparieren. Zudem wird eine präventive Rasterfahndung eingeführt und eine allgemeine Kennzeichenerfassung. Unter Protest wurde am 3.7.2008 im bayrischen Landtag eine Änderung des bisherigen Polizeiaufgabengesetzes in Bayern beschlossen. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/07/221255.shtml

Juristische Leitsatzkommentare im Internet
Leitsatzkommentare sind einfache juristische Kommentierungen von Gesetzestexten durch Beifügung von Leitsätzen aus der Rechtsprechung. Der Gießener Strafverteidiger Döhmer stellt solche Leitsätze inhaltlich sortiert im Internet zur Verfügung. Dort werden jeweils die Paragraphen der einzelnen Gesetze dargestellt, danach folgen die veröffentlichten Leitsätze der Gerichtsentscheidungen zu den jeweiligen Gesetzesbestimmungen. Die Leitsätze stellen eine Interpretationshilfe dar. Sie erleichtern das Lesen und Verstehen des Gesetzestextes auf dem Hintergrund der Anwendung des Gesetzes in der Rechtsprechungspraxis.
Siehe: www.leitsatzkommentar.de.

Innenminister als Rechtsbrecher? Staatsanwaltschaft schützt Bouffier
Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden hat ein Ermittlungsverfahren gegen Innenminister Bouffier eingestellt. Der hatte mit fast unglaublicher krimineller Energie eine größere Polizeiaktion inszeniert, um seine KritikerInnen hinter Gitter zu bringen. Die spektakuläre Aktion im Mai 2006 konnte allerdings inzwischen weitgehend aufgeklärt werden. Gegen 29 PolitikerInnen, RichterInnen und Angehörige der Polizei wurde seitdem wegen Freiheitsberaubung, Rechtsbeugung, Verfolgung Unschuldiger usw. ermittelt. Acht Verfahren sind inzwischen eingestellt, darunter gegen den hessischen Innenminister. Ihm sei eine Tatbeteiligung nicht nachzuweisen. Die inzwischen ausgewerteten Akten beinhalten aber kein einziges Blatt, dass sich mit Bouffier beschäftigt. Nicht einmal eine Beschuldigtenanhörung war erfolgt. Zudem ist der Polizeieinsatz gegen die Justiz- und PolizeikritikerInnen ohne Bouffiers Mitwirkung gar nicht erklärbar. Eine Aufklärung könnte aber dennoch noch gerichtlich erfolgen, denn während Bouffier geschützt wird, wird sein damaliges Opfer nun angeklagt. Ab dem 29.8. soll er sich vor Gericht verantworten, weil er den Innenminister als »Rechtsbrecher« bezeichnet haben soll. Das Verfahren ist brisant, denn schließlich muss dort untersucht werden, ob Bouffier nicht genau das ist. Dann wäre es keine Beleidigung. Mehr zu Bouffier mit Links zum Verfahren:
www.im-namen-des-volkers.de.vu.

Weitere Urteile wegen Gen-Feldbefreiungen
In den vergangenen Wochen sind etliche Prozesse wegen der Feldbefreiungen unter dem Motto »Gendreck weg!« (Aktion im Sommer 2007) abgewickelt worden. Es zeigt sich, dass die Gerichte den Aktionen zivilen Ungehorsams Verständnis gegenüber bringen, gleichwohl aber bei Nachweis der Täterschaft milde Strafen aussprechen, z.B. in Höhe von 15 Tagessätzen. Bislang gelang es nicht, für die Aktion den rechtfertigenden Notstand (§ 34 StGB) anzuwenden, obwohl das angesichts der inzwischen auch festgestellten Gesetzesnotstandslage (siehe Folgepunkt) angemessen wäre. Mehr unter www.gendreck-weg.de (dort Rechtshilfeseite anklicken).

Verwaltungsgericht Augsburg: Honig mit Mon810 darf nicht verkauft werden
Das beinhaltet juristische Sprengkraft: Ein Imker erreichte vor dem Verwaltungsgericht zum einen die Feststellung, dass ein mit gentechnischen Pflanzenteilen (Mon810-Pollen) verseuchter Honig wesentlich beeinträchtigt wurde und nicht mehr verkauft werden darf. Zudem stellte das Gericht eine deutliche Gesetzeslücke dar, weil das Verhältnis von gentechnischer Landwirtschaft zu Imkerei nirgends geregelt sei. Allerdings steht dem Imker kein Schutzanspruch zu. Er muss selbst ausweichen vor den Gentech-Feldern, darf aber seine Kosten dann dem Verursacher in Rechnung stellen. Schon das wirkt absurd. Unbeantwortet blieb aber auch die Frage, was gelten wird, wenn es mehr Genfelder werden und kein Ausweichraum mehr zur Verfügung steht. Immerhin fliegen Bienen kilometerweit. Juristisch könnte das Urteil auch eine Argumentationsgrundlage sein, warum der Widerstand gegen die Gentechnik von einem rechtfertigenden Notstand ausgehen kann.

Polizeiattacke auf Rote Flora in Hamburg
Ein kleiner Streit, dummerweise die Polizei eingeschaltet – und schon kann das für die Uniformierten reichen, mal wieder eine Razzia durchzuziehen. So geschehen am 6.7.2008 in Hamburg. Nachdem eine Frau dort von einem Mann attackiert wurde, eilte mehrere BesucherInnen der Roten Flora der Frau zu Hilfe. Als die Polizei eintraf, nahm sie aus unerfindlichen Gründen nicht nur den Angreifer, sondern auch einen der Helfenden fest. In diesem Zuge kam es zu einer Auseinandersetzung mit umstehenden Personen. Unter dem Vorwand, in der Roten Flora angeblich Beteiligte dieser Auseinandersetzung festnehmen zu wollen, wurde die Rote Flora umstellt. Da sich die noch anwesenden Partygäste weigerten, freiwillig ihre Personalien der Polizei auszuhändigen, wurde mit einem immensen Aufgebot inklusive Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE), Wasserwerfer und Hubschrauber, die Flora gestürmt. Nach diesem gewaltsamen Eindringen wurden alle noch in der Roten Flora befindlichen Personen vorläufig festgenommen. Entgegen aller Absprachen mit anwesenden Anwälten und trotz vorhandener Schlüssel wurden im Inneren etliche Türen von der Polizei mutwillig zerstört und alle Räume durchsucht. Unklar ist, warum die Polizei in den anfänglichen Vorfall verwickelt wurde. Rote-Flora-Erklärung unter
http://de.indymedia.org/2008/07/221425.shtml.

Freispruch nach offensiv geführtem Verfahren
Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass offensive Prozessführung vor Gericht nicht nur mehr Spielraum für politischen Protest bietet, sondern auch vor Verurteilungen schützen kann. Das neueste Beispiel: Am 14.07.08 fand vor dem Landgericht Berlin, die letzte Verhandlung gegen einen Aktivisten statt, der im August 2005 auf der Demo »Das Leben ist kein Ponyhof« einen Polizisten mit den Worten »Kamera-Arschloch« beleidigt haben soll. Nach 2 Instanzen und insgesamt 4 Terminen traute sich endlich der mittlerweile vom Dienst suspendierte und angeblich betroffene POM Breninek, auf die Gerichtsbühne um seine Version der Geschehnisse darzustellen. Am Ende stand der Freispruch. Doch die verqueren Aussagen der Uniformierten waren längst zerlegt. Berichte:
www.de.indymedia.org/2008/07/222435.shtml.

Tipps zur kreativen Antirepression
Wer Informationen zu kreativem Umgang mit Polizeikontakt und offensiver Prozessführung sucht, findet im Internet über die Adressen www.prozesstipps.de.vu und www.recht-extremismus.de.vu viele Hinweise. Zudem gibt es das Buch »Durch die Wüste« im Unrast-Verlag und viele kleine Broschüren unter www.aktionsversand.de.vu.
Im Herbst sind weitere Prozess- und Polizeikontakttrainings vorgesehen, u.a. während der Aktionswoche Anfang September bei der Waldbesetzung am Frankfurter Flughafen und am 9.11. in Erfurt. **Jörg Bergstedt**

BUCHPRÄMIEN FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Buchprämien:

Michaela Seul
RelaXX
Treibgutgeschichten
br., 245 Seiten
Geschichten (nicht nur) für den Urlaub
www.unrast-verlag.de

Edward Viesel
Freiheit statt Freibier
Geschichte und Praxis der freien digitalen Welt – mit einer Einführung in Linux
br., 280 Seiten
www.unrast-verlag.de

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehend angekreuzte Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.- Postfach 10 45 20 - D-69035 Heidelberg

ZUR SEICHTIGKEIT DES REFORMISMUS

Mindesthohn

Kabarettist Kittner erfreut uns durch die Botschaft, die Bundesregierung habe sich endlich zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für Spitzenmanager durchgerungen. Sie denke an acht Millionen Euro jährlich. Führungskräfte bei Volkswagen, Siemens, Deutscher Bank drohten allerdings schon mit Streik; sie möchten mindestens 60 Millionen. So weit der altkommunistische Haudegen – und ich bin nicht sicher, ob er nicht zu weit schlug. Denn durch seine Erläuterungen macht er ja im Grunde auch die sattsam bekannten gewerkschaftlichen Raufereien des Arbeiters um einen größeren Anteil vom kapitalistischen Kuchen lächerlich.

von Henner Reitmeier, Waltershausen ● Zumindest wirft er die Begierden beider Seiten in einen Topf – und da gehören sie auch hin. Des Kapitalisten Mahnung, wir säßen alle in einem Boot, war immer richtig. Wir fahren auf dem Mehr und denken ausschließlich in Seemeilen. Jeder im Boot will mehr Geld, um mehr von dem lebensgefährlichen Schund und Schrott genießen zu können, den man gemeinsam produziert. Die Aktien steigen und die Gletscher schmelzen.

Legionen von Reformisten müssten schon deshalb auf den Mond geschossen werden, weil sie sich nicht mehr an der Rüstungsproduktion stoßen, die unsere Weltwirtschaft prägt. Jammern sie aber über die Schließung einer Fabrik für Autos oder Airbusse, Mobiltelefone oder Überwachungskameras; trachten sie – plötzlich mit staatlicher Kohle – Großbäckereien und Gänsemastfarmen zu retten; preisen sie einen Kahlschlag namens Golfplatz, weil er neue Arbeitsplätze für beinahe kugelförmige RasenmähtraktorenfahrerInnen schafft – ist das etwa weniger schlimm? Auch hier wird nur aufgerüstet. Wie sich der Dicke gegen sein Verschwinden wappnet, so der golfende Porschefahrer gegen den Stress des Konkurrenzkampfes. Beide steuern absolut überflüssige Dreckschleudern. Wenn jener ungleich weniger Geld verdient als dieser, rüttelt es nicht am Wesen der kapitalistischen Warenproduktion. Ausschließlich am Profit orientiert, ist sie außerstande, für etwas anderes als Entwertung zu sorgen – der Rohstoffe, der Arbeitszeit, der Natur, des Menschen, ja sogar des Geldes. Die immer wiederkehrenden Inflationen zeigen, dass es dem Kapital um nichts geht. Es betreibt Vernichtung.

Selbst George Orwell wäre auf dem Mond gelandet, hätte er nur nicht viel zu früh ins Gras beißen müssen (1950 mit 46). In WIGAN PIER verherrlicht er die Schufterei des Bergmanns, die unser aller Alltag trage. Im Essay LEVIATHAN verkündet er, die Überwindung der Armut und die Befreiung der Arbeiterklasse erfordere nicht weniger, sondern immer mehr Industrialisierung – mit schönen Grüßen von Lenin, Trotzki, Stalin. Politik nennt er die Wahl zwischen zwei Übeln – für das kleinere hätten wir uns zu entscheiden. In seiner Schrift vom EINHORN schlägt er für die nächstbessere britische Gesellschaft neben der Verstaatlichung von Schwerindustrie und Boden vor, die Einkommensdifferenz zwischen Reich und Arm auf maximal 10:1 zu begrenzen. Er schließt mit einem Lob (der Tradition) des Kompromisses. Mit seiner Lebensfrist schloss er wohl auch einen, starb doch Eileen O'Shaugnessy, seine erste Frau, schon mit 39.

Sind demnächst Lafontaine oder Wagenknecht auf dem Kanzlerthron zu bewundern, werde ich ihnen als treuer Orwell-Schüler vorschlagen, für ihre Legislaturperiode nur noch 30 statt 80 Prozent Rassismus zuzulassen. Kurz, das reformistische Bestreben ist hoffnungslos dem quantitativen Denken verhaftet. In wirtschaftlichen Fragen drückt sich dieses gleichermaßen in der Haben-Mentalität wie im Schachern oder Schlagen um den Preis aus – die Ware Arbeitskraft eingeschlossen. Nebenbei sind diese gebetsmühlenartigen »Kämpfe« nicht nur ungemein kostspielig, sondern auch – für mein Empfinden – ungemein entwürdigend. Man feilscht um längst Absehbares; veranstaltet Possen um nichts. Alle humanen Fragen – etwa nach dem Sinn von Produkten, Einrichtungen, Lebensweisen – werden aus dem Verhandlungssaal verbannt. Dafür sind umso mehr Stühle für Presse und Fernsehen frei.

Verheißen uns die Reformisten – nach Schema des obigen Beispiels – statt 80 nur noch 50 Prozent Fortschritt, dann 30, 20 und so weiter, handelt es sich gleichfalls nur um Augenwischerei. Dynamische Einrichtungen lassen sich durch quantitative Korrekturen weder begrenzen noch aufhalten. Sie bleiben ihrer Dynamik treu. Sie finden jede Umgehungsstraße, jede Hintertür, jeden Steuertrick. Sie unterlaufen jeden Schlagbaum. Haben sich Öl und Erdgas erschöpft, werden sie sämtliche deutsche Bodenwellen mit Windrädern spicken und jede neue Autobahn gleich mit Solarzellen pflastern. Versiegt das Wasser, tränken sie ihre Mastbullen mit Bio-Sprit. Jeder Mensch ahnt inzwischen, dass wir mit unserer Lebensweise den Planeten verderben – doch kein Schwein sieht sich veranlasst, sie zu ändern. Diese Lösung wäre gar zu radikal und damit unbequem. Im DALI-Essay bemerkt Orwell, Verbote seien immer fragwürdig. Völlig richtig, Mister! Ob Tempolimit, Reichtumsbremse 10:1 oder Nagelfeilenverbot auf Schulhöfen – es geht an Kern und Wurzel des Problems vorbei. Man muss an den Bedingungen rütteln, damit sich die Haltungen ändern.

Der von Orwell gepriesene Kompromiss läuft im Zeichen des quantitativen Denkens leider auf endlosen Kuhhandel hinaus. Ob mit oder ohne Abstimmung, der Stärkere setzt sich durch, allerdings immer nur vorübergehend. Wegen der unvermeidlichen »Zugeständnisse« fühlt man sich stets zu kurz gekommen – und da Gewalt salonfähig ist, verschafft man sich eben neue Mehrheiten. Die dazu erforderlichen Überredungskünstlerinnen, Gutachterinnen, Lobbyisten sind natürlich nicht umsonst zu haben. Das quantitative Denken setzt auf Bestechung = Kampf. Es ist keineswegs zu simpel, Kapitalismus und Krieg als Synonyme aufzufassen. Wünschen Herr Lula oder Frau Pau, jenen zu »humanisieren«, machen sie uns weis, ein Pitbull ließe sich in ein Teddybärchen verwandeln.

Die Alternative wären aufrichtige und geduldige Erörterungen, wie sie etwa in unseren wenigen anarchistischen Kommunen versucht werden. Niemand verhehlt seine Wünsche, Zweifel, Ängste. Alle gemeinschaftlichen Vorgänge sind durch- und überschaubar. Jeder bemüht sich um eine Vereinbarung, die von allen getragen werden kann. So manche verblüffende Lösung hat bereits gezeigt, dass sich die Zufriedenheit aller Beteiligten herstellen lässt, wenn sie sich nur genügend Spielraum geben. Bei der herrschenden Unrast der Profit- und Kaufsüchtigen ist daran natürlich nicht zu denken. Sie haben alle Hände voll zu tun, ihren Geschäfts- und Geschlechtspartnern über Mobiltelefon mitzuteilen, wo sie sich gerade befinden. Dadurch schaffen sie immerhin Platz in ihrer Birne: für den nächstgrößeren Gehirntumor.●

REZENSION

Debatte um Militanz beim G8-Gipfel

Erinnern wir uns: Am 2. Juni 2007 griffen auf der Großdemonstration gegen das G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm einige Vermummte aus einem formierten schwarzen Block ein Polizeiauto an und verletzten die darin sitzenden Polizeibeamten erheblich. Viele prominente Linke reagierten panisch. »Wir werden in Zukunft nur noch Demonstrationen mit der klaren Ansage machen, dass alle, die sich nicht klipp und klar von Gewalt distanzieren, nicht zu uns gehören. Wir müssen gegenüber Gewalttätern eine ähnlich harte Haltung einnehmen wie gegenüber Neonazis: Wir wollen euch nicht bei uns«, erklärte beispielsweise der damalige Attac-Sprecher Peter Wahl.

Gemessen an dieser und anderen Aussagen ist die von Rainer Rilling herausgegebene Publikation über die »Gewaltfrage« in der Linken sehr interessant und unaufgeregt. Auch stellt sie eine überfällige Zurücknahme dieser Äußerungen dar, denn neben Autoren wie Peter Wahl und Michael Brie, die sich nach den Ausschreitungen deutlich von den Leuten mit Tüchern vor dem Gesicht distanziert hatten, finden sich auch Texte von Einzelpersonen und Gruppen, die die ganze Diskussion als eine aufgedrängte »Gewaltdebatte« ablehnen oder mit dem »riot« in Rostock vorsichtig sympathisieren.

Die erste totalitarismusangeleitete Gleichsetzung der autonomen Gewaltpraktiker mit Neonazis scheint wenig hegemoniefähig geworden zu sein, denn mit Neonazi-Sympathisanten wäre es wohl eher nicht zu einer gemeinsamen Publikation gekommen. So wird in der Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) um die seit jeher in der Linken umstrittene Frage der Gewalt gerungen. Wie der Herausgeber in seinem Vorwort schreibt, geht es um die »Widersprüchlichkeit der Identität der Linken«, die eine herrschafts- und gewaltfreie Welt erschaffen will und sich dennoch und gerade deshalb nicht auf den Standpunkt des »liberalen Verbalpazifismus« stellen könne.

Der emeritierte Politikprofessor Wolf-Dieter Narr macht erfreulicherweise auf die Vorrangigkeit der Staatsgewalt rund um den G8-Gipfel aufmerksam und schafft es so, das spontane Elend der Steinwürfe zum organisierten Gewaltarsenal des Staates ins rechte Verhältnis zu setzen. Auch Linksparteivorständlerin Christine Buchholz bewegt sich in diesem Horizont und spricht sich gegen eine Verherrlichung der SteineschmeißerInnen genauso vehement aus, wie gegen ihre Verdammung aus einem Kalkül heraus, »man könne so die eigenen Forderungen besser mit den Interessen des Staates versöhnen«. Der Bremer RLS-Mitarbeiter Bernd Hüttner, der die anfängliche Aufgeregtheit im Umfeld der Stiftung kritisiert, erteilt dem »Kniefall vor dem absichtsvoll medial produzierten Bild der sinnlosen Gewalt und der unkontrollierbaren Horden« eine deutliche Absage.

Peter Wahl sieht in den Stein- und Flaschenwürfen von Heiligendamm eine organisierte politische Strategie der Militanz, die er jedoch kaum von derjenigen sogenannter militanter Gruppen oder gar einer »Stadtguerilla« wie der längst verblichenen Roten Armee Fraktion zu unterscheiden weiß. Sie alle würden der prä-gramscianischen Linken angehören, die Herrschaft lediglich als Repression ansehen und sich selbst als Gegen-Repression und Gegen-Gewalt begreifen. Für den Kampf um Hegemonie seien diese Aktionsformen ungeeignet. Die mögliche Frage, warum dieser Kampf Militanz ausschließen sollte, wird von Wahl leider erst gar nicht gestellt.

Weitaus anregender sind die neo-leninistischen Überlegungen von Thomas Seibert. Für den Fantomâs-Redakteur hat die jugendliche rebellische Subjektivität nicht an sich schon emanzipatorischen Gehalt. Er will sie jedoch einer linken organisierten Gewalt zuführen. Seibert plädiert dafür, den Militanzbegriff im angelsächsischen Sinne zu erweitern. Der Militante gibt sich demzufolge dem politischen Kampf mit der ganzen Existenz hin, ist der linken Sache in »Treue« und »Glauben« ergeben. Damit bezieht er sich auf eine moralische Expressivität, die ironischerweise auch in der Lehre der Gewaltlosigkeit enthalten ist. Ironischerweise, weil Seibert schreibt: »PazifistInnen sind als solche keine Linken.«

Der insgesamt längste und angenehm pathosfreie Text stammt vom Chef der Abteilung Politikanalyse der RLS, Michael Brie. Darin geht er dem »besonderen Rohstoff Gewalt« nach: von ihrem Stellenwert bei Thomas Müntzer im Bauernkrieg bis zum vehementen Plädoyer Günter Anders', denjenigen mittels Gewalt das Handwerk zu legen, die die Menschheit im Atomzeitalter in die Katastrophe führen.

Dennoch erteilt Brie linker Gewalt eine deutliche Absage. So bezieht er sich positiv auf die Erfahrungen der »samtenen Revolution« von 1989 und warnt davor, mit politischer Gewalt BürgerInnen zu verschrecken. Er argumentiert, dass wir in einer Demokratie und nicht in einer Diktatur leben, in der es eine Vielzahl von Handlungs- und Aktionsformen gebe. Gewaltfreiheit sei als Ziel zu sehen, das mit dem Weg selbst entsteht. Brie hält Gewalt schließlich recht starr das Prinzip »Solidarität« entgegen. Peter Brückner hatte in der viel zugespitzteren Situation der 70er Jahre den Mut aufgebracht, beides aufeinander zu beziehen und gegen putschistische und ängstigende Gewalt die Möglichkeiten einer Gewalt, die Klassensolidarität ausdrückt und befeuert, ausgelotet. Mit Walter Benjamin wäre der rechtssetzenden und rechtserhaltenden, also staatlichen Gewalt eine prinzipiell schärfere Absage zu erteilen, als der anders zu bewertenden, mitunter elenden Gewalt der Elenden.

In dem vorzüglich argumentierenden Artikel des Hannover Soziologen Manfred Lauermann wird in einem Durchgang durch das Verhältnis der 68er-Bewegung zur Gewalt die entscheidende Literatur zu dieser Frage annotiert, die noch einer abermaligen Diskussion in der Linken harrt: beispielsweise die anti-koloniale Befreiungstheorie von Frantz Fanon. Lauermann gibt zu bedenken, dass es um 68 zu Fehlidentifikationen mit Militär- und Kriegsformationen kam, die man zu voreilig zu romantischen Partisanenkämpfern idealisiert habe. Man hätte vielmehr, so seine nach wie vor aktuelle Aufforderung, »mit klassischen und provokativen Protestformen im eigenen Land gegen Krieg« protestieren müssen.●

Gerhard Hanloser

Rainer Rilling (Hg.): Eine Frage der Gewalt. Antworten von links. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte Nr. 49, Dietz Verlag, 140 S., 9,90 EUR und als pdf auf www.rosalux.de.

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Die Vielfalt der Ideen ist groß und der Bedarf an Geld und Unterstützung für alle vorgestellten Projekte beträchtlich. Deshalb organisierte Netzwerk zusammen mit der »Antirassistischen Initiative Berlin« im Juli ein eintägiges Seminar zur Projektplanung und Projektfinanzierung für Flüchtlingsgruppen. Tipps und Tricks der Projektumsetzung wurden vermittelt und das Seminar ermöglichte einen Austausch über die verschiedenen, wichtigen und leider oft viel zu wenig Gehör findenden Ideen der Flüchtlinge.

Ganz aktuell kämpft die Flüchtlingsinitiative »The Voice« mit einer Protest- und Boykottkampagne gegen die Praxis der sogenannten Botschaftsanhörungen. NigerianerInnen und andere AfrikanerInnen werden hierbei zur Vorsprache bei sogenannten Identifizierungs-Sammelanhörungen mit dem Botschaftspersonal genötigt. Dort werden ihnen gegen ihren Willen sogenannte »Heimreisepapiere« ausgestellt, die ihre Abschiebung ermöglichen. Die nigerianische Botschaft bekommt von den deutschen Behörden für jeden Flüchtling, dem sie ein »Heimreisepapier« ausstellt und damit den Weg zur erzwungenen Abschiebung ebnet 250 Euro für jedes Interview und noch mal 250 Euro für jedes Reisedokument. Hierzu gibt es eine Postkartenaktion, die ihr unterstützen könnt. Weiterführende Informationen zu dieser Kampagne findet ihr im Internet: http://carava.net.

Wenn ihr selbst Lust und Bedarf an einem Seminar habt, dann meldet euch bei uns. Wir vermitteln zudem gerne kompetente AnsprechpartnerInnen.●

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

Flüchtlingen aktiv helfen

Kampagnen und Projektideen umzusetzen

Flüchtlinge organisieren sich selbst.
Aber wie können sie ihre Projekte umsetzen?

Um auf die unzumutbare Situation der Menschenrechte in Togo aufmerksam zu machen, will die Initiative »Togo-Action-Plus« ein Aufkärungs-Projekt starten. Das Flüchtlingsfrauenprojekt »women in exile« möchte für Flüchtlingsfrauen und deren Kinder eine Urlaubsreise mit pädagogischer und psychologischer Begleitung nach Brandenburg organisieren. Eine Gruppe von »The Voice« möchte eine Broschüre von Flüchtlingen für Flüchtlinge erstellen, um durch die Weitergabe von Erfahrungen mit Behörden deren Lebensbedingungen zu verbessern. Und es gibt viele weitere Vorhaben: Die »Flüchtlingsinitiative Brandenburg« hat die Idee, einen Dokumentarfilm zum Thema Kolonialisierung in Kamerun zu drehen und dafür vor Ort ZeitzeugInnen zu interviewen. Eine andere Gruppe möchte selbstorganisierte Illegalisierte aus ganz Europa zu einem internationalen Treffen einladen, um einen Austausch über die Möglichkeiten der Selbstorganisation zu ermöglichen. Die »Antirassistische Initiative« bereitet mit anderen Organisationen einen internationalen Gegenkongress zur »Konferenz zur Steuerung von Migrationsprozessen« vor, der im Oktober diesen Jahres in Paris stattfinden wird. So unterschiedlich die Motive, Ideen und Ansätze der Einzelnen auch sind. Sie alle wollen eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Europa erreichen.

25 JAHRE »DÖRRWIES E.V.« – SOZIAL THERAPEUTISCHE PROJEKTE IN SELBSTVERWALTUNG: BEHINDERTE UND NICHT BEHINDERTE MENSCHEN

Quo Vadis Dörrwies

»Dies ist unser Versuch: Ein Gemeinwesen zu bilden, in dem Schwächen und Stärken der Menschen nicht zu einer Klassifizierung führen, wo herrschaftsfreie Verhältnisse selbstverständlich die gegenseitige Hilfe beinhalten.«

Zitat von Gerhard Kern aus der ersten Broschüre des Vereins 1984

01.10.1983

Übernahme des Vereins »Arbeitstherapeutische Gemeinschaft«

Der anthroposophisch orientierte Verein suchte seinerzeit Personen, die die heilpädagogische Arbeit hier fortsetzen sollten.

In Calden bei Kassel hatte sich eine kleine Gruppe von Menschen formiert, die sich der Idee der Selbstverwaltung von Institutionen und der Selbstbestimmung von Individuen verpflichtet fühlten. Wir suchten den Ort, an dem es möglich sein sollte, dass beides unabhängig von Geschlecht, Rasse oder Religion verwirklicht werden könnte. Wir kamen in langwierige Gespräche mit der Heimleitung und den in der damaligen BRD örtlich weit verstreut lebenden Vereinsmitgliedern.

Auf einer Hauptversammlung wurde dann beschlossen, dass Name und die inhaltliche Ausrichtung grundlegend verändert werden sollten.

Damit die Verwirrung aber komplett wird, muss noch hinzugefügt werden, dass die erste Namensbezeichnung »Lebensgemeinschaft im Dhrontal« war, welche im Namen gewissermaßen auch ein Therapieziel signalisierte. Nicht die »Arbeit« sollte Therapiemittel sein, sondern das »Leben«. Gemeinsames Leben von Alten und Jungen, von behinderten und nicht behinderten Menschen, so selbstbestimmt wie möglich, waren Sinn und Zweck. Die Benennung in »Dörrwies« (Dialekt von »Dörrwiese«) war dann ein Zugeständnis an die Region.

1983 bis 1986

Pionierphase des neuen Vereins

Es war eine finanziell und aus sozialpädagogischer Sicht sehr schwierige Situation des Übergangs zu bewältigen, da teilweise noch Mitarbeiter des Heims weiter beschäftigt wurden und sich die finanzielle Basis als nicht gerade stabil erwies.

Eine laienhaft organisierte Landwirtschaft sollte professionalisiert werden. Ein therapeutisch orientierter Landwirtssohn aus Kassel versuchte mit für die damalige Zeit noch sehr ungewöhnlichen ökologischen Methoden der viel zu kleinen Dörrwiesen-Landwirtschaft den notwendigen Entwicklungsantrieb zu geben.

Da die Landwirtschaft auch konzeptionell zum Therapieansatz des neuen Vereins gehörte, wurde sehr viel Kraft und auch Enthusiasmus investiert. Das Prinzip »Leben auf und mit dem Lande« sollte für die zu betreuenden Menschen die Sinnfrage beantworten.

Politische Aktivitäten

Aktiv (Demos) gegen die Volkszählung, den Kapitalismus, Militarismus, Nationalismus, Rassismus, die konservative Pädagogik – einige von uns waren aktiv in den Debatten der libertären Ausrichtung der Anti-Pädagogik –, gegen den Krieg in Jugoslawien und die Bioethikentwicklung.

Wir hatten einige Kühe, Pferde, Esel, Schweine und vor allem Schafe, die uns Fleisch, Wolle und Milch lieferten. Gemeinsam lernten die MitarbeiterInnen und Betreuten Schafskäse herzustellen und viele andere aus der Landwirtschaft kommenden Lebensmittel zu produzieren oder zu veredeln.

Wir arbeiteten hart und viel. Die Erlöse waren gering und die Produkte reichten im Wesentlichen für eine Bereicherung der eigenen Lebensmittelversorgung.

Bis 1986 lebten zeitweise 35 Personen, Klienten, Mitarbeiter und Kinder auf dem Gelände der Gemarkung, teils auf engstem Raum, in Wohnverhältnissen, die heute keinem Hartz IV Empfänger zugemutet würden. Die so genannten Gehälter der Mitarbeiter bestanden aus einem Taschengeld von ca. 200 DM. Das Geld wurde in einer »gemeinsamen Kasse« verwaltet und verteilt. Das heißt, jede oder jeder nahm sich so viel er oder sie brauchte. Wir lebten solidarisch und hatten Ideen und Hoffnungen in die Zukunft.

Die Klienten (früher sprach man von Behinderten) hatten wir übernommen und es kamen auch neue hinzu. Für die behinderten Menschen und auch für die Fachbetreuer waren das turbulente Zeiten. Unser sozial-therapeutischer Ansatz unterschied sich sehr deutlich von der Versorgungsmentalität und auch von der heilpädagogischen Idee der Anthroposophen.

Der behinderte Mensch sollte die Fähigkeit zur Selbstentfaltung und Übernahme von Verantwortung im Gemeinschaftsrahmen entwickeln. Konkret bedeutete das eine für damalige Verhältnisse unbekannte Form der Entwicklung von Autonomie der einzelnen (behinderten) Person.

Die Menschen mit Handicap bekamen die Unterstützung, die sie brauchten und wollten. Sie lernten sehr viel und vor allem übernahmen sie Verantwortung in einem Maße, das niemand für möglich gehalten hätte. Das resultierte zum Teil auch daher, das unsere Klienten in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen wurden und maßgeblich an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens teilnahmen.

Es gab Vollversammlungen an denen Alle beteiligt waren und Gremienarbeit, bei der ebenfalls jeweils behinderte Menschen mitarbeiteten. Das war nicht immer reibungslos und einfach, zahlte sich letztlich aber für alle aus. Der Gemeinschaftssinn wuchs und hatte schöne Früchte durch die Feiern und Feste, die wir durchführen konnten.

Wir führten auf der Dörrwiese – gemeinsam mit den lern- oder geistig behinderten Menschen – Seminare mit dem Titel »Alternativen in der Arbeit mit geistig Behinderten« durch. Die Seminaristen kamen aus ganz Deutschland.

1985 begannen die »Dörrwiesel« sogenannte Alternativmessen gemeinsam mit anderen »Alternativen« (so wurden die Ökos, Bios, oder Alternativschulbefürworter, »Chemie«-Landwirtschaftsverneiner, Kriegsdienstverweigerer, u.s.f. etwas spöttisch bezeichnet) zu organisieren und die erste fand '85 in Kirchberg statt.

Ebenfalls zu dieser Zeit wurde vom Verein ein Second-Hand Laden in der Birkenfelder Straße eröffnet und mehrere Jahre betrieben. Er war gleichzeitig auch ein Standort des Vereins in Morbach.

1987 bis 2003

Konsolidierungsphase

1987 gab es mehrere Mitarbeiterwechsel, die zum Teil auf ideologische Zerwürfnisse zurück zu führen waren. Es kamen neue Mitarbeiter, die auch den weiteren Verlauf der Entwicklung prägten. Wir wurden u.a. mehr in regionale und sozio-kulturelle Bezüge eingebunden.

In diesem Jahr hatten wir den ersten Todesfall eines Klienten zu verkraften. Dieses Erlebnis hinterließ Spuren im Bewusstsein von der Endlichkeit des Lebens und von Verlust.

Dörrwies e.V. trug in der Folgezeit die sozial-politischen Belange durch Vortragsveranstaltungen zu diversen Themen in die Öffentlichkeit. Veranstaltungsorte waren zunächst Trier und später in den so genannten »Haus I-Runden« die Dörrwiese.

Das pädagogische Konzept war eingespielter und stabilisierte die gemeinschaftlichen Prozesse. Die sozialtherapeutische Situation aller am Entwicklungsprozess Beteiligten war die Frucht der vielen teils aufreibenden Diskussions- und Lernprozesse.

Die jährlich statt findenden Sommerfeste waren Höhepunkte des Zusammenlebens, denn nach wie vor dominierte die sozialpädagogische Arbeit das gemeinsame Leben und Arbeiten.

Dörrwies 2008 Fotos: Dörrwies e.V.

1993 feierte die Belegschaft der Dörrwiese mit Freunden und Freundinnen aus Deutschland und z.T. aus den europäischen Nachbarländern das 10jährige Bestehen der Selbstverwaltungsstrukturen.

Es war nun auch die Zeit des beginnenden sozialpolitischen Wandels. In langwierigen Verhandlungen von Gesetzgebern, Wissenschaftlern und Vertretern der Wohlfahrtverbände wurde die Wandlung des BSHG vollzogen, welches ab dem 31.12.2006 transformiert und im SGB II und XII neu geregelt wurde.

Das Wohlfahrtsdenken wurde ersetzt durch die Aktivierung der Hilfe zur Selbsthilfe und zwar nun auch durch die politisch Verantwortlichen. Waren es früher in erster Linie die Betroffenen, bzw. deren VertreterInnen, die die Unterstützung der Menschen mit Handicap durch Hilfe zur Selbsthilfe forderten, sind es heute die Landesregierungen selbst.

FC Liberté, Dörrwies

Es kamen die in den Niederlanden und einigen skandinavischen Ländern getesteten Modelle des persönlichen Bugdets ins Spiel, welche den psychisch kranken-, körper/geistig behinderten Menschen mit Geld ausstatteten, damit er sich die benötigten Hilfen bei von ihm selbst gewählten Anbietern kaufen kann.

Die Individuelle Hilfeplanung(IHP) wurde in den Ländern eingeführt und hat sich mittlerweile überall durchgesetzt. Hierbei finden sich Betroffene, Fachbetreuer, gesetzliche Betreuer und Vertreterinnen der Leistungsträger zusammen, um gemeinsam über Art und Menge der zu gewährenden Hilfe zu beraten und zu entscheiden.

In dieser Zeit änderte sich abgesehen von einigen wenigen Fluktuationen auf der Dörrwiese nicht allzu viel. Es wurden weiterhin acht Pflegeplätze angeboten. Sie waren fast durchgängig belegt und die Anfragen wegen eines Betreuungsplatzes konnten selten erfüllt werden. Als Immobilie wurde 1994 das ehemalige Haus Molitor erworben und diente bis 2007 als Büro und Tagungshaus für die oben erwähnten »Haus I« Diskussionsrunden.

2003 konnten wir 20 Jahre Dörrwiese mit einem rauschenden Fest feiern, mit Live-Musik und vielen lieben Freunden und Gästen aus nah und fern.

Zeitungen & Projekte

1985 »Beginnen«, »Rumpelstilz2000«, »AKAZ«, Teilnahme am 2. Kongreß Alternativer Zeitungen1993 in Clausthal-Zellerfeld, redaktionelle Beteilung beim »Hunsrück-Forum«, bei der »Maju« – Nachfolgezeitung von der Trierer Stadtzeitung »Katz«, freie Mitarbeit bei »Schwarzer Faden«, »CONTRASTE« und »ÖkoLinX«.

Mit »CONTRASTE« der »Monatszeitung für Selbstorganisation« sind wir seit deren Gründung mehr oder weniger eng verbunden. Der erste Sinneskontakt erfolgte bei der ersten Projektemesse auf der Krebsmühle in Oberursel (bei Ff/M) 1983, die erste Ausgabe des »Wandelsblatt« – später verboten und in »CONTRASTE« verwandelt – erfolgte 1984. Der letzte Streich war die Initiierung der Knastdebatte im Jahre 2004, die ja bekanntlich mittlerweile einen festen Platz durch unseren »Abitourienten« und seinen gefangenen Bekannten in der Zeitung hat.

Betrieb eines »Second-Hand-Shops« , des »Buch- und Weinladens« mit Kopiershop in Morbach. Seminare zur Arbeit mit geistig behinderten Menschen.

Beteiligt an den Gründungsaktivitäten der Ökobank in den ersten Jahren.

Bildung

Wir veranstalteten Ausstellungen – z.B. zu dem tschechischen Karikaturisten Josef Čapek – oder Vorträge, Lesungen zu gesellschaftsrelevanten Themen. Dann folgte eine Serie Esoterik- und anthroposophie-kritischer Veranstaltungen und in den letzten Jahren verstärkt gegen den Antisemitismus und Antizionismus.

Es gab eine Diskussionsreihe in den eigenen Räumen zu oben angedeuteten Themen über mehrere Jahre hinweg.

Die A.B.I. – Anarchistische (oder alternative) Bildungs Intiative – wurde von uns eingerichtet und der bisher erste und einzige Student schließt gerade mit dem Dörrwiesen-Diplom ab.

Außerdem gab und gibt es Kooperationen mit dem »Paritätischen«, den »WWOOF« (Willing Workers of Organic Farms) und mit der »Netzkraftbewegung«.

Seit 1983 gab es regelmäßig Jahreshauptversammlungen, an denen nach dem Selbstverständnis des Vereins auch alle behinderten Menschen teilnehmen konnten. Für uns war das gelebte Teilhabe, die mittlerweile auch im ganz normalen Behindertenalltag Platz zu greifen scheint.

Auch nach dieser Zeit blieb die »Kleinsteinrichtung« stabil, sowohl bei der Belegung, vor allem aber auch finanziell durch eine gute Geschäftsführung über all die Jahre.

2008 – Quo Vadis Dörrwies

Gegenwart und Zukunft oder Phase III

Die Wohnheim-Einrichtung soll als Lebensort und vor allem auch auf dem Gelände des Weilers bestehen können. Die Vorzeichen sind nicht schlecht.

Das »Wohnen auf der Dörrwiese« für behinderte, alte und junge Menschen als Modellversuch einer solidarischen Gesellschaft soll das Kerngeschäft bleiben. Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung und der Gemeindeverwaltung Morbach das *Ambulante Betreute Wohnen* realisieren. Diese Unterstützungsarbeit gestattet es den Menschen am Ort ihrer Wahl, also in der eigenen Wohnung, im Elternhaus oder bei Freunden und Verwandten, wohnen zu bleiben, am gesellschaftlichen Leben teil zu haben und dennoch die notwendige Unterstützung durch Fachkräfte der Dörrwiese zu bekommen.

Seit Juni 2008 ist »Dörrwies e.V.« als ständige Vertretung an der Teilhabekonferenz der Kreisverwaltung beteiligt. Auf diese Weise kommen wir unserem Ziel einer solidarischen Gesellschaft näher und könnten mit den politischen Kräften im Lande daran arbeiten den Ort Morbach auch auf sozialem Sektor in eine Modellregion zu verwandeln, was letztlich allen Menschen helfen würde.

Am 9. August 2008 wollen wir das Sommerfest als 25 Jahres Jubiläum feiern.

Auf der Hauptversammlung am 13. September 2008 sollen die Weichen für die Zukunft in einer sozial- und realpolitisch veränderten Welt gestellt werden. Eine veränderte Satzung, ein dem Projekt adäquater Name und neue rechtliche Strukturen der operativen Teile der Sozial-Therapeutischen Projekte sollen und können beschlossen werden.

»Lasst uns sozial und ökonomisch Zukunftswelten bauen, aber lasst uns damit nicht in Stich«. ●

Kultur

Von Beginn an waren einige Dörrwiesler an den Projektemessen 1983 in Oberursel, 1985 in Kirchberg (Hunsrück) beteiligt. Bei Open-Air Festivals auf der Burg Waldeck, auf »Lott«- und »Krahloch« Festivals sowie auf dem von uns initiierten Festival im »Andeler Steinbruch« (bei Bemkastel-Kues) waren immer auch die Menschen – behinderte und nicht behinderte – von der Dörrwiese tätig.
Auf dem Gelände des Vereins fand bislang jedes Jahr ein Sommerfest mit aktiver Beteiligung der BewohnerInnen und ihrer Freunde statt.

Utopien

Gegenseitige Hilfe, Gleichheit statt Hierarchie, Überwindung von äußeren und inneren Grenzen, Selbstverwaltung/Organisation, Selbst- und Gesellschaftskritik sowie materialistischer Humanismus für alle Menschen.

HAMBURG: FILMREIHEN

Filme Made in Israel

Aus Anlass von Israels 60igstem Yom Ha'atzmaut, Unabhängigkeitstag am 5. Ijjar 5708 oder 14. Mai 2008 wurden in Hamburg zwei Filmreihen mit neueren israelischen Filmen und eine Retrospektive gezeigt.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage) ● Die erste Reihe wurde im Mai von der deutschlandkritischen Antifa-Gruppe »Bad Weather« (1) in dem Kino des Schanzenviertels, dem 3001, veranstaltet, eine zweite im Juni von den BetreiberInnen der cineastisch orientierten Stadtteilkinos Blankenese und Elbe (2), und die Retrospektive fand im Kommunalen Kino Metropolis (3) statt.

Die erste Reihe wurde ganz klassisch mit einer explizit politischen Positionierung präsentiert: *»Israel und der israelische Film sind so übersaturiert mit Geschichte, Politik und Realität, dass Filme zu zeigen, welche komplett von der bewegten politischen Geschichte Israels oder der aktuellen Situation abstrahieren, schlechterdings unmöglich ist. Stattdessen mag die Filmreihe unser kleiner Beitrag in einer Vielzahl von Veranstaltungen zum 60ten Jahrestag Israels sein, ein Beitrag, dem es vielleicht gelingt, Momente israelischer Realität und Normalität im Angesicht der verzerrten Darstellung in der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln. P.S.: HAPPY BIRTHDAY ISRAEL!«*, so endet der Ankündigungstext von »Bad Weather«. »Bad Weather« ist eine Antifa-Gruppe, die sich unter Radikalität mehr vorstellt als Nazis Jagen, und die mit dieser Filmreihe Israel zum Geburtstag gratulierte, ohne zu vergessen, wo sie Politik machen: *»In einem Deutschland also, in dem auch 63 Jahre nach dem Ende des NS-Staates alte und neue Antisemiten sich beständig bemerkbar machen, ist nur der stets latent drohende, antisemitische Ausnahmezustand Normalität.«*

Ohne die Shoah wäre auch »Made in Israel« nicht denkbar. In dieser Gangsterkomödie scheint viel von der israelischen Realität auf: Die Traumatisierung der zweiten Generation, ebenso wie die Einwanderung aus vielen Ländern nach Israel. In »Made in Israel« beauftragt Danny Hoffman, ein israelischer Geschäftsmann, zwei ungleiche Gangsterpaare damit, der israelischen Armee den letzten Nazi abzujagen. Egon Schultz, von Syrien an Israel ausgelieferter Nazi, soll der Prozess gemacht werden. Aber Hoffman will seinem Vater einen Wunsch erfüllen und den Nazi eigenhändig erschießen. Seine Tochter sitzt vor der Playstation, spielt Nazi-Töten. Der Film wirkt überdreht, aber die Geschichte, die Hoffman erzählt, ist leider real: Er will den Nazi töten, weil er Angst hat, der könnte freigesprochen werden. Und dann schildert er die wahre Geschichte des Nazischlächters John Demjanjuk, den ein israelisches Gericht 1993 freisprechen musste aus Mangel an Beweisen. Über den Freispruch war Hoffmans Vater geschockt.

In einem blutigen Showdown wird der Armeetransport mit dem Nazi überfallen. Der gekidnappte Nazi ist stumpf und still, nur lebhaft, als er die Entführer fragt, ob sie Neonazis seien, die ihn befreien wollten. Worauf die empört ausrufen: Sehen wir etwa wie Neonazis aus? Aber der eine Entführer will von ihm wissen, wie er seinen Schnauzer Gunter dazu bringen kann, die Schutzhundprüfung zu bestehen. Er als Deutscher müsse das doch wissen. Egon Schultz geht aus sich heraus, der Herrenmensch kommt hervor, als er ruft: »Sitz, Fass, Fuss!«. Den Hund will er durch Quälerei gefügig machen. Der Entführer ist angewidert: »Wenn er so zu Hunden ist, wie quält der dann erst Menschen!«. Er will Schultz auf der Stelle erschießen.

Gleich im Eröffnungsfilm der ersten Filmreihe, »Frozen Days« zerstört ein Selbstmordanschlag den Plan von Meow, einer jungen Frau, den Chatpartner aus dem Internet endlich kennen zu lernen, den sie zu lieben glaubt. Meow wollte sich in einer Disko mit Alex treffen. Alex wird schwer verletzt, Meow besucht ihn im Hospital, wo er komplett einbandagiert im Koma liegt. Meow, sonst auf den Straßen von Tel Aviv unterwegs, obercool und mit dem Handverkauf von Drogen beschäftigt, beschließt, in seiner Wohnung einzuziehen. Sie wird als Alex Kaplan angesprochen, kleidet sich als Mann, ihre Vorstellung von Realität gerät durcheinander, welches Leben ist ihres, welches seins? »Frozen Days« ist die Geschichte einer postadoleszenten Identitätssuche.

An einem ganz anderen Punkt im Leben steht Miri in »Noodles«. Miri ist 37, zwei Mal verwitwet und Flugbegleiterin bei El Al, doch ihr wohlgeordnetes Leben wird plötzlich von einem verlassenen chinesischen Jungen auf den Kopf gestellt, der bei ihr in der Wohnung sitzt. Seine Mutter, ihre Haushälterin, wurde plötzlich aus Israel abgeschoben. Auch in Israel gibt es illegalisierte Arbeitsmigration und dass Miri den Jungen nur klandestin und unerlaubt zu seiner abgeschobenen Mutter bringen kann, ist bitter.

Während im Schanzenviertel im »3001-Kino« Filme rezipiert wurden, die eher zu den aktuellen politischen Szenedebatten hierzulande passen, war die im »Metropolis« im Juni gelaufene Filmreihe als Retrospektive angelegt. Im Elbe-Kino und im Blankeneser-Kino wurden unter dem Motto »Israelische Filme – 60 Jahre Israel« neuere Produktionen gezeigt. In beiden Reihen überwogen die Spielfilme, in denen ebenso wie in den gezeigten Dokumentationen die Geschichte Israels und die heutige Gesellschaft auf die Leinwand kamen. Unter dem Motto »Aufbau« wurden im »Metropolis« Klassiker gezeigt, wie der Eröffnungsfilm »Hill 24 Doesn't Answer« des Regisseurs Thorold Dickinson von 1954. Am Tag nachdem Israel seine Staatsgründung verkündete hatte, erklärten ihm fünf arabische Staaten den Krieg. Im Film versuchen ein paar Freiwillige für Israel einen Hügel einzunehmen. Keiner überlebt. Aus ihrem persönlichen Einsatz zu kämpfen, wird eindringlich die Motivation für die Gründung Israels deutlich. In einer Schlüsselszene steht der im britischen Mandatsgebiet Palästina geborene David Amiram einem ägyptischen Soldaten gegenüber, der sich als ehemaliger SS-Mann entpuppt.

Als Abschlussfilm hat das Metropolis verdienstvoller Weise »Light out of Nowhere« von Nissim Dayan von 1973 ausgewählt. Hintergrund des Filmes ist die Anfang der 70er Jahre in Israel aufbegehrende Black-Panther-Bewegung von jüdischen MigrantInnen aus dem Orient, den Sephardim. Bis heute bestehen die israelischen Eliten fast ausnahmslos aus Ashkenasim, jüdischen MigrantInnen aus dem Okzident. Selbst im Kino wurden die schlechter angesehenen Sephardim meist von Ashkenasim gespielt, während Sephardim die in der gesellschaftlichen Hierarchie noch tieferstehenden AraberInnen spielen durften. In Nissmi Dayans Film spielen sich die marginalisierten Sephardim selbst. Die Handlung spielt in einem Tel Aviver Elendsquartier, der junge Protagonist Shaul sieht keinen Platz für sich in der israelischen Gesellschaft. Der Film erlangte kaum Aufmerksamkeit: Er kam in die Kinos, als Israel 1973 im Jom-Kippur- Krieg von seinen arabischen Nachbarstaaten überfallen wurde.

Mit einer Dokumentation von 2004 über die ashkenasische Einwanderung wurde die Filmreihe im »Elbe-Kino« eröffnet: »Odessa, Odessa« von 2004 ist eine Dokumentation von Michale Boganim über die Stadt, die vor der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht eines der kulturellen Zentren jüdischen Lebens in Europa war. Nach der Shoah ist die Stadt Ashdod in Israel ein Versuch, die Kultur von Odessa weiterleben zu lassen, voller Sehnsucht nach dem vernichteten osteuropäischen Ort.

In dem ungewöhnlichen Polizeifilm »Die Untersuchung geht weiter«, den Marek Rozenbaum 2000 drehte, sind weder die Shoah noch die Kriege mit den umliegenden Staaten explizit Thema. Die Brutalität, mit welcher der Inspektor Micha Stein bei seinen Verhören vorgeht, die lakonische Hinnahme seiner Gewaltausbrüche durch seine Kollegin, verdeutlichen aber implizit, was es bedeutet, in einem Land zu leben, dessen Nachbarstaaten es seit Jahrzehnten kriegerisch bedrohen. Aber auch der Konflikt zwischen Ashkenasim und Sephardim wird ausgespielt: Der Inspektor ist ehrgeizig, gut gekleidet, trägt einen europäischen Namen – sein Verdächtiger, der Sänger Shalom Shalom, kann gekonnt mit einem arabischen Liebeslied provozieren, als Stein ihn an einem Polizeichor vorbeiführt, der die Schönheit Israels besingt. In diesem unbedingt sehenswerten Film verstärkt die Musik Emotionen passend. An einer Stelle trifft einen die ganze Schwere der Trauer um eine Tote, als zu einem ruhigen, eindringlichen Bild ein melancholisches Lied des Trostes erklingt.●

1) Programm und Infos: www.antifa-hamburg.com
2) www.elbe-kino.de/ und www.blankeneserkino.de/
3) www.metropoliskino.de/

43. SOLOTHURNER FILMTAGE

Schweiz: Rückgang des intoleranten Populismus ?

Vielleicht neigen die SchweizerInnen doch nicht mehrheitlich zur Xenophobie wie man es ihnen oft aufbürdet. Oder liegt es bloß am Fussball-EM-Effekt, an dem Risiko eines herben Imageschadens zu leiden? Am 1. Juni kippten die Eidgenossen eine Initiative in Sachen Verschärfung der Einbürgerungspraxis.

René Hamm aus Bischoffsheim (Elsass) ● Zwar beteiligten sich nur 44,8 Prozent der Wahlberechtigten an diesem Votum, aber 63,8 Prozent lehnten das von der Schweizerischen Volkspartei (100.038 Unterschriften wurden am 18. November 2005 als gültig registriert) lancierte Begehren ab. Unter »demokratische Einbürgerungen« verstehen Christoph Blocher (1) und seine Hardliner, dass in den Kommunen die Leute entscheiden, wem der Rote Pass mit dem weißen Kreuz zuerkannt wird. Jede Rekursmöglichkeit wäre dann ausgeschlossen.

Die Vorgeschichte. Am 12. März 2000 wurden bei einer Urnenabstimmung in Emmen (Kanton Luzern) acht Italienern die Schweizer Staatsangehörigkeit zugesprochen. Achtundvierzig aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien wurde sie ohne Angabe eines treffenden Grundes verweigert. Am 9. Juli 2003 deklarierte das Bundesgericht in Lausanne einen solchen diskriminierenden Modus als verfassungswidrig.

In ihrer Reportage »Die neuen Schweizermacher« (2), welche unter anderem am 23. Januar 2008 im Rahmen der 43. Solothurner Filmtage gezeigt wurde, wirft die Zürcherin Regisseurin Karin Bauer ein Licht auf die Art und Weise, wie manche Aargauer Gemeinden dieses heikle Thema anfassen. Auf die 9.355 Einwohner vom »drei Kirchendorf« Möhlin ist jeder fünfte ein Fremder (3). Am 22. Juni und 7. Dezember 2006 hat die Volksversammlung das Gesuch von zwölf Personen aus dem Balkan auf Einbürgerung zurückgewiesen. Am Stammtisch des Restaurants »Sonnenberg«, bleibt jede Differenzierung auf der Strecke. Der Treuhänder Fritz Zumstein wettert gegen die »ausverkaufte Heimat«. Er will die Leute gar nicht kennen. Er beurteilt im allgemeinen: »Wir haben Angst. Die Messlatte muss erhöht werden«. Aus Reaktion auf die Haltung ihrer Pappenheimer, organisierte die Verwaltung eine schriftliche Integrationsprüfung. Der Fragebogen reichte vom Namen der Gemeinderäte bis zur Organisation der Kehrichtabfuhr. Der Logistiker aus Bosnien, Jovo Banbulovic, schätzt, dass dreißig bis vierzig Prozent der Schweizer nicht mal die genaue Zahl der Kantone (4) wissen. Fatmir Zamberi ist seit zwölf Jahren im Fricktal ansässig. Der Saisonnier hat sich hochgearbeitet. Heute leitet der Mazedonier eine Baufirma für Wintergärten. Nebaat, seine Frau, ist Pflegeassistentin. Der Sohn ist hier geboren. Das Paar hofft, dass beim dritten Anlauf die Einbürgerung endlich klappt.

In Wohlen besucht systematisch die Polizei die AusländerInnen die mit einem(-er) Einheimischen verheiratet sind. Die tüchtige Stefanie Herter schaut sich gründlich bei der Türkin Fatma Doldur um. Das Eindringen in die Intimsphäre gehört zum Job. Schläft sie im selben Bett wie ihr Mann ? Die blau uniformierte junge Frau notiert auch ob im Badezimmer zwei Zahnbürsten im Becher stehen, ob zwei Sorten Parfum vorhanden sind. Sie erkundigt sich über Scheidungsaussichten, eventuelle Schläge oder Drohungen durch den Gatten. Die Kandidatin glaubt, dass man einen guten Charakter haben und immer anständig sein muss um eine gute Schweizerin zu werden...●

1) Am 12.Dezember 2007, an Stelle des Zürchers Millardär, der das Amt in der vorherigen Legislatur exercierte, ernannte das Berner Parlament Eveline Widmer-Schlumpf als Mitglied der siebenköpfigen Regierung. Die neue Justiz- und Innenministerin sowie deren Graubündner SVP-Sektion wurden vor kurzem aus der Partei verbannt.
2) Die Fiktion Die Schweizermacher von Rolf Lyssy (1978) bleibt bis heute mit 940.145 Kino-Eintritten der erfolgreichste autochtone Film.
3) In der Alpenrepublik leben 7,59 Millionen, davon etwa 1,56 Millionen Ausländer.
4) Sechsundzwanzig.

Anzeige

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
❍ Halbjahresabo zu € 29,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

GESUNDHEIT & ÖKONOMISCHE INTERESSEN

Gesundheit & Patente

WTO, TRIPS und Patente

Selten geriet ein internationales Handelsabkommen so in das Licht der Öffentlichkeit, wie das »Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums« (TRIPS) von 1995.

Von Andreas Wulf, medico ● Wesentlich trug dazu im Jahr 2003 die Aufmerksamkeit um den Prozess der internationalen Pharmaunternehmen vor dem südafrikanischen obersten Gerichtshof gegen ein bereits 1997 geplantes neues Arzneimittelgesetz bei. Dieses sah u.a. vor, Medikamente durch Parallelimporte und Zwangslizenzen billiger zu beschaffen, um die Kosten im chronisch defizitären öffentlichen Gesundheitssystem Südafrikas in Grenzen zu halten.

Dabei nutzte es der Regierung zunächst nichts, dass sie sich auf den Ausnahme-Passus bezog, der im TRIPS Artikel 27.2 fixiert worden war. Im Fall des notwendigen Schutzes der »ordre public«, der öffentlichen Ordnung, die explizit den »Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen« einbezog, sollte das Patentrecht seine Grenze finden. Auch in Artikel 8 war unter den »Prinzipien« des Abkommens, den Staaten das Recht zugestanden worden, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die öffentliche Gesundheit und Ernährung zu sichern und Artikel 31 bestimmt im Detail die Bedingungen für eine mögliche Zwangslizenz, also die Vergabe der Produktionserlaubnis an einen Produzenten im eigenen Land ohne Genehmigung des Patenthalters.

Ungeachtet dessen versuchte die internationale Pharmalobby, dieses Gesetz per Gerichtsbeschluss zu verhindern. Der Prozess geriet den Klägern zu einem PR-Debakel, weil vor allem mit der AIDS-Epidemie in den Ländern Sub-Sahara-Afrikas die Ungleichheit des Zugangs zur Gesundheitsversorgung in der Welt mit den teuren patentgeschützten Pillen gegen den HI-Virus ein unmittelbar eingängiges Symbol gefunden hatte und eine breite Öffentlichkeit von Aktionsgruppen, Hilfsorganisationen und Medien mobilisiert werden konnte. Die Klage wurde schließlich zurückgezogen zugunsten einer gemeinsamen Vereinbarung mit der Regierung, die die Gültigkeit des TRIPS Abkommens noch einmal ausdrücklich bestätigte.

Debatten und Verhandlungen

Die Debatte um die Auswirkungen des Patentschutzabkommens auf den Zugang zu Medikamenten war zu diesem Zeitpunkt schon in vollem Gange.

Bereits 1999 forderte die Jahresversammlung der WHO ihre Mitgliedsstaaten auf, die Auswirkungen der internationalen Handelsabkommen auf die Gesundheitsversorgung ihrer Bevölkerung kritisch zu untersuchen und den öffentlichen Gesundheitsinteressen in Fragen der Arzneimittel- und Gesundheitspolitik Priorität einzuräumen. Eine schärfere Formulierung, die die Gesundheit explizit über ökonomische Interessen stellte, wurde durch massiven Druck der westlichen Industrieländer verhindert. Zwei Jahre zuvor hatte eine zentrale Arbeitsgruppe der WHO, das Aktionsprogramm für unentbehrliche Medikamente, ein vielbeachtetes Dokument herausgegeben, das die Auswirkungen der Globalisierung und besonders des TRIPS-Abkommens auf den Zugang zu Arzneimitteln untersuchte. Offen wurde darin kritisiert, dass die propagierte Harmonisierung des internationalen Patentschutzes die bestehende wirtschaftliche Überlegenheit der transnationalen Konzerne und der Industriestaaten noch verstärken würde.

Deutlich wurde auch, dass das TRIPS-Abkommen gezielt von den Industrie-Staaten in die Verhandlungen der WTO – und schon in ihren Vorläufer, die GATTs-Runden – aufgenommen wurde, um befürchtete Verluste »ihrer« Industrien abzuwehren. In der Tat lässt sich besonders an der Pharmazeutischen Industrie zeigen, wie sehr Patente und Patentschutz im eigentlichen Sinne »Wirtschaftsförderung« sind. Denn obwohl das intellektuelle Eigentum seit den internationalen Konventionen Ende des 19. Jahrhunderts von Paris (1883) und Bern (1886) als schützenswert angesehen wurde, hatten sich viele Staaten erst dann entschlossen, Patente auf pharmazeutische Produkte zuzulassen, nachdem sich ihre eigenen Industrien ausreichend entwickelt hatten – z.B. die BRD 1968, Japan 1976, die Schweiz 1977 und Italien 1978.

In den USA galt noch im 19. Jahrhundert Produktpiraterie britischer Originale als ehrenwerte Tätigkeit, die die eigene Wirtschaftsentwicklung ankurbelte. Diese Lehre zog auch Indien, das seine strengen Patentgesetze in den 70er Jahren lockerte und eine aktive Förderpolitik für seine Pharmaindustrie betrieb. Mittlerweile zählt Indien zu den führenden Medikamenten-Exporteuren der Welt und das lokale Preisniveau ist eines der niedrigsten auf der Welt. Auch in anderen sog. »Schwellenländern« konnten sich durch solche eingeschränkten Patentregelungen eigenständige Medikamentenproduktionen entwickeln (z.b. Mexico, VR China, Ägypten, Brasilien, Kuba).

Gezielt setzten deshalb die großen transnationalen Unternehmen ihre Lobbyarbeit ein, um solche Konkurrenz mit Hilfe eines verschärften Patentschutzes einzudämmen. Schon während der Uruguay-Runde des GATT 1986-94 beeinflussten die US-amerikanischen Multis, zu denen an führender Stelle die pharmazeutischen Konzerne gehören, die US-Verhandlungspositionen um solche »Produktpiraterie« wirkungsvoller zu bekämpfen. Tatsächlich schrieb sich Edmund Pratt vom US-Pharmakonzern Pfizer zugute, dass »ihre gemeinsame Anstrengung den Grundstein zum TRIPS-Abkommen gelegt habe«.

Survival of the fattest — Foto: Archiv

Mit dem »Dispute Settlement Body« hat die WTO zudem ein wirksames Instrument, mit dem Mitgliedsländer die Praktiken und Gesetze anderer Staaten überprüfen lassen und Handelssanktionen verhängen können, um so die Einhaltung der Regeln zu erzwingen. Nicht zufällig sind es die Entwicklungs- und Schwellenländer, deren Patentrechte von diesem »WTO-Gericht« untersucht werden – schon bis Ende 2000 waren 23 Verfahren eröffnet worden. Erst im Sommer 2003 zogen die USA eine Klage gegen Brasilien zurück, die sich gegen die lokale Produktion von AIDS-Medikamenten richtete. Solche Verfahren sind extrem kostenträchtig und erfordern hohen juristischen Sachverstand, Voraussetzungen, die ärmere Länder systematisch benachteiligen und sie schon mit der Drohung einer solchen Klage in Verhandlungen gefügig machen können.

Kurzer Text und lange Folgen

Im Zentrum des kurzen TRIPS-Abkommens steht der 20jährige Patentschutz auf Produkte und Herstellungsprozesse, die von allen Unterzeichnerstaaten garantiert werden muss – mit einigen Übergangsregelungen (ursprünglich bis 2005/2006) für die »least developped countries«.

Faktisch wird dadurch die Möglichkeit des Preiswettbewerbs durch Konkurrenzprodukte für lange Zeit verhindert. Für die meisten Entwicklungsländer, in denen der überwiegende Teil der Bevölkerung darauf angewiesen ist, Medikamente für Behandlungen »bar aus der Tasche« zu bezahlen, da die existierenden staatlichen Gesundheitsdienste meist hoffnungslos unterfinanziert sind, kann eine solche Preisentwicklung im wahrsten Sinne des Wortes tödlich enden. Die Vergleiche von Staaten, in denen eine starke lokale Medikamentenproduktion für Preiskonkurrenz sorgt, mit Nachbarn, in denen überwiegend Marken-Importe den Markt beherrschen, machen diesen Effekt deutlich sichtbar. In Pakistan oder Indonesien sind die Preise für Medikamente im Vergleich zum indischen Markt 3 bis 5 fach höher. Auch in Italien stiegen die Arzneimittelpreise mit der Einführung des Patentschutzes in den 70er Jahren um 200 %. Dabei sind es nicht nur die lebensverlängernden Medikamente bei der AIDS-Erkrankung, die schnell außerhalb der Reichweite der Armen geraten, sondern auch neuere Medikamente gegen die alten Seuchen, die sich mitunter nicht mehr ausreichend mit den billigen Standardmitteln behandeln lassen – die Gonorrhoe, die bakterielle Ruhr, die multiresistenten Tuberkuloseerreger und Malariaparasiten.

Die Verteidigung des Wissens

Aber nicht allein die Preissteigerungen durch den verstärkten Patentschutz haben unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in den sog. »Entwicklungsländern«. Die ohnehin ungleiche Verteilung nicht nur der Güter der Welt, sondern auch des »Know-How« mit ihrer Konzentration auf die etablierten ökonomischen Zentren in Nordamerika, Europa und Japan – 97% der weltweiten Patente werden von den Industriestaaten gehalten und auch von den Patenten in Entwicklungsländern sind 80% im Besitz von Angehörigen der »1. Welt« – wird noch verschärft. Dies zeigt sich besonders an den Schwerpunkten der kommerziellen Forschung zur Entwicklung neuer Medikamente. Die Suche der Multinationalen Unternehmen richtet sich nach den großen Gewinnern, die maximalen Profit versprechen innerhalb der Patentzeit. Dabei orientieren sie sich an den attraktiven Märkten – jenen Märkten der Industrieländer, in denen 85% des Medikamenten-Umsatzes gemacht machen. In ganz Afrika sind es dagegen nur 1,3%, in Südostasien plus China ganze 5% – warum sollte ein neues Medikament gegen Malaria, gegen Schlafkrankheit oder Tuberkulose auf der Hitliste der big player im Pharmageschäft stehen? Tatsächlich waren zwischen 1975 und 97 von 1.223 neuen Medikamenten nur 13 für Tropenkrankheiten entwickelt worden – 4 davon aus den Labors der Pharmaindustrie. Eine einzige neue Therapieoption für Tuberkulose entstand in dieser Zeit.

Attraktiver sind dagegen die Erkrankungen der Wohlhabenden – oder derjenigen, deren Krankenversicherung die Kosten übernehmen kann. Bluthochdruck, erhöhte Blutfettwerte, Depressionen und Allergien zählen zu den Zielkrankheiten; wenn zusätzlich noch ein Mittel gegen Impotenz und Haarausfall entdeckt wird, umso besser, denn die neuen Märkte sind die Grauzonen zwischen den Kranken und Noch-nicht-Kranken, zwischen ernsten Krankheiten und Befindlichkeitsstörungen, die immer mehr Menschen zum Dauergebrauch von Medikamenten verführt. Der Umsatz der drei umsatzstärksten Anti-Depressiva betrug 1999 über 6 Milliarden US$ – das war fast so viel wie im gesamten afrikanischen Kontinent für Medikamente ausgegeben wurde.

Patente und Biopiraterie

Eine dritte, scheinbar paradoxe Auswirkung des neuen Patentabkommens betrifft den Bereich des »traditionellen Wissens«, der lokalen Ressourcen an Heilpflanzen und der biologischen Vielfalt vor allem in den tropischen Regionen. Auch hier bestätigt das TRIPS-Abkommen auffällig die Interessen der großen »Life-Science«-Konzerne, die sich neue, ungeahnte Profite versprechen. Ein Schutz solchen – nicht individuell, sondern nur kollektiv denkbaren »intellektuellen Eigentums« ist nicht vorgesehen. Vielmehr wird die Grenze zwischen Erfindungen und Entdeckungen mit der expliziten Erwähnung der Patentierbarkeit von Mikroorganismen und mikrobiologischen Prozessen in einen Graubereich überführt, in dem die Biopiraterie blühen kann – immer wieder werden Fälle von versuchten oder geglückten Patentierungen zum Teil jahrhunderte lang bekannter medizinisch wirksamer Substanzen bekannt – der mexikanisch-chiapatekische Baum Tepezcohuite und die indische Gelbwurzel waren prominente Beispiele aus den vergangenen Jahren. Die Forderungen nach einer klaren Zurückweisung solchen »Diebstahls«, der strikteren Festlegung von Kriterien der »Erfindung« und Regeln, die die ursprünglichen Besitzer solchen Wissens an den Gewinnen beteiligen, sind in den letzten Jahren deutlicher vor allem von afrikanischen Staaten in die Verhandlungen um das TRIPS Abkommen betont worden.

Ausnahmen bestätigen die Regel

Die Debatten um die Ausnahmeregelungen im TRIPS-Abkommen waren ein wesentlicher Ansatzpunkt der öffentlichen Kritik der WTO. Auch auf der Sitzung der WTO-Handelsminister in Quatar im November 2003 war dies der einzige Punkt, der den hartnäckigen Verteidigern der Patentrechte, allen voran den USA, abgerungen werden konnte. Noch einmal wurde bestätigt, »(...) dass das Patentschutzabkommen der WTO (TRIPS) die Mitglieder nicht davon abhält und nicht davon abhalten sollte, Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu ergreifen«. Wie immer steckt auch hier der Teufel im Detail – so ist eines der wesentlichen Instrumente, diese Maßnahmen in Bezug auf Arzneimittel umzusetzen, die schon erwähnten Zwangslizenzierungen, nur für Länder mit existierender Pharmaindustrie nutzbar. Ob die Medikamente, die unter solchen Zwangslizenzen produziert wurden, auch in Dritte Länder exportiert werden dürfen, soll der TRIPS-Rat erst noch klären; die vielversprochenen AIDS-Medikamente aus Indien nützen sonst den Kranken in Uganda oder Zambia nichts. Dass angesichts der befürchteten Milzbrand-Seuche in den USA im letzten Herbst die Überlegungen zum Zwangslizenzqierung des patentierten Antibiotikums Ciprofloxacin mit Verweis auf den »gesundheitlichen Notstand« schneller bei der Hand waren, als man es von der treuen Verbündeten der Pharmamultis erwartet hätte, macht noch einmal deutlich, dass auch die Ausnahmeregeln nicht für alle gleich gelten.

So wichtig es also ist, solche Ausnahmeregeln zu verteidigen und die Spielräume zu erweitern, die in dem Abkommen angelegt sind, so notwendig bleibt es doch, den grundsätzlichen Charakter der Patentregelungen nicht aus den Augen zu verlieren: In ihrer Wirkung dienen sie zur Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse, verteidigen die enorme Kluft des technologischen Wissens und Erfahrungen und sichern entsprechend die Profite aus diesem Wissen. Sie gehören damit zu den altbekannten »terms of trade«, die die Abhängigkeiten der ehemaligen Kolonien zementierten und fast jede Perspektive auf eine eigenständige Entwicklung verunmöglichten. In diesem Sinne sollte sich eine kritische Öffentlichkeit weniger um die Verbesserung des TRIPS-Abkommens, als um eine radikalere Kritik und – so utopisch das unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch erscheint – seine Abschaffung bemühen.●

(Andreas Wulf, Stand 8.04.2004)

RECHT AUF GESUNDHEIT

Gesundheit & Patente

Gesundheit und AIDS im südlichen Afrika

Die angekündigte Katastrophe findet statt. Die Immunschwäche Krankheit AIDS ist vor allem in den Ländern des Afrikanischen Kontinents südlich der Sahara zur bedrohlichsten Erkrankung für Erwachsene geworden und droht ganze Familien, Dörfer, Stadtsiedlungen und Landstriche zu entvölkern.

Von Andreas Wulf, medico ● Das Mosambikanische Gesundheitsministerium schätzt, dass im Jahr 2002 ca. 65.000 MosambikanerInnen an den Folgen von AIDS gestorben sind, im Jahr davor waren es 45.000 gemeldete Todesfälle, die Hälfte bis zwei Drittel davon in der Zentralregion Mosambiks. UNAIDS schätzt die Zahl der MosambikanerInnen, die mit dem HI-Virus infiziert sind, auf 1 Million der ca. 18,6 Millionen Menschen in diesem Land, in den Altersgruppen von 20 bis 40 Jahren sind das vermutlich jedeR Fünfte bis Vierte. Jeden Tag infizieren sich schätzungsweise 500 Menschen neu mit HIV. Die sozialen und persönlichen Dimensionen dieser Zahlen sind wie bei allen Statistiken schwer zu erfassen, aber um allein die Größenordnung zu verdeutlichen, nenne ich zum Vergleich die Zahlen aus Deutschland: Bei uns leben derzeit etwa 40.000 Menschen mit dem Virus. Schätzungsweise 2.000 Menschen haben sich im Jahr 2001 neu infiziert, 600 starben in dem Jahr an den Folgen der Immunschwäche. Die Häufigkeit der Infektion in unserer Bevölkerung lag damit bei unter 0,1%, im Gegensatz zu 12,5% in Mosambik im selben Jahr.

Es ließen sich noch viele Schreckenszahlen berichten: Projektionen der Bevölkerungsentwicklung, der wirtschaftlichen Verluste durch den Tod gerade der jungen Erwachsenen, der ökonomisch produktiven Altersjahrgänge und die verheerenden Folgen für die Kinder, deren Eltern sterben.

Allgemeine Gesundheitsbedingungen

Zunächst soll jedoch von den allgemeinen Gesundheitsbedingungen in den Ländern des südlichen Afrika die Rede sein und ein Eindruck von den zusätzlichen, altbekannten und weiterhin ungelösten Gesundheitsproblemen vermittelt werden, zu denen die neue Epidemie hinzutritt und sie oftmals in ihrer Dramatik verschärft. Erst vor einem solchen Hintergrund werden auch die Schwierigkeiten verständlicher, die einer Bekämpfung der Epidemie im Wege stehen.

Gesundheit – diese alte Erkenntnis der sozialen Medizin soll hier einleitend betont werden – ist erst in zweiter Linie ein »Produkt« des Gesundheitswesens, so wichtig dieses im Falle der Krankheit auch ist. In erster Linie sind es allgemeine Lebensbedingungen, die uns gesund bleiben lassen – gute, ausreichende Ernährung, sauberes Wasser, Abfall- und Abwasserentsorgung, ein ordentliches Dach überm Kopf, Zugang zu Bildung, Ausbildung und Einkommen, die Abwesenheit von Gewalt und Krieg und auch von Diskriminierung und Ausgrenzung, verlässliche soziale und persönliche Beziehungen. Was banal erscheint, beschreibt doch die fundamentalen Hindernisse, die in allen Ländern des südlichen Afrika wesentlich das »Recht auf Gesundheit« behindern. Ursachen dafür sind in der Geschichte leicht zu finden: Der jahrzehntelange Bürgerkrieg in Angola, die rassistische und ungleiche Ressourcenverteilung in den Apartheidstaaten Namibia und Südafrika, die weltweite Verschuldungskrise, die die kostenfreien öffentlichen Schul- und Gesundheitsdienste unter dem Diktat der neoliberalen Haushaltssanierung zerschlug, nicht vollzogene Landreformen, die die Lebensgrundlagen der ländlichen Bevölkerung auch nach dem Ende des Kolonial- und Apartheid-Regime weiter im prekären Subsistenz-Elend ließen. Sie alle haben die Staaten des südlichen Afrika im Index der menschlichen Entwicklung auf die hinteren Ränge verwiesen. Dort liegen Südafrika auf Rang 107 und Mosambik auf Rang 170 von 174 aufgelisteten Staaten der Welt.

Entsprechend verbreitet sind die Gesundheitsprobleme, die als Krankheiten der Armut und Unterentwicklung bekannt sind:

● Die Kindersterblichkeit erreicht in Mosambik 20%, d.h. von 1.000 geborenen Kindern sterben 200 bevor sie 5 Jahre alt sind.

● Die Müttersterblichkeit lag Mitte der 90er Jahre zwischen 350 pro 100.000 Lebendgeburten in Südafrika und 1.500 in Angola. Mangel- und Unterernährung betreffen ein Drittel aller Kinder im südlichen Afrika.

● Die Eiweißversorgung hat sich im Laufe der 90er Jahre in Zimbabwe, Kenia, Uganda, Sambia und Malawi sogar noch um 15% verschlechtert, was die Bedrohlichkeit von und Anfälligkeit für Infektionskrankheiten massiv erhöht.

● Die Sterblichkeit an Malaria, die besonders in Angola, Malawi, Sambia, Zimbabwe und Mosambik für bis zu einem Viertel aller Todesfälle von Kleinkindern verantwortlich ist, wird durch Mangelernährung stark gefördert.

● Atemwegserkrankungen und Masern, die zu den häufigsten Todesursachen kleiner Kinder im südlichen Afrika zählen, können ihre tödliche Wirkung vor allem im Zusammenspiel mit Mangelernährung entfalten.

Auch bei der Tuberkulose ist das Zusammenspiel der spezifischen Krankheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen gut bekannt. Die hohen und weiterhin steigenden Zahlen besonders in Südafrika, Mosambik und Zimbabwe haben allerdings nicht nur ihre Ursache in unzureichenden Wohn- und Lebensbedingungen, sondern werden wesentlich durch die immunschwächende Wirkung des HI-Virus gefördert (man schätzt bis zu 65% aller Fälle). Mangelnde Versorgung mit sauberem Trinkwasser und sicheren Abwassersystemen macht vor allem die Bekämpfung von Durchfallerkrankungen und Darmparasiten zu einer nie endenden Sisyphos-Arbeit und führte in Südafrika in den Jahren 2000-2001 zur schlimmsten Cholera-Epidemie aller Zeiten mit über 115.000 Erkrankungen und über 200 Todesfällen.

Die finanzielle Seite der Gesundheitsversorgung

Diese krankmachenden Lebenswirklichkeiten werden im südlichen Afrika durch die Unzulänglichkeiten von Gesundheitssystemen verschärft, die den Bedürfnissen der Menschen aus vielerlei Gründen nicht gerecht werden. In den ärmsten Ländern wie Malawi und Mosambik stehen jährlich pro Kopf nicht mehr als 5 US$ für öffentliche Gesundheitsausgaben zur Verfügung. Damit ist selbst ein »Minimalpaket« der notwendigen Gesundheitsdienste, das die Commission on Macroeconomics der WHO im letzten Jahr mit 30-40 US$/Kopf berechnet hat, nicht aus eigener Kraft finanzierbar. Unter dem Druck der Schuldenkrise wurden besonders in den 80er Jahren die staatlichen Ausgaben für die Gesundheitsdienste massiv abgebaut – in Sambia halbierte sich in dieser Dekade die staatlichen Gesundheitsausgaben. Aber auch in den »Middle-Income-Ländern« Südafrika, Namibia und Botswana, wo zwischen 130 (Botswana) und 250 US$ (Südafrika) aufgebracht werden, ist ein sicherer Zugang zur Gesundheitsversorgung oft nicht gewährleistet. So kommen in der Western Cape Provinz in Südafrika auf einen Arzt 650 EinwohnerInnen, in ländlichen Gebieten des Eastern Cape sind es bis zu 30.000 EinwohnerInnen. Die mangelnde Versorgung besonders des öffentlichen Gesundheitssektors vor allem der ländlichen Gebiete mit Fachkräften wird durch die massive Abwanderung in Staaten mit besseren Einkommens- und Karrieremöglichkeiten wie Australien, Kanada, Großbritannien und die USA noch verschärft. Ein Drittel bis die Hälfte der Absolventen der südafrikanischen Medical Schools verlassen kurz nach dem Examen das Land. Zu diesem externen Brain-Drain kommt die interne Abwanderung von qualifiziertem Personal vom unterbezahlten und schlecht ausgestatteten öffentlichen Sektor in private Kliniken und Krankenhäuser – eine qualifizierte Versorgung ist durch die zumindest nominell für die Ärmsten noch kostenlosen staatlichen Gesundheitseinrichtungen oft nicht mehr möglich.

Diese Zwei-Klassen-Medizin wird durch die markt- und wettbewerbswirtschaftlichen Konzepte der mächtigen Institutionen Weltwährungsfonds und Welthandelsorganisation gefördert (in der Weltbank sind skeptischere Stimmen zumindest hörbar). Anstatt das Gesundheitswesen auf solidarische Sicherung auszubauen, betrachten sie es in erster Linie als Dienstleistungsmarkt, in dem nur die kaufkräftigen Kunden bedient werden.

Postkarten-Aktion vom »Aktionsbündnis gegen AIDS«: Mit dieser Kampagne werden die Pharmaunternehmen Abbot, Bristol-Myers Scibb und Gilead dazu aufgefordert, ihre Patentanträge in Indien auf neuere, lebenswichtige Aids-Medikamente zurückzuziehen. Download: www.aids-kampagne.de

AIDS im südlichen Afrika

Erst vor diesem Hintergrund wird einiges von der besonderen Dynamik und Dramatik der afrikanischen HIV/AIDS-Epidemie verständlich, die sich dort so massiv ausbreiten konnte wie bisher sonst nirgendwo.

Zu den schon eingangs erwähnten Zahlen gebe ich noch ein paar besonders dramatische Ausblicke: Die Lebenserwartung der Menschen in den Ländern des südlichen Afrika wird wahrscheinlich noch deutlicher sinken, als sie es seit Mitte der 90er Jahre bereits tut – erst in den letzten zwei bis drei Jahren haben auch die AIDS-Todesfälle dazu beigetragen. Dies wird sich weiter verschärfen, Prognosen deuten auf unter 40 Jahre für die am stärksten betroffenen Länder wie Botswana und Zimbabwe. Für die heute 15jährigen wird die Wahrscheinlichkeit, an AIDS zu sterben auf 80% vorhergesagt.

Die dramatischen Folgen aus diesen Prognosen werden jetzt schon punktuell sichtbar: Die »Breadwinner« der Familien werden krank und sterben. Die Familien verlieren nicht nur die geliebten Menschen, sondern erschöpfen ihre Ersparnisse für Medikamente und Pflege. Die Subsistenzwirtschaft kommt zum Erliegen. Kinder müssen von ihren Großeltern oder anderen Verwandten aufgenommen werden oder schlagen sich allein als Kinder-Haushalte durch.

Auch Firmen und Unternehmen in diesen Ländern bemerken die Folgen der Epidemie – Mitarbeiter werden krank, sterben oder müssen immer häufiger zu Beerdigungen von Angehörigen. Die größten begannen bereits vor einigen Jahren mit eigenen Aufklärungsprogrammen. Jetzt sind sie auch oft bereit, medizinische Versorgung für ihre Mitarbeiter und Familien zu übernehmen, weil das günstiger ist, als ihre Fachkräfte durch AIDS zu verlieren.

Als zumeist sexuell übertragene Krankheit unterliegt AIDS zudem traditionellen und modernen moralischen Tabus und Ausgrenzungen. Das spüren nicht nur die Betroffenen, denen oft die überlebenswichtige Solidarität der Gemeinschaften und mitunter auch der Familien entzogen wird, sondern es erschwert auch die Aufklärung und das Finden von Strategien zur Bekämpfung der Epidemie.

Die Ursachen für die enorme Ausbreitung des Virus besonders in den afrikanischen Ländern ist zweifellos auch ein komplexes Geflecht aus gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen: die aus Kolonialismus und Apartheid geformten Wege der Wanderarbeit und der globalisierten Warenproduktion nimmt das Virus als Wege des geringsten Widerstandes – zerrissene soziale Beziehungen, Armutsprostitution, Massenunterkünfte, einsame Überlandtransporte sowie in Alkohol ertränkte Perspektivlosigkeit sind hochgradig resistent gegen einfache Aufklärungsbotschaften und bunte Werbetafeln.

Wo sich solch strukturelle Gewalt in soziale Gewalt – und besonders häufig gegen Frauen als das »schwache Geschlecht« in Vergewaltigungen auf dem Schulhof oder erzwungene oder »freiwillige« Liebesdienste zur Sicherung des Familieneinkommens – umschlägt, werden die Botschaften der sexuellen Zurückhaltung und Selbstkontrolle oft zu hohlen Worthülsen, die den Opfern noch die Schuld geben, sich nicht entsprechend geschützt zu haben. Und wo gesicherte Lebensperspektiven nicht über die nächsten Wochen oder Monate hinausreichen, sind die intimen Beziehungen oft eine letzte Quelle der emotionalen Stärkung, gegen die die Verhütung einer in der Ferne liegenden Krankheit in dem Moment kaum wiegt.

Sowenig die »Armut« als alleinige Ursache der Immunschwäche zu sehen ist (schon der Verweis auf Botswana als ressourcenreiches »Middle-income-Country« mit horrenden Infektionszahlen von bis zu 40% der erwachsenen Bevölkerung macht dies deutlich), so wichtig ist die Berücksichtigung des sozialen und gesellschaftlichen Kontextes, in dem diese Katastrophe stattfindet. Wenn die Präventionskonzepte nicht in weitergehende Perspektiven für die Menschen und Gesellschaften des südlichen Afrika integriert werden, wenn gesellschaftlicher Reichtum immer ungleicher verteilt wird und damit mehr Menschen von den »Entwicklungsversprechen« abgekoppelt werden, wenn auch das »Zurück zur Subsistenz« nur eine unrealistische Phantasie von Traditionalisten ist, dann führt die ausschließliche Forderung nach Prävention, zum Ausschluss der schon Infizierten, die als »Sicherheitsrisiko« bezeichnet, nur noch – home based care versorgt – sterben dürfen. Dagegen wehren sich mit zunehmender Vehemenz die Betroffenen selbst und darin liegt meines Erachtens die besondere Wichtigkeit dieser Bewegungen, die nicht nur in Südafrika für Behandlungsoptionen kämpfen: natürlich sind diese Optionen unter den herrschenden Bedingungen für die allermeisten Infizierten nur eine ferne, wahrscheinlich für sie selbst unerreichbare Möglichkeit – aber diese Möglichkeit hält am Recht der Menschen, soviel Zukunft wie möglich zu haben, fest und nicht nur soviel, wie er dafür individuell bezahlen kann.

Darin liegt ein Kern von Widerstand, der den düsteren Prognosen der AIDS-Epidemiologen etwas entgegensetzt: einen Überlebenswillen, der nicht nur für das individuelle Überleben, sondern auch für eine gerechte Teilhabe an den Ressourcen, der eigenen Gesellschaft, so wie der ganzen Welt streitet.●

(Andreas Wulf, Stand 8.4.2003)

ALTERNATIVER WELTGESUNDHEITSBERICHT

Gesundheit & Patente

Global Health Watch 2005-2006

Der alternative Weltgesundheitsbericht »Global Health Watch 2005-2006« stellt Informationen und Schlussfolgerungen vieler großer und kleiner Gesundheitsbewegungen, Nichtregierungsorganisationen, Ärzte und Wissenschaftler zusammen. Er zeichnet ein auskunftsreiches Bild der Weltgesundheit im Zeichen fortschreitender Globalisierung aus der Perspektive der Betroffenen im Norden wie im Süden.
Der »Global Heath Watch 2005-2006« füllt eine Informationslücke. Denn er analysiert auch das Handeln internationaler Gesundheitsorganisationen, von der WHO und UNICEF, über die Weltbank, den IMF und die WTO. Ein neuer »Global Heath Watch« wird am 24. November 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die folgende Zusammenfassung von medico bündelt die wichtigsten Aussagen und Empfehlungen des Watches.

Gesundheit und Globalisierung

Die Globalisierung ist die treibende Kraft großer aktueller Veränderungen. Der zunehmende Kapital- und Warenaustausch zwischen den Ländern, wie auch die globalen und regionalen Auswirkungen von Entscheidungen, die beispielsweise von der Welthandelsorganisation (WTO) ausgehen, haben gravierende Folgen für die Gesundheit.

Der Watch stellt die Erfolgsstory, die die Akteure der aktuellen Globalisierung erzählen, in Frage. Er weist auf die eskalierende Armut in Afrika, Osteuropa, Zentralasien und Lateinamerika wie auch auf die zunehmende ungleiche Einkommensverteilung in vielen Ländern (einschließlich der reichen Länder) in den letzten Jahren hin. Produzenten gerade in den Entwicklungsländern sehen sich einem wachsenden globalen Wettbewerb ausgesetzt. In Mexiko beispielsweise zog die Liberalisierung im Getreidesektor durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen eine Welle US-amerikanischer Importe nach sich, die ihrerseits massiv subventioniert werden. Die mexikanische Getreideproduktion stagnierte zur gleichen Zeit. Die Preise brachen ein. Kleine Farmer wurden ärmer und circa 700.000 Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich gingen verloren. Die Armut auf dem Lande wuchs um 70%, die Mindestlöhne verloren 75% ihrer Kaufkraft, die Kindersterblichkeit unter den Armen stieg. Solch ein Schaden macht deutlich, dass es eines klugen nationalen Managements bedarf, um die globalen ökonomischen Veränderungen zu bewältigen: keine leichte Aufgabe für viele Entwicklungsländer, in denen der öffentliche Sektor oftmals heruntergekommen und unterentwickelt ist.

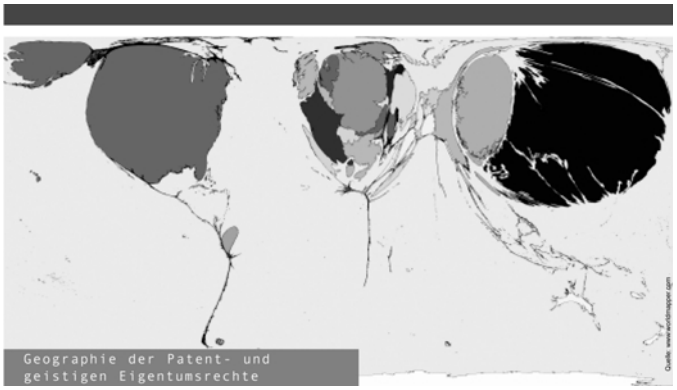
Während insbesondere die reicheren Wirtschaftsräume über soziale Mechanismen, Steuerprogression, sowie Gesetze und Regeln verfügen, um die schlimmsten »Marktfehler« auf nationalem Niveau abzufedern, gibt es keinen »sozialen Vertrag«, der die Schäden und Auswüchse der Globalisierung behebt. Selbst dort, wo globale Mechanismen bestehen, verstärken sie oft noch die Probleme. Die Vereinbarungen der Welthandelsorganisation (WTO), die den Waren- und Dienstleistungshandel liberalisieren und die Rechte der Investoren schützen, erzeugen ungleiche Bedingungen für ärmere Nationen und engen den nationalen Handlungsspielraum ein. Die Kämpfe um die schlecht durchdachte WTO-Übereinkunft über geistige Eigentumsrechte ist nur ein Beispiel, das die negativen Folgen internationaler Regulationsmechanismen für die Gesundheit besonders deutlich macht. *(Der Patentschutz überlebenswichtiger Medikamente macht sie für viele arme Menschen unerschwinglich. Anm. d. Übers.)*

Reformen des globalen ökonomischen Regierens sind von vitalem Interesse für die Gesundheit. Alle globalen, bilateralen und regionalen Wirtschaftsvereinbarungen sollten auf die Folgen für Gesundheit und Gleichheit überprüft werden. Als ersten Schritt fordert der Watch eine internationale Delegation aus Public-Health- und Wirtschaftsexperten, die mit dem Mandat ausgestattet ist, WTO-Verhandlungen zu begleiten und nationale Regierungen hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Folgen der Verhandlungsergebnisse zu beraten. Außerdem sollte die Delegation einen ausführlichen Bericht an die WHO erstatten. Bei der nächsten WTO Ministerkonferenz im Dezember 2005 könnte dieser Prozess bereits beginnen.

Regierungen und internationale Behörden sollten einen globalen Sozialvertrag anstreben, der ihre Bemühungen um Hilfe und Schuldenerlass verstärkt – was nebenbei auch über die beim letzten G8-Gipfel verabredeten Maßnahmen hinausgehen würde. Das hieße unter anderem, dass die Entwicklungsländer nicht länger zu Handelsliberalisierungen gezwungen werden dürften und zugleich die Subventionen der G8-Länder für die eigenen Produzenten zurückgefahren werden müssten. Nötig sind neue Finanzierungsmodelle, um Gesundheit und Entwicklung zu fördern. Der Watch schlägt die Einrichtung einer internationalen Steuerbehörde vor, die privatwirtschaftliche Steuerhinterziehung (geschätzter Verlust 255 Milliarden US-Dollar jährlich) kontrollieren und verhindern soll. Ebenso gilt es, beispielsweise über die Erhebung von Steuern auf Finanztransaktionen, eine globale Ökosteuer oder eine Abgabe auf Flugbenzin nachzudenken.

Gesundheitsdienstleistungen und Systeme

Gut organisierte und verwaltete Gesundheitssysteme sind von vitalem Interesse beim Kampf gegen die Armut. Sie reduzieren die Kosten von Krankheit für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Sie bilden soziale Netze. Sie vermitteln das Gefühl von Sicherheit, ganz im Gegensatz zu dem Gefühl von Ohnmacht und Verwundbarkeit, das von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Spaltung produziert wird. Hunderte von Millionen Menschen in der Welt haben jedoch nicht einmal eine gesundheitliche Grundversorgung. In den meisten Regionen der Welt muss Gesundheitsversorgung aus der eigenen Tasche finanziert werden. Das führt dazu, dass die Menschen im Krankheitsfall in die Armut absinken.



Die neue globalisierte Weltkarte sieht anders aus, als wir es von den Schulatlanten gewöhnt sind. Nimmt man etwa – wie hier – die Verteilung der Patentrechte, so bleibt von Afrika und Lateinamerika nicht viel mehr als ein Strich. Würde man eine Geographie der Immunschwäche AIDS dagegen setzen, wäre Afrika der größte Erdteil.

Der Watch weist an vielen Beispielen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg nach, dass mehr privat finanzierte Gesundheitsversorgung zu schlechteren Gesundheitsdaten führt. Der Watch erklärt, wie die Kommerzialisierung bestehender Gesundheitssysteme die ungleichen Zugangsbedingungen noch verschärft, weniger Zugang zu hoch qualifizierter Versorgung für die Armen bewirkt und Ineffizienz, Verlust von ethischen Standards und Vertrauen befördert. Die Länder beim Aufbau von universellen, durch Steuern oder Sozialversicherungen finanzierten Gesundheitssystemen zu unterstützen, ist deshalb vordringlichste Aufgabe.

Die reichen Länder geben pro Jahr 10 Milliarden US-Dollar für Entwicklungshilfe im Bereich des Gesundheitswesens aus. Das ist ungefähr soviel, wie die Europäer jährlich für Speiseeis ausgeben, oder etwa 10% des Budgets des britischen National Health Service. Doch sogar diese »kleine« Summe an Hilfsgeldern kann in den armen Ländern immense Probleme und manchmal sogar gravierende Schäden für das Gesundheitssystem insgesamt hervorrufen. Denn viele Geberprogramme finden unkoordiniert statt und fokussieren nur auf bestimmte Krankheiten. Noch dazu: Im Gegenzug für die Hilfe wird die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen und einer neoliberalen Gesundheitspolitik erwartet. Das droht die Gesundheitsversorgung weiter zu kommerzialisieren.

Der Watch schlägt die Rekonstruktion und Entwicklung eines Gesundheitssektors auf der Grundlage eines 10-Punkte-Forderungskatalogs vor. Dieser wendet sich an nationale und internationale Regierungen und Geberorganisationen:

- Bereitstellung ausreichender Finanzierung für Gesundheitssysteme.
- Besserer Schutz für Angestellte des öffentlichen Dienstes.
- Sicherstellung öffentlicher Gelder zur Unterstützung und Versorgung von Gesundheitseinrichtungen.
- Abschaffung von Behandlungsgebühren, die Menschen in Armut stürzen.
- Schaffung neuer Indikatoren für das Gesundheitssystem, die Ländern einen Anreiz geben, eher das Gesundheitssystem zu verbessern als lediglich einzelne Krankheiten zu behandeln.
- Abkehr von der Kommerzialisierung der Gesundheitssysteme durch legislative und regeltechnische Maßnahmen.
- Stärkung von Gesundheitsmanagement und die Einführung eines District Health Systems als Organisationsmodell für Gesundheitssysteme allgemein.
- Verbesserung der Geberaktivitäten im Gesundheitssektor.
- Stärkung der Kommunen, um Transparenz und Überprüfbarkeit in der Mittelvergabe und Gestaltung der Gesundheitssysteme zu sichern.
- Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen und ethischen Verhaltens, um die zerstörerischen Wirkungen zunehmender Kommerzialisierung des Gesundheitssystems zu bekämpfen.

Gesundheit für alle als Handelsmaxime

Die Erklärung von Alma Ata von 1978 (grundlegendes WHO-Dokument, das von allen damaligen Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde) erkannte an, dass das Ziel »Gesundheit für alle« nur unter Berücksichtigung aller sozialen, wirtschaftlichen und umweltbedingten Faktoren zu erreichen sei. Der »Global Health Watch« zeigt, dass diese umfassende Herangehensweise nach wie vor aktuell und nötig ist. Er zeigt die gravierenden Folgen von unzureichendem Trinkwasserzugang, fehlender Schulbildung, von gewalttätigen Konflikten, Unterernährung und Klimawandel für die Gesundheit auf. Denn bei aller Unterschiedlichkeit gilt weltweit: Je ärmer die Menschen, desto anfälliger reagieren sie auf Veränderungen der Lebensbedingungen, insbesondere in Bereichen, die die Gesundheit sichern. Der rasche Klimawandel wird die Ärmsten am schärfsten treffen. Gewalttätige Konflikte schädigen Bewältigungsstrategien der anfälligsten Haushalte am meisten. Die Privatisierung von Wasser und Erziehung führt zu mehr Armut.

Viele wichtige öffentliche Dienstleistungen in der ganzen Welt sind vom Einsparungsdruck auf die öffentlichen Haushalte betroffen. Gemeinsame Anstrengungen in Bildungs-, Wasser- und Gesundheitsfragen sollten in Kampagnen gipfeln, die die vom IWF und der Weltbank auferlegten Ausgabenbeschränkungen im öffentlichen Sektor bekämpfen, die Transparenz der öffentlichen Ausgaben fordern und die die Privatisierung der staatlichen Grundversorgung verhindern.

Für mehr Transparenz sorgen

Der Watch geht weiter als alle anderen Weltberichte zur Gesundheit und Entwicklung, denn er untersucht auch die Handlungsweisen von globalen Institutionen, Regierungen und der Privatwirtschaft. Bei aller Unterschiedlichkeit zeigen sich auch hier zentrale Gemeinsamkeiten: Als erstes darf an dieser Stelle der Geiz genannt werden. So ist in den letzten vierzig Jahren ein wachsender Wohlstand in der entwickelten Welt zu verzeichnen. Gleichzeitig sind die Entwicklungshilfeausgaben auf dem Niveau von 1960 stehengeblieben. Trotz bereits erfolgter Rückzahlungen an die entwickelten Länder in Milliardenhöhe werden die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsländer bis heute von einer enormen Schuldenlast erdrückt. Hinzu kommt das Demokratiedefizit. Der Watch kommt zu dem Ergebnis, dass es eine Krise des »globalen Regierens« gibt. Die internationalen Institutionen wie WHO, UNICEF, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, ebenso wie die Welthandelsorganisation sind von Versuchen der reichen Nationen geprägt, die internationale Ordnung zu ihrem Vorteil zu beeinflussen. Die Berufung von Paul Wolfowitz als Weltbankchef und Ann Veneman als Unicef-Chefin sind Symptome dieser Krise. Der Watch schlägt eine ausgeglichenere Neubalancierung der Einfluss-Sphären vor.

Der Watch thematisiert Organisationsschwächen, Missmanagement und verzerrte Prioritätensetzung, die Grund für die Verzweiflung vieler sind, die in oder mit internationalen Gesundheitsorganisationen arbeiten. Ein bewusst langes Kapitel, das sich der WHO widmet, beleuchtet nicht nur die äußerst widrigen äußeren Bedingungen, unter denen sich die WHO beweisen muss, sondern beschäftigt sich auch mit dem internen Missmanagement und der organisatorischen Lähmung der Organisation selbst.

Empfehlungen für eine andere WHO

Empfehlungen zur allgemeinen Weltgesundheitslage

- Die finanzielle Ausstattung der WHO muss steigen. Dabei muss mehr Geld in die Kernbereiche der WHO fließen, verbunden mit weniger Auflagen seitens der Geberländer. Die WHO muss ihr globales Mandat mit einem Zweijahresbudget von wenig mehr als 2 Milliarden Dollar erfüllen – dies ist angesichts der zu bewältigenden Aufgaben völlig unangemessen. Mehr finanzielle Ressourcen müssen rationaler eingesetzt werden, mit größeren Summen für die Kernbereiche. Energieraubende Konkurrenz zu anderen Programmen anderer internationaler Gesundheitsorganisationen muss verhindert werden.
- Eine offene Debatte über die Schlüsselfunktionen der WHO muss begonnen werden, um einen breiten Konsens innerhalb und auch über die Organisation hinaus zu entwickeln.
- Die Rolle der WHO auf nationaler Ebene muss gestärkt werden. Sie sollte das Mandat haben, die Regierungen dabei zu beraten, die globalen, bilateralen und internationalen NGO-Gesundheits-Initiativen zu verbessern und zu koordinieren.

Eine Organisation der Menschen, nicht nur der Regierungen

- Die gegenwärtigen Bemühungen mehr Verbindung zur Zivilgesellschaft, insbesondere in den Entwicklungsländern herzustellen, sollten intensiviert werden. Es sollte eine klare Differenzierung zwischen jenen zivilgesellschaftlichen Organisationen geben, die öffentliche Interessen im Gegensatz zu rein privatwirtschaftlichen vertreten.
- Die hohe Politisierung bei den Wahlen zur Führung der WHO sollte verändert werden – mögliche Lösungswege beinhalten hier eine Erweiterung des Wahlrechts auf internationale Gesundheitsexperten und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen. Etwaige Kandidaten sollten aufgefordert werden, ein Manifest zu schreiben und dies auch öffentlich vorzustellen und zu vertreten.

Verbesserung des Managements der Organisation

- Um den heutigen Herausforderungen der globalen Gesundheit gerecht zu werden, bedarf es einer anderen personellen Zusammensetzung bei der WHO – weg von einer Ärzteorientierten Verfasstheit, hin zu einer breiteren Spannbreite von im Gesundheitswesen tätigen Berufsgruppen, einschließlich Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaftlern, Juristen und Pharmazeuten. Die Entwicklungsländer sollten stärker vertreten sein und mehr mit qualifizierten Regionalbüros verbunden sein.
- Der Nachweis effizienter Führungs- und Managementqualitäten sollte auf höheren Ebenen das entscheidende Kriterium für die Personalauswahl sein.
- Die Kapazitäten und Unabhängigkeit der Personalabteilungen der WHO sollten verstärkt werden, um effektivere Mechanismen zur Bekämpfung von Korruption, Seilschaften und Missbrauch des Personalapparats zu entwickeln und durchzuführen.●

BERLINER ERKLÄRUNG

Gesundheit & Patente

Keine Patente auf Medikamente

Für Innovation und Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln!

Situationsbeschreibung

Der beispiellose medizinische Fortschritt der letzten Jahrzehnte ist an der Mehrheit der Weltbevölkerung nahezu vollständig vorbeigegangen. Bald 13 Millionen Menschen sterben jährlich an Krankheiten, die eigentlich behandelbar wären. Sie sterben an Tuberkulose, Malaria, HIV/AIDS und anderen armutsbedingten Krankheiten, deren Ausbreitung durch Unterernährung, unsauberes Wasser, mangelnde Hygiene und das Fehlen funktionierender Gesundheitsdienste begünstigt werden. Sie sterben aber auch, weil Pharma-Patente als De-facto-Monopole dafür sorgen, dass selbst lebensnotwendige Medikamente unerschwinglich teuer sind oder gar nicht erst entwickelt werden.

Zu den Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen patentgestützten Forschungsmodells gehört, dass vorwiegend Medikamente und Impfstoffe entwickelt werden, die eine zahlungskräftige Kundschaft finden. Systematisch werden die Gesundheitsbedürfnisse von Menschen, die über keine oder zu geringe Kaufkraft verfügen, vernachlässigt. Damit werden gerade jene Menschen vom Zugang zu Arzneimitteln ausgeschlossen, die sie am dringendsten bräuchten. Der Forschungsehrgeiz der Industrie richtet sich weniger auf lebensrettende Innovation, als auf finanziell lohnende und höchst profitable »Me-Too-Präparate« (Arzneimittel, die sich durch geringe chemische Veränderung eines bereits bekannten Wirkstoffes von diesem unterscheiden).

Patente aber beeinträchtigen nicht nur den Zugang zu wirksamen Arzneimitteln, sie hemmen auch die Innovation selbst. Zeitgemäße Forschungsprozesse, die von freien Informationen und einem offenen Datenaustausch zwischen global vernetzten Forschungseinrichtungen leben, werden durch rechtliche Beschränkungen erschwert. Ein Dickicht wuchernder Schutzpatente, die nur die Funktion haben, lukrative Marktsegmente gegen Konkurrenten abzusichern, behindert die Innovation. So nimmt es nicht wunder, dass trotz wachsender Forschungsaufwendungen der Output der pharmazeutischen Industrie an medizinischer Innovation zurückgeht.

Wir sind der Überzeugung, dass eine grundlegende Neuausrichtung der Arzneimittelforschung dringend geboten ist. Gefordert ist eine neue Balance zwischen den Gesundheitsbedürfnissen der Menschen und den für die pharmakologische Forschung & Entwicklung eingesetzten Geldmitteln. Dafür braucht es neue Anreize, jenseits von Patenten. Nicht Innovation um jeden Preis ist gefragt, sondern Innovation, die allen zugänglich ist.

Wir sehen zwei Handlungsebenen, um Zugang und Innovation zu verbessern:

1. Verbesserung des Zugangs zu patentgeschützten Arzneimitteln

Die Vorstellung, über eine »globale Harmonisierung« (sprich: die Verschärfung) des Patentschutzes den Zugang zu Arzneimitteln verbessern zu können, ist ein gefährlicher Irrglaube, der vielen Menschen den Tod bringen wird, da sie durch ein verschärftes Patentrecht nur schwerlich Zugang zu lebenserhaltenden Medikamenten bekommen. Noch ist die Welt zu heterogen, als dass über ein einheitliches Patentsystem entschieden werden kann. Stattdessen gilt es, die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus zu berücksichtigen und die patentrechtlichen Flexibilitäten politisch umzusetzen, die im TRIPS-Abkommen festgelegt wurden und mit der »Doha-Erklärung über geistige Eigentumsrechte und öffentliche Gesundheit« (2001) nochmals bestätigt wurden.

Wir sehen die Notwendigkeit zur:

- Unterstützung von Entwicklungsländern beim Aufbau eigener Produktionskapazitäten (Technologietransfer) und leistungsfähiger regionaler Verteilungssysteme.
- Einrichtung eines Patentpools zur einfacheren und kostengünstigeren Handhabung von Lizenzverträgen.
- Nutzung von Zwangslizenzen und der anderen TRIPS-Flexibilitäten im weitest möglichen Maße. Länder, die zur Beantwortung bestehender Gesundheitsbedürfnisse das Recht auf Erteilung von Zwangslizenzen in Anspruch nehmen, verdienen Unterstützung, nicht aber den politischen und wirtschaftlichen Druck seitens betroffener Patenthalter und deren Regierungen.

2. Essentielle Arzneimittelforschung

Gesundheitsforschung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die öffentlicher Finanzierung und staatlicher Regulierung bedarf. Auch wenn Public Private Partnerships (PPP) heute einen wichtigen Beitrag dazu leisten, warnen wir davor, ihre Bedeutung zu überschätzen. Insbesondere dann, wenn solche Partnerschaften maßgeblich vom Goodwill privater Großstifter bzw. dem Marketinginteresse von Unternehmen abhängen, bieten sie keine Gewähr für eine nachhaltige Finanzierung. Langfristige Sicherung essentieller Gesundheitsforschung gelingt nur über die Schaffung eines transparenten und demokratisch legitimierten Rahmens, der sowohl Prioritäten zu setzen vermag als auch die notwendigen neuen Anreize geben kann.

Im Einzelnen folgt daraus:

- Die Schaffung einer zwischenstaatlichen Einrichtung, die zur Festlegung von Forschungsprioritäten fähig und legitimiert ist (z.B. bei der WHO).
- Die Abkoppelung der Aufwendungen für Forschung & Entwicklung von den Arzneimittelpreisen.
- Die Einführung neuer Forschungsanreize, beispielsweise durch einen »Prize Fund«, der erfolgreiche therapeutische Innovation finanziell angemessen belohnt, statt Forschungskosten über das Gewähren von Monopolen zu refinanzieren – und damit hohe Medikamentenpreise in Kauf zu nehmen.

Kritisch hinterfragt werden sollten in diesem Kontext Anreize, die allein auf die Erzeugung von Nachfrage setzen, wie »Advanced Market Commitments« (AMC). Solche vorab gegebenen Abnahmegarantien können zwar zur Forschung, insbesondere ihrer letzten Stufen anstoßen, sie ändern aber nichts an dem Grundproblem, dass der Zugang zu essentiellem und öffentlich finanziertem Gesundheitswissen durch privat gehaltene Patente eingeschränkt bleibt.

- Die direkte öffentliche Finanzierung essentieller Gesundheitsforschung, um gezielt und bedarfsgerecht die Entwicklung von Impfstoffen, Diagnostikverfahren und Arzneimitteln in Auftrag zu geben bzw. über Zuschüsse in Gang zu setzen.
- Die Schaffung von globalen Finanzierungsmechanismen, mit der erschwingliche medizinische Innovation für alle nachhaltig sichergestellt werden kann. Die dafür notwendigen Kosten müssen von allen Ländern gemeinsam getragen werden. Auch die ärmeren Länder sollen entsprechend ihrer Möglichkeiten einen Beitrag leisten.

Wir fordern eine an den Gesundheitsbedürfnissen der Menschen ausgerichtete Politik, die Arzneimittel, wie auch andere unentbehrliche Güter der Daseinsvorsorge als öffentliche Güter begreift, die prinzipiell von Monopolen und exklusiven Vermarktungsrechten ausgenommen sind, damit sie allen Menschen zugänglich gemacht werden.●

Initiiert von:
Brot für die Welt, BUKO Pharma-Kampagne, medico international, Misereor

Unterzeichner:
Aktionsbündnis gegen AIDS, Health Action International (HAI), European AIDS Treatment Group, IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung, Médecins Sans Frontières (MSF), medico international (Schweiz), Seeds Action Network (SAN)

ZUM WEITERLESEN: MEDICO-REPORT 27 – GLOBALE GESUNDHEIT UND GEISTIGES EIGENTUM

Patienten, Patente und Profite

Der medico-report 27 ist das Ergebnis der von medico initiierten Berliner Konferenz »Patienten, Patente und Profite« im Mai 2007. In den Beiträgen des neuen medico-Reports hinterfragen internationale Experten das bestehende weltweite Patentsystem und seine Folgen für die globale Gesundheit. Die Autoren aus Südafrika, Kenia, Brasilien, Thailand, Deutschland und den USA präsentieren innovative Ideen für eine alternative Medikamentenpolitik, die Menschenleben rettet und Kranken den Zugang zu einer elementaren medizinischen Versorgung sichert.

Der vorliegende Report umfasst drei Teile: Nach Beschreibung und Analyse des gegenwärtigen Zustandes, geht es in einem zweiten Schritt um die Vorstellung und Diskussion möglicher Lösungswege, dem ein Schlusskapitel mit Forderungen für und Berichten über das konkrete politische Bemühen für Änderungen folgt.

Im ersten Teil gibt **Prof. Dr. Peter Schönhöfer** einen Überblick über die Pharmaindustrie in Deutschland und zeigt dabei auf, wie die Interessen des Marketings die wissenschaftlichen Zielsetzungen im Laufe der Zeit verdrängt haben. Um einen Eindruck vom Ausmaß des Problems zu bekommen, fällt der Blick dann exemplarisch auf die Immunschwächekrankheit HIV/AIDS und dabei auch auf die zentralen Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahrzehnten geführt wurden, um den Zugang zu wirksamen AIDS-Präparaten zu erhöhen.

Jonathan Berger berichtet, wie es in den 90er Jahren über die Mobilisierung der Betroffenen und der internationalen Unterstützung vor allem durch Studenten aus den USA gelang, jenen öffentlichen Druck zu entfalten, der schließlich die Industrie zum Einlenken und zur Senkung der Preise für AIDS-Präparate in Südafrika zwang.

Brasilien ist einen anderen Weg gegangen. Mit dem Aufbau einer eigenen staatlichen Generika-Produktion gelang es dem südamerikanischen Land, eine marktförmige Konkurrenz zu schaffen und darüber wichtige Pharma-Monopole aufzubrechen. **Eloan Pinheiro** berichtet von den Anstrengungen, die schließlich mit Erfolg gekrönt wurden: Die jährlichen Kosten für die Behandlung von AIDS-Patienten mit »first-line« Präparaten sanken von über 10.000 Dollar auf 300 Dollar.

Von akuten Auseinandersetzungen berichtet **Dr. Suwit Wibulpolprasert**, der Chef-Berater für Gesundheitsökonomie im thailändischen Ministerium für öffentliche Gesundheit. Um den AIDS-Patienten im eigenen Land den Zugang zu hochwirksamen patentgeschützten »second-line« Präparaten zu ermöglichen, hatte Thailand Ende 2006 von den so genannten TRIPS-Flexibilitäten Gebrauch gemacht und Zwangslizenzen zur Herstellung dieser Medikamente erteilt. Seitdem steht Thailand im offenen Konflikt mit multinationalen Pharmakonzernen.

Mit dem Zusammenhang zwischen Entwicklung und Zugang zu Gesundheitswissen im Kontext von geistigen Eigentumsrechten beschäftigt sich **Prof. Jerome Reichman**. Er stellt die negativen Auswirkungen dar, die aktuelle Entwicklungen im internationalen Patentschutz auf die Gesundheit und die Gesundheitsforschung haben. Dabei wird er auch die Ankündigung der Regierungen Deutschlands und der USA kritisch unter die Lupe nehmen, die für eine weitere Harmonisierung des Patentschutzes eintreten.

Dr. Wolfgang Wodarg beleuchtet die menschenrechtliche Seite des Problems und verweist zugleich darauf, dass mit dem Gewähren von Patenten auf essentielle Arzneimittel nicht nur eine Enteignung öffentlichen Wissens stattfindet, sondern auch wichtige gesundheitspolitische Entscheidungen der öffentlichen Kontrolle durch Parlamente entzogen werden.

Voraussetzung für die Rückführung von Gesundheitsforschung in öffentliche Verantwortung sind neue Wege zur deren Finanzierung. **Peter Wahl** untersucht die Bedeutung von Entwicklungssteuern für eine nachhaltige Finanzierung von Gesundheit, darunter die von einigen Ländern bereits praktizierte Flugticket-Abgabe, aber auch den Vorschlag zu einer globalen Besteuerung aller grenzüberschreitenden Finanztransfers.

Wenn es stimmt, dass eine öffentlich getragene Gesundheitsforschung an finanziellen Gründen nicht scheitern muss, bleiben die Fragen, die den zweiten Teil einleiten: Wer definiert Forschungsprioritäten und wie lässt sich Forschung jenseits von Patenten stimulieren?

Unbestritten beginnt die Übernahme von öffentlicher Verantwortung mit dem Setzen von Forschungsprioritäten. Sollen es nicht alleine Renditeerwägungen sein, die zur Forschung und Entwicklung von Arzneimittel anregen, sondern bestehende Gesundheitsbedürfnisse, bedarf es eines institutionellen Rahmens, der das »priority setting« zumindest koordiniert und sicherstellt. Welche Rolle dabei die WHO spielen kann, darüber referiert **Dr. Piero Olliaro** (WHO).

James Love von der internationalen Konsumentenorganisation »Knowledge Ecology International«, der in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Vorschlägen für eine an den Interessen der Patienten ausgerichtete Gesundheitsforschung erarbeitet hat, konzentriert sich in seinem Beitrag auf die Mechanismen, mit denen Regierungen Anreize für die Entwicklung dringend benötigter Arzneimittel schaffen können. Dazu zählt u.a. die Idee eines »Prize Fund«, der erfolgreiche Innovation nicht mit der Lizenz zu hohen Preisen belohnt, sondern mit einer angemessenen Prämie.

Neben der Stimulierung von essentieller Gesundheitsforschung durch Schaffung alternativer Anreize kann Forschung auch durch »direct funding« in Gang gesetzt werden. Nicht zuletzt die vielen »Private Public Partnerships« (PPP) bzw. »Product Development Partnerships« (PDP), die zur Entwicklung dringend benötigter Medikamente in den letzten Jahren entstanden sind, können als Ausdruck einer solchen zielgerichteten und zum Teil öffentlich finanzierten Auftragsforschung verstanden werden. Aus der Arbeit einer solchen PPP/PDP berichtet **Nicoletta Dentico**, die politische Beraterin der »Drugs for Neglected Diseases Initiative« (DNDi), einem weltweiten Zusammenschluss von Forschungsinstitutionen, dem es kürzlich mit Hilfe öffentlicher Finanzierung und in Zusammenarbeit mit Sanofi-Aventis gelang, ein neues Malaria-Medikament vorzustellen.

Abschließend geht es um die Frage, wie aus den Ideen Wirklichkeit werden kann, mithin um strategische Überlegungen.

Im Bemühen um eine politische Umsetzung von Alternativen könnte der Ende 2006 von der WHO eingerichteten »Intergovernmental Working Group« (IGWG) eine besondere Rolle zukommen. Zentrale Aufgabe dieses Gremiums ist die Definition einer neuen globalen Strategie und eines »Plan of Action« für den Komplex »Öffentliche Gesundheit, Innovation und geistiges Eigentum«. Gründungsmitglied der IGWG ist **Dr. Ahmed. E.O. Ogwell**. Er berichtet über Aufgaben und Chancen der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe.

Dass Gesundheitsforschung als öffentliches Gut nicht nur eine schöne Idee sein muss, sondern konkret möglich ist und viele Vorteile hat, zeigt **Jerome Reichman** am Beispiel der klinischen Tests.

Christian Wagner benennt die Forderungen, die NROs und zivilgesellschaftliche Organisationen an den Genfer Prozess rund um die IGWG richten. Trotz der großen Bedeutung, die der Lobbyarbeit in Genf zukommt, steht aber außer Frage, dass Veränderungen auch und gerade der öffentlichen Aufmerksamkeit und damit der Mobilisierung der Öffentlichkeit bedürfen. Die Sicherstellung von Gesundheitsforschung ist nicht Angelegenheit weniger, sondern aller Spezialisten.

Gentechnik-Expertin Mute Schimpf fordert schließlich einen Wandel in der globalen Medikamentenpolitik und stellt die gemeinsame Erklärung »Für Innovation und Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln!« vor (s. Text oben).●

Medico-report 27: Patienten, Patente und Profite. Globale Gesundheit und Geistiges Eigentum.152 Seiten, 12 EUR zzgl. 2 EUR Versand, ISBN: 978-3-940529-13-8
Direkt zu bestellen bei:
medico international, Burgstr. 106, 60389 Frankfurt,
Tel: (0 69) 94 43 80
E-Mail: info@medico.de, Web: www.medico.de

MATERIALIEN & LINKS

Report: Forschungszwerg Deutschland
– kaum Forschungsmittel für vernachlässigte Krankheiten
Download und weitere Materialien:
www.aerzte-ohne-grenzen.de

Kampagne »Leben vor Pharmaprofit!«:
www.aids-kampagne.de

Weitere Infos:
medico international: www.medico.de
Brot für die Welt: www.brot-fuer-die-welt.de
BuKo: www.bukopharma.de
Misereor: www.misereor.de
Health Action International: www.haiweb.org
European AIDS Treatment Group: www.epha.org
IPPNW: www.ippnw.de

1968, EIN JAHR IN MEDIALER ABWICKLUNG

Reif fürs Museum?

Das Thema ist »abgefrühstückt« – um mal eine dieser unsäglichen journalistischen Redewendungen zu gebrauchen. Das sind wohl die Auswirkungen einer Gesellschaft des Spektakels: Erst arbeitet eine ganze Branche darauf hin, Verlage und AutorInnen terminieren ihre Publikationen und dann fehlt die Muße oder einfach der Wille, sich mit dieser Flut von Veröffentlichungen überhaupt auseinander zu setzen. Leider gehen so auch viele gute Bücher dabei unter – Grund genug, sich einmal mehr in einer Rezension mit 1968 zu beschäftigen.

Von Gottfried Oy ● Vielleicht sind es ja gerade die spannendsten Bücher, die die entsprechende Jahreszahl gar nicht im Titel führen: Richard Heigl etwa beschäftigt sich mit Wolfgang Abendroth und der Entstehung der Neuen Linken im Vorfeld von 1968. Die Brückenfigur Abendroth – ein Vermittler zwischen dissidenten linkssozialistischen Strömungen der Weimarer Zeit sowie der unmittelbaren Nachkriegszeit und der traditionalistische Flügel des SDS stehen im Mittelpunkt dieser Abhandlung. Heigl nimmt eben nicht, wie so viele, die Antiautoritären für das Ganze und zeichnet den Weg nach, den die Bewegung nahm, deutet aber auch an, welche Wege sie hätte nehmen können. In der zugespitzten Situation des Prager Frühlings und seiner Niederschlagung war die Westlinke noch einmal gezwungen, ihr Verhältnis zum Staatssozialismus zu klären, das traditionalistische Lager zerbrach daran, die Gründung der DKP leistete dem Ende dieser Debatte Vorschub. Heigl sieht aber auch die Schwierigkeiten, die Linkssozialisten wie Abendroth mit der antiautoritären Strömung hatten, betont die kulturellen Differenzen, die eine weitere Zusammenarbeit nahezu unmöglich machten. Wenn Heigl auch stellenweise der Gefahr unterliegt, die Person Abendroth zu überhöhen, ist doch sein biografischer Zugang von genügend kritischer Distanz geprägt, was seine Arbeit sehr lesbar macht.

Niels Seibert orientiert sich ebenso nicht an den gängigen Zeitmarken, sondern beleuchtet Internationalismus und Antirassismus in der Bundesrepublik von 1964 bis 1983. Dabei wird deutlich, dass migrantische Proteste oftmals Ursprung von später bekannten Bewegungen waren, von ersten begrenzten Regelverletzungen im Vorfeld von 1968 bis hin zum Frankfurter Häuserkampf, den keineswegs Cohn-Bendit und Co. begannen, sondern türkische und italienische Arbeiterinnen und Arbeiter auf der Suche nach bezahlbaren und menschenwürdigen Unterkünften. Viele Geschichten, die Seibert erzählt, sind in Vergessenheit geraten, sei es die Cabora Bassa-Kampagne gegen die portugiesische Kolonialpolitik, die Black Panther-Unterstützung oder die Fluchthilfe für US-amerikanische Vietnamkriegsdeserteure. Oftmals handelte es sich um sehr konkrete Unterstützungsaktionen, praktische Solidarität statt großer Publizität. Entsprechend prekär ist hier die Quellenlage. Leider verzichtet Seibert allzu oft auf Quellennachweise, unklar bleibt, an welchen Stellen er sich auf Zeitzeugeninterviews – die im Anhang aufgeführt werden – bezieht und wo er schriftliche Dokumente auswertet.

Eine randständige Publikation anderer Art ist allein schon wegen ihres Themas die von Thomas Hecken. Hier stehen einmal nicht die spektakulären und medienwirksamen Aktionen und Happenings rund um 68 im Mittelpunkt, sondern »Texte und Theorien aus einer Zeit euphorischer Kritik«, wie es im Untertitel dieses Essays heißt. Während zahlreiche Interpreten, wie etwa zuletzt Götz Aly, nicht müde werden zu betonen, wie unlesbar die Theorieproduktion aus jener Zeit heute sei, überzeugt Hecken vom Gegenteil. Er greift das Stichwort der »Lesebewegung« auf und widmet sich konsequenter Weise der intellektuellen Produktion der 68er und ihrer Vorläufer – ein durchaus interessantes Unterfangen.

Sein Essay bleibt durchgängig historisch, unter dem Titel »Kritik an der 68er-Bewegung« greift er abschließend zeitgenössische Kritiker der antiautoritären Revolte auf. Mit Habermas, Hobsbawm und Pasolini präsentiert er eine internationale Mischung, welche die zentralen Argumente beinhaltet: Kritik am Voluntarismus, an der mangelnden Schärfe der Gesellschaftsanalyse und an der Bürgerlichkeit der Bewegung.

Foto: Archiv

Ingrid Gilcher-Holtey legt mit »1968. Eine Zeitreise« eine der wohl besten Publikationen im Jubiläumsjahr vor – trotz der sehr wohl vermeidbaren Jahreszahl im Titel – siehe Heigl und Seibert. Bei Gilcher-Holtey hat eben diese Jahreszahl aber eine äußerst konkrete Bewandtnis: Ihr Text orientiert sich im Aufbau chronologisch an den Ereignissen eben jenes Jahres, beginnend mit der »Tet«-Offensive des Vietcong im Januar über bekannte, aber auch unbekannte Ereignisse bis hin zu Auseinandersetzungen um Mitbestimmung an der London School of Economics und der Frankfurter Universität im Dezember. Ihr gelingt es kurz und prägnant den internationalen Charakter der »68er«-Bewegung zu verdeutlichen, ohne die Unterschiede zwischen den verschieden politischen Strömungen, den spezifischen Situationen in verschiedenen Ländern und der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ebene zu verwischen. Während einzelne Abschnitte, etwa zu Mexiko, etwas kurz gehalten sind, werden andere Bereiche, etwa die Situation in Frankreich, deutlich umfangreicher und vor allen Dingen auch analytisch gehaltvoller abgehandelt. Dies ist wohl Gilcher-Holteys Schwerpunkten geschuldet, sie hat schon 1995 eine umfangreiche Habilitationsschrift zum Pariser Mai vorgelegt.

Fast schon dreist zu nennen ist hingegen ihre zweite, fast titelgleiche Publikation in der Edition Suhrkamp: »1968. Vom Ereignis zum Mythos«. Hierbei handelt es sich um die identische Wiederveröffentlichung des Sonderheftes 17 der Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft«, einer zehn Jahre alten Veröffentlichung, die gemeinhin als Meilenstein in Sachen Historisierung von 1968 gilt.

Erst, wenn man zum Ende der mit »Prolog« überschriebenen Einleitung liest, dass diese in »Bielefeld, im Frühjahr 1998« abgefasst wurde, wird deutlich, dass es sich hierbei um ein noch nicht einmal überarbeitetes oder mit einem neuen Vorwort – das sich etwa mit der zehnjährigen Rezeptionsgeschichte beschäftigt – versehenes Buch handelt. Der Verlag hält sich mit Hinweisen darauf in der Ankündigung vornehm zurück. Das ließe sich auch so interpretieren, dass schon vor zehn Jahren das Wichtigste geschrieben wurde – angesichts mancher Veröffentlichung im aktuellen Jubiläumsjahr vielleicht die richtige Einstellung.

Das Projekt der Historisierung ist indes 1998 nicht stehen geblieben, auch zehn Jahre danach steht es weiterhin im Mittelpunkt, Museen widmen sich verstärkt dem Thema. So war im Frankfurter Historischen Museum dieses Jahr die Ausstellung »Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung« zu sehen, die für sich in Anspruch nahm, die einzig umfassende Ausstellung in der Bundesrepublik gewesen zu sein – neben regionalen Schauen etwa in Hamburg und Berlin. Der Ausstellungskatalog, eine umfangreiche, großformatige und reich bebilderte Publikation ist gemäß der Themen der Ausstellung gegliedert: Unter einem mentalitäts- und alltagsgeschichtlichen Fokus werden Aspekte der »68er«-Bewegung wie Bildung, Sexualität, Geschlechterverhältnisse, Selbstverwaltung, NS-Aufarbeitung, Internationalismus und Gewaltfrage aufgegriffen.

Sympathisch am Katalog ist zunächst, dass nicht ausschließlich auf die ganz großen Namen gesetzt wird, allerdings bleiben viele Artikel doch sehr allgemein, geraten damit auch in Schieflage. Die neue Frauenbewegung beispielsweise wie Dagmar Herzog allzu stark auf Fragen der Sexualität zu reduzieren, verleugnet deren Auseinandersetzung mit Arbeitsverhältnissen und Geschlechterhierarchien in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Andere Themen, wie etwa Selbstverwaltung werden etwas hingebogen – wenn hier Oskar Negt Unterschiede zwischen Mitbestimmung und Selbstverwaltung nivelliert und dabei ausblendet, dass die Neue Linke eben auch eine scharfe Kritik an der traditionellen Linken formulierte und der gewerkschaftlich organisierten Mitbestimmung – institutionell ausgehöhlt und schon lange ihrer Sprengkraft beraubt – eine Absage erteilte. Es ging 1968 nicht nur um ein Stück vom Kuchen, sondern um die ganze Bäckerei.

Als großformatige Publikation lebt der Ausstellungskatalog natürlich nicht allein von seinen Texten, sondern eben auch von der umfangreichen Bebilderung durch Fotografien der Ausstellungsstücke. Hier ist der Hinweis der Kuratoren interessant, dass sie sich des Missverhältnisses zwischen dem Charakter der Archivalien und dem Charakter der Bewegung, der sich durch in erster Linie bedrucktes Papier kaum vermitteln lässt, bewusst sind.

Sie thematisieren zudem einen nicht zu vernachlässigenden Nebenaspekt der Historisierung. Dokumente, bislang ehrenamtlich von Aktivisten in Bewegungsarchiven gesammelt, wandern zunehmend in offizielle Archive und verändern dadurch ihren Charakter: Was bis vor kurzem noch frei zugänglich war, einen haptischen Eindruck vermitteln konnte, wird nun sachgemäß restauriert und aufbewahrt, kann nur noch mit Handschuhen berührt werden. Der Preis der professionellen Archivierung, die nicht zuletzt dem breiten Zugang einer interessierten Öffentlichkeit dient, ist somit die endgültige Historisierung der Dokumente – und letztendlich auch ihres Gegenstandes selbst.

Historisierung – ist das das Stichwort, das übrig bleibt von diesem Jubiläumsjahr? Mit Sicherheit ist es einer der zentralen Aspekte der Debatte, wobei es weiterhin politische Auseinandersetzungen um den Bezugspunkt einer solchen Historisierung gibt: Es ist eben ein Unterschied, ob auf Seiten des Staates von einer Fundamentalliberalisierung gesprochen wird oder ob sich soziale Bewegungen ihrer geschichtlichen Vorgänger bewusst werden wollen. Allzu oft wird 1968 in eben diese Logik der Entwicklung von Staat und Gesellschaft eingebunden, einmal mehr fallen dabei die Bewegungen, die ganz andere Vorstellungen und Perspektiven hatten unter den Tisch – von den einzelnen Akteuren ganz abgesehen.●

Ingrid Gilcher-Holtey: 1968. Eine Zeitreise, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, 236 Seiten, 10 EUR

Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.): 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, 414 Seiten, 14 EUR

Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken. Argument Verlag, Hamburg 2008, 372 Seiten, 24,90 EUR

Thomas Hecken: 1968. Von Texten und Theorien aus einer euphorischen Zeit. Transcript Verlag, Bielefeld 2008, 179 Seiten, 18,80 EUR

Andreas Schwab, Beate Schappach, Manuel Gogos (Hrsg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung, Klartext Verlag, Essen 2008, 302 Seiten, 29,90 EUR

Niels Seibert: Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus 1964-1983, Unrast Verlag, Münster 2008, 224 Seiten, 13,80 EUR

IM POSTFACH

Zu CONTRASTE Nr. 286/287, Elisabeth Voß: »Die schöne Welt der SteuerzahlerInnen«

Götz Werners von E. Voß kritisierte »Selbstgewissheit« und sein »unkritisches Welterklärungsmuster« stören mich gar nicht. Aus meiner Sicht ist es logisch, dass ein erfolgreicher Großunternehmer ein anderes Selbst- und Weltverständnis haben muss, als z.B. ich. Sein Buch fand ich gerade deshalb interessant, weil er seine Unternehmersicht und Wünsche ziemlich klar offen legt.

In »Betriebswirtschaft für Nebenfächler« lernte ich nur wenig mehr als das, was jede/r weiß: Jedes nicht subventionierte Unternehmen muss alle entstandenen Kosten (einschl. aller Steuern!) aus den erzielten Netto-Verkaufseinnahmen decken, um weiter zu existieren. Bleibt danach noch was übrig, dann hat, wie man sagt, das eingesetzte Kapital »gearbeitet« und Gewinn gebracht. Gewinn und die von UnternehmerInnen und dem Unternehmen zu zahlenden Steuern sind immer im kalkulierten Preis enthalten und werden immer von den KäuferInnen bezahlt. Dabei ist es gleichgültig, worauf, unter welchem Namen die Steuer erhoben wird.

Das 1x1 des Kapitalismus wird von der Idee BGE (bedingungsloses Grundeinkommen für alle) nicht in Frage gestellt. UnternehmerInnen können sich, egal wie BGE finanziert wird, mit Buchhaltungstricks vor Einkommens- und Gewinnsteuern recht gut drücken. Lohn- und GehaltsempfängerInnen können das nicht. Buchhalterische Gewinnminimierungen sind steuerrechtlich in weitem Umfang legal. Deshalb meint G. Werner, die Erhebung der MWSt. beim Verkauf lässt weniger Hintertürchen offen.

In den Büchern, die ich bisher las, fand ich keine Antwort auf meine Frage, ob die Steuern zur Finanzierung des BGE auch auf den Erwerb von Maschinen und Ausrüstungen für Arbeitsplätze erhoben werden und von wem sie bezahlt werden soll: Sollen dafür die Konsumenten der damit produzierten Gebrauchsgüter oder Leistungen zahlen? Wäre es möglich, BGE-finanzierende MWSt. von denen zu erhalten, die als Investoren Maschinen kaufen (oder »finanzieren«), um damit Gewinn zu erzielen? Würden sie MWSt. zahlen wie alle Konsumenten, die eine erworbene Ware zweckentsprechend nutzen?? Geben BGE-befürwortende UnternehmerInnen oder »linke« BefürworterInnen darauf eine Antwort?

Meine Vermutung geht dahin, dass UnternehmerInnen jede Steuer auf gewinnbringende Anlage ihrer Gewinne schlussendlich doch wieder in die Endverbraucherpreise für Konsumenten einrechnen würden. (Vermögenssteuer auf sichtbare, inflationssichere Werte wie Immobilien oder Kunstgegenstände wird von einer Lobby klein gehalten.) Parlamentarischen oder politischen Massendruck, der Gewinne der UnternehmerInnen antasten will, können die GroßunternehmerInnen z.B. mit Inflation oder steigender Arbeitslosigkeit oder Kriegführen beantworten. Daran könnte m.E. auch das BGE nichts ändern. Es wird meiner Meinung nach solange so bleiben, wie eine Mehrheit der Arbeitsfähigen lieber einen »Arbeitsplatz« hat, als auf irgendeine selbstbestimmte Weise Produktion und Austausch selbst zu organisieren.

Wir »kleinen Leute« kennen meistens nur kleine, kapitalschwache, sich (auch) selbst ausbeutende (Sub)-UnternehmerInnen vom Nahen und sehen, sie schuften auch und sind gezwungen, Gewinn nach oben zu schaufeln.

Für Götz Werner sieht die Welt anders aus: Er hat in viele nicht sehr, aber doch relativ teure Arbeitsplätze hier im Inland investiert. Dafür braucht er hier sehr viele, relativ billige, doch zuverlässige, engagierte Arbeitskräfte, die mit den investierten Werten pfleglich und gewinnbringend umgehen. »BilliglöhnerInnen«, die nur auf den Feierabend warten, wären wegen Aufsichtskosten, verschluderten Material u.s.w. für ihn zu teuer. (Wie viel mehr trifft das auf eintönige Arbeit an high-tech-Arbeitsplätzen zu.)

So wünscht sich Götz Werner für seine »dm« Drogeriemarktkette VerkäuferInnen, die mit Grundeinkommen (mindestens 800 EUR netto mit Kaufkraft 2007 + Versicherungspaket) wirklich NEIN sagen können und ungezwungen, eher für Abwechslung, Lebenssinn »bei ihm« arbeiten wollen. Wenn die Lohn»nebenkosten«, die staatlich regulierten ca. 50% des Gesamtlohnes, für Steuer und Versicherungen ganz wegfallen würden, könnte er sogar den bisherigen Nettolohn weiterzahlen und hätte dennoch mit dem eingesparten »zweiten Nettolohn« viel Spielraum für den Niedrigpreis-Wettbewerb gewonnen, der einen Teil der Endverkaufspreiserhöhung durch die hohe MWSt. abfangen würde. Diese Dämpfung der Preissteigerungen wäre bei hohem Lohnanteil am Verkaufspreis hoch. Preissteigerungen durch MWSt.-finanziertes Grundeinkommen wären bei den mit hohem Kapitaleinsatz produzierten industriellen Massenprodukten betriebswirtschaftlich notwendig. (Dagegen hätte ich – zumindest aus ökologischer Sicht – nichts einzuwenden.)

BGE halte ich für eine große, vielschneidige Idee, die mir nicht unrealistisch erscheint, weil sie Großunternehmerinnen in hochindustrialisierten Ländern einen Ausweg aus der jetzigen »Klemme« bieten könnte. Andererseits könnte (bei genügend hohem BGE!) die Möglichkeit NEIN zu sagen und finanziell unabhängig zu leben auch neue Freiräume für Selbstbewußtsein, Kreativität und soziales Verhalten der heute Ausgegrenzten wie der LohnarbeiterInnen eröffnen.

Bedingungsloses Grundeinkommen für Alle stellt die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht in Frage. Es löst weder Ökologie- noch Friedensprobleme. Doch könnte es eine win-win-Situation ergeben, die ermöglicht, mit der freigesetzten Kreativität einen »crash für Alle« zu vermeiden und Menschheitsprobleme menschenwürdiger zu lösen. Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie unterschiedlich betroffene Menschen in einer Gesellschaft mit BGE solidarischer, umwelt- und friedensfreundlicher miteinander leben könnten und das in die öffentliche Diskussion zu bringen, halte ich für eine lohnende Aufgabe.●

B. Nebel

ROLF SCHWENDTER ERHIELT DEN PREIS MARBURGER LEUCHTFEUER 2008

»Manche regieren die Welt, andere sind die Welt« *

»Er ist eine Art intellektueller Zehnkämpfer«, fasste Jury-Sprecher Jürgen Neitzel das vielfältige Wirken des Preisträgers zusammen. Die wesentlichen Stationen im bisherigen Leben des Kasselers: Devianz-Forscher, Polit-Aktivist, Autor, Liedermacher, Regisseur und engagierter Streiter für eine Kultur der Selbstbestimmung und Sozialen Gerechtigkeit. Der rote Faden im Gesamtwerk Schwendters ist die gelebte Überzeugung eines Demokraten, der für volle kulturelle, politische und soziale Teilhabe aller Menschen eintritt.
Prof. Dr. Dr. Dr. Rolf Schwendter ist bereits der vierte Träger des Marburger Leuchtfeuers. 2005 wurde die Auszeichnung erstmals vergeben. Nachdem der ursprünglich als Laudator gewonnene Konstanzer Theaterintendant Prof. Dr. Christoph Nix wegen einer Erkrankung kurzfristig abgesagt hatte, verlas der Schauspieler Uli Düwert vom »Schnaps- und Poesie-Theater Marburg« eine Laudatio, die der Jury-Sprecher aus allgemein zugänglichen Quellen sowie aus kurzfristig eingeholten Beiträgen von Schwendters Freunden und Mitstreitern zusammengestellt hatte, die wir nachfolgend gekürzt abdrucken:

»Rolf Schwendters wissenschaftliche Arbeitsgebiete reichen von »Theorie der Subkultur« über eine »Kulturgeschichte des Alltags« bis hin zu mehreren Bänden über alternative, selbstverwaltete Ökonomie. Doch Schwendter war nie ein Wissenschaftler im sprichwörtlichen Elfenbeinturm. Eine seiner ehemaligen StudentInnen – die Journalistin Gertrud Salm - sagt ihm einen »ansteckenden Hang zur Praxis« nach. Dabei war und blieb er ein scharfsinniger, geistreicher Mensch, wurde nie ein rechthaberischer Ideologe. Darin stimmen alle, die ihn kennen, überein.

Geboren wurde Rolf Schwendter am 13. August 1939 in Wien als Rudolf Scheßwenter. Er studierte Rechtswissenschaften, Staatswissenschaften und Philosophie. Alle drei Studiengänge schloss er mit einem Doktortitel ab: 1962 promovierte er in Jura, 1965 in Politologie über »Die sozialreformatorische Funktion der Intellektuellen im Nationalsozialismus«, 1968 folgte in Philosophie die Doktorarbeit über »Die Bühne als politisches Forum in Theorie und Praxis bei George Bernhard Shaw und Bertolt Brecht«.

In den Jahren 1959 bis 1967 war er Koordinator der »Informellen Gruppe zu Wissenschaft und Kunst« in Wien. 1968 bis 1971 war er freischaffender Liedermacher. 1970 veröffentlichte er die »Lieder zur Kindertrommel«. 1971 erschien die erste Auflage seiner »Theorie der Subkultur«, die inzwischen bereits vier Auflagen erlebte. Von 1971 bis 1974 war Schwendter Dozent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg. Von 1975 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2003 war er Professor für SubkulturForschung an der Universität Kassel. In diesen 28 Jahren hat er die soziale Szene der nordhessischen Universitätsstadt maßgeblich geprägt.

Schwendter war Mitbegründer des »Ersten Wiener Lesetheaters« und des Vereins zur Förderung alternativer Kultur in Kassel, den Kasselanern eher als »Offenes Wohnzimmer« bekannt. Von 1992 bis 2002 war er Vorstandsmitglied der »IG Freie Theaterarbeit« in Wien. Seit 2001 fungiert er als Präsident der Internationalen Erich-Fried-Gesellschaft.

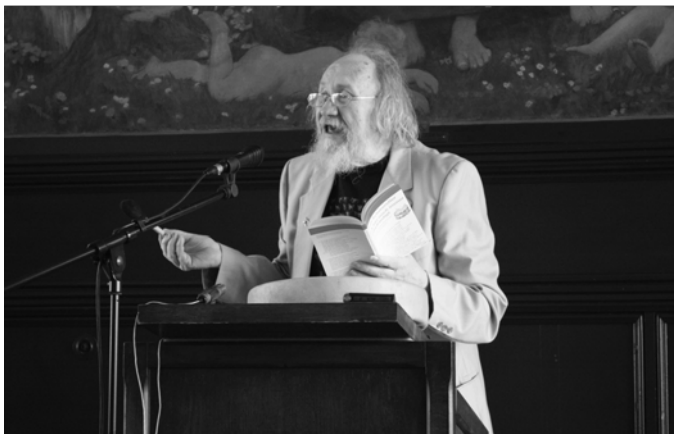
Im Jahr 1980 erschienen seine »Lieder zum freien Gebrauch« unter dem politisch verstandenen Titel »Ich bin noch immer unbefriedigt«, frei nach dem Rolling-Stones-Song »I can't get no satisfaction«.

Rolf Schwendter lebt in Wien und Kassel. Der Katalog der Deutschen Nationalbibliothek verzeichnet unter seinem Namen 40 verschiedene Bücher, davon zwei in niederländischer Übersetzung.

Schwendter ist eine Art intellektueller Zehnkämpfer. Neben den drei Fachgebieten seiner Promotionen war er in den Bereichen Psychologie und Theaterwissenschaften aktiv. Wichtiger jedoch war ihm die praktische Umsetzung seiner Ideen in seinen Rollen als Anstifter und Organisator von kultur- und sozialpolitischen Initiativen, als Dramaturg, Schriftsteller, Koch und Liedermacher.

Das Mainzer »Open-Ohr-Festival« hat Schwendter mitgegründet und jahrelang mitgeprägt. Auch wenn er selbst nie dem Organisationskreis angehört hat, trägt das Konzept die Handschrift des engagierten Trommlers für soziale Gerechtigkeit, für kulturelle Originalität und politische Alternativ-Kultur: Workshops zu aktuellen politischen, sozialen und alternativ-wirtschaftlichen Themen wechseln hier mit Musik-Darbietungen ab. »Open Ohr« steht dabei für jene offene Geisteshaltung, die Schwendter zeitlebens praktiziert hat.

Als Mensch – ob als Professor, Privatmann oder Künstler – wird Schwendter als außergewöhnlich entgegenkommend und überzeugend geschildert. Meist gehe er mit großer Aufmerksamkeit auf die Äußerungen seines Gegenübers ein. Auch Tuchfühlung mit den Randständigen in der Gesellschaft scheue er nicht.



Der Preisträger Prof. Dr. Dr. Dr. Rolf Schwendter Foto: Dragan Pavlovic

Als Devianz-Forscher hat er sich besonders für diejenigen interessiert, die von der Mehrheit an den Rand gedrängt oder gänzlich ausgegrenzt werden. Bis in die späten 70er Jahre hinein verschwanden Menschen schnell in psychiatrischen Anstalten, wenn sie durch »abweichendes Verhalten« aufgefallen waren. Schwendter setzte sich für »Soziale Therapie« in kleinen Wohngruppen innerhalb des persönlichen sozialen Umfelds statt für das Wegsperren psychisch erkrankter Menschen ein. Das »Institut für Soziale Therapie« in Kassel geht ganz wesentlich auf seine Initiative zurück. Im Psychosozialen Zentrum an der Motzstraße in Kassel gibt es heute passender Weise einen »Rolf-Schwendter-Saal«, der auch der Öffentlichkeit für Veranstaltungen zur Verfügung steht. Das von Schwendter mitbegründete legendäre »Offene Wohnzimmer« findet darin eine beständige Ergänzung. Es ist bekannt als kleines Kulturzentrum mit regelmäßigen Veranstaltungen zum Austausch über aktuelle soziale und politische Themen.

In einem Interview stellte Schwendter 1996 fest: *»Wer...die Schule (mitsamt ihren ewigen Hausaufgaben, Prüfungsvorbereitungen und vorweggenommenen Chancenverteilungen nach der Gaußschen Notenkurven-Verteilung) absolvieren, Überstunden leisten (während andere erwerbslos sind), den Haushalt verrichten, die Kinder (unter den Bedingungen heutiger Infrastrukturen) versorgen, als Abendmensch morgens aufstehen (oder als Morgenmensch nachts aufbleiben), sich die Tage und Nächte mit Reparaturen, Steuererklärungen, anschaffungsbezogenem Werbematerialien-Studium, Versicherungspolicen, Schuldendiensten, Chefarztbesuchen, Behördengängen, telefonischen Besetztzeichen....um die Ohren schlagen und dazu noch Dutzende ebenfalls zeitaufwendige Kompensationsangebote wahrnehmen muss, um das Ganze überhaupt auszuhalten, wird mit Sicherheit nicht über genug Muße verfügen, um irgend etwas Kreatives sich einfallen lassen zu können, damit er/sie wenigstens eine Zehe aus dem Rattenrennen rausstrecken kann.«*

Kreativität hat Schwendter allemal bewiesen. Als Textprobe mag das Gedicht von 1996 aus dem Band »Drizzling Fifties« dienen:

**»Stramm dagestanden, Hände in den Jeans-Taschen,
mit jenem »Was-kostet-die-Welt«-Lächeln, dem überzeichneten,
zwischen Ankauf der Lufthansa & Friedhof der Namenlosen,
wenn der Vater »Auf dich kommt nicht soviel« gesagt hat
– der Neue Sozialisationstyp ist immer schon uralt.**

**Noch kein Crack, nein: Alkohol reicht noch.
Ein dufter Typ: Pomade und Kölnischwasser.
Nicht sorgt noch der Fußball für Bataillesche Entgrenzung:
Ein Christbaum voller Mercedes-Sterne, ein Strauß Autoantennen
vor der Fahrt im Burberry aufs Hafelekar.**

**Ein Rhythmus Rock, ein Holzstück, das nachgibt,
Motorroller, allenfalls eine Autofahrt Richtung Abgrund,
noch keine Polizei, die auf gut Glück Parties überfällt,
Hands up und Handschellen, pro Gast zwanzig Liegestütze,
diese Art L.A. Law: Gestapo, gemildert durch Medien.
Noch nicht mit Scheinwerfern in alle Häuser geleuchtet.**

**Denn: noch keineswegs fünfundzwanzig Prozent arbeitslos,
noch nicht White Fence, nein, der weiße Zaun vor der
Wüstenrotsiedlung. Wenige Jahre: das Lächeln ist ganz verschwunden,
und »Was kostet die Welt« bringt die Antwort: Zuviel«.**

Die persönliche Sicht von Elisabeth Voß aus Berlin:

»Der Devianz-Forscher mit dem phänomenalen Gedächtnis, der fast immer die verschiedenen Gruppen und Projekte vor Augen hat, ihre Akteure kennt und mit dem es sich wunderbar erinnern lässt ohne jemals in billigen Klatsch abzugleiten, weil die Erinnerung der Schärfung des Blickes dient, dem Aufzeigen von inhaltlichen Kontinuitäten oder Brüchen, und weil das alles getragen ist von seiner Liebe zum Gegenstand seiner Forschungen.

● Der Vordenker der Alternativen Ökonomie, der diese als wichtigen Bestandteil einer gelebten Utopie beobachtet und kritisch kommentiert. Seine Sorge gilt insbesondere den Anpassungsprozessen, durch die die ursprünglich utopischen Ausgestaltungen der Zusammenarbeit und des Wirtschaftens sich unter dem Druck des Marktes oft dem entfremdeten, marktwirtschaftlichen Funktionieren angleichen.

● Der große Vernetzer, der sich mit Zunahme der digitalen Kommunikation immer mehr von den großen Kommunikationsprozessen abgekoppelt hat. Seine Medien sind die handschriftliche Aufzeichnung und das persönliche Gespräch. Ein Fax über das Uni-Büro konnte ihn ausnahmsweise manchmal noch erreichen. Aber eigentlich lebt er jenseits jeglicher Form der Telekommunikation.

● Der Künstler, nicht nur mit seinem Ersten Wiener Lesetheater, sondern auch als Mann mit der Trommel, der noch immer unbefriedigt ist.

● Der schreibende Koch, der (fast?) ausschließlich Fleischgerichte zubereitet, bevorzugt Coq au vin, was stundenlang vor sich hinköchelt, entsprechende Gerüche verbreitet, und schlussendlich die Fleischessenden sehr erfreut.

● Der früher notorische Kettenraucher, für den im Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie eine eigene Regel eingeführt wurde: Eigentlich ist das Rauchen auf den Treffen verboten. Sollte aber jemand, weil er nicht rauchen darf, abreisen müssen, sei diesem das Rauchen ausnahmsweise gestattet. Ich wünsche Rolf, dass es ihm gelingt, das Rauchen dauerhaft aufzugeben.
● Und nicht zuletzt Rolf ganz privat, zwischen seinen Frauen und mit seiner eigenwilligen Erscheinung, die schon mal dazu führte, dass ein Praktikant, der ihn für ein Seminar vom Bahnhof abholen sollte, verzweifelt im Tagungshaus anrief und sagte, Prof. Schwendter sei immer noch nicht da, es säße dort nur so ein verwahrloster älterer Mann mit vielen Tüten, der behauptete, der Professor zu sein.«

Fritz Letsch schreibt über Rolf Schwendter:
»Sein Wirken hat in verschiedenen Bereichen und Verbänden Maßstäbe gesetzt und verschoben:

In der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise hat er die Behindertenarbeit zur emanzipatorischen Krüppel-Bewegung begleitet, in der Anti-Psychiatrie-Bewegung schon damals mit Betroffenen auf Augenhöhe zusammengearbeitet, als dies noch vollkommen ungewöhnlich war.

Alternativen Projekten war er immer solidarisch kritisch verbunden. Kenntnisreich konnte er von Armuts- und Obdachlosenbewegungen, Bioläden bis Musik, Fahrradprojekt und selbstorganisiertem Tagungshaus, Ökobank und Fairsicherung, Genossenschaftswesen und Projekte-Landschaft Auskunft geben. Der Arbeitskreis »Alternative Ökonomie« war Freundeskreis und Herausgebergruppe, der Kreis der Zukunftswerkstatt-Moderierenden um Robert und Ruth Jungk ein Kollegium, dem er eng verbunden war. Wenn uns heute die Alternativ-Bewegung historisch vorkommt, die Alternativ-Losigkeit zur privaten Sicherung ausweglos erscheint, liegt das mehr an der Anpassung der diversen Szenen, als an ihm und seinem Wirken.«

Schwendter hat auch eine plausible Antwort darauf parat, warum soziale Bewegungen meist viel weniger Menschen auf die Beine bringen als beispielsweise der Fußball: In sozialen Bewegungen müssen die Menschen meistens die frustrierende Erfahrung machen, dass sie kaum etwas ändern können. Beim Fußball gewinnt wenigstens manchmal auch die eigene Mannschaft.

Schwendter ist bekannt für seinen Scharfsinn, sein enzyklopädisches Gedächtnis und die Fähigkeit, Menschen zu gemeinsamem Handeln zusammenzuführen. Dabei legt er größten Wert auf »soviel Basisdemokratie wie möglich«.

»Singen, trommeln, dichten, schreiben, Katzen streicheln, collagieren, kritzeln, lesen, im Cafehaus sitzen, kochen, essen, Zug fahren, Taxi benutzen, nicht telefonieren, nicht Computer bedienen, Zahnärzte meiden, Zucker meiden, Weißdorn schlucken, Frauen lieben, viel rauchen, Tee trinken«, so beschrieb Gertrud Salm seinen kulturellen Alltag. Das Rauchen soll er aufgegeben haben, sonst stimmt wohl noch alles.«●

Oberbürgermeister Egon Vaupel (links) und Jury-Specher Jürgen Neitzel (mitte) überreichen Prof. Dr. Dr. Dr. Rolf Schwendter das Marburger Leuchtfeuer für Soziale Bürgerrechte in Form einer gerahmten Urkunde, eines Gemäldes der Kirchhainer Malerin Monika Sohn und eines Straußes Blumen Foto: Alexandra Appel

* Der Künstler Thilo Götze Regenbogen über Rolf Schwendter in der Festschrift zu seinem 65. Geburtstag

Der ungekürzte Text, Berichte, die Dankesrede Rolf Schwendters (mp3-Datei) und Rolf's Life-Vortrag seines Lieds »Ich bin noch immer unbefriedigt« (mp3-Datei) auf:
http://leuchtfeuer.hu-marburg.de

(Überarbeitet und gekürzt von Sabine Ellersick)

TAGUNGSBERICHT

Energiegenossenschaften

– Kraftakte für eine nachhaltige Versorgung

Handlungsfelder, Beispiele, Akteure und Perspektiven von Energiegenossenschaften wurden auf einer gleichnamigen Tagung ausführlich dargestellt. Sie fand vom 4. bis 6. Juli 2008 im TaT Transferzentrum für angepasste Technologien in Rheine bei Münster statt. Rund 50 TeilnehmerInnen diskutierten intensiv darüber, wie nutzerorientierte Lösungen in der Energiewirtschaft einen höheren Stellenwert gewinnen könnten. Ohne eine Änderung der Machtstrukturen wird sich auf Dauer weder eine umweltverantwortliche noch eine gesellschaftsverantwortliche Energieversorgung durchsetzen lassen.

Hans-Gerd Nottenbohm, Red. Genossenschaften ● Bei Auseinandersetzungen über die nachhaltige Energieversorgung wird der Blick seit Jahren zu sehr auf Fragen der Ressourcen und der Technik gerichtet. Dies spielte in Rheine nur eine sehr untergeordnete Rolle. Selbst an der Machbarkeit einer Energieversorgung, die zu 100% auf regenerative Energien setzt, gab es wenige Zweifler. Im Mittelpunkt der Tagung standen konkrete Genossenschaftskonzepte und damit gemachte Erfahrungen.

Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt

Deutlich wurde, dass traditionelle Energiegenossenschaften mit eigenem kleinem Netz, wie die *Elektrizitätsgenossenschaft Bierenbachtal*, unter gegenwärtigen bürokratischen Auflagen schwer leiden. Sie müssen Netz und Stromversorgung von einander trennen und, obwohl nur eine Person beschäftigt ist, unterschiedliche personelle Zuständigkeiten für beide Bereiche nachweisen. Der Vortrag von Vorstandsmitglied Hans Joachim Söhn zeigte: Was für die großen Konzerne sinnvoll ist, kann bei kleinen Energieversorgern zur Aufgabe führen. Die Bierenbachtaler allerdings versorgen ihre Gemeinde weiter.

Zusammen mit den weiter bestehenden Gründungen Anfang des letzten Jahrhunderts gibt es aktuell 80 bis 100 Energiegenossenschaften in Deutschland mit wachsender Tendenz. Bei den Verbrauchgenossenschaften lassen sich die etwa 40 traditionellen Elektrizitätsgenossenschaften mit eigenem Netz, die acht Verbrauchergenossenschaften aus der Gaspreisboykottbewegung und der Vorzeigeökostromanbieter *greenpeace energy eG* nennen. Daneben sind in den vergangenen Jahren nicht nur Dienstleistungs- und Energieeinkaufsgenossenschaften im Energiesektor entstanden. Vielmehr nehmen die Bioenergiedörfer als Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften einen zunehmend wichtigen Stellenwert ein. Mit den in Gründung befindlichen kann hier von knapp 20 Kooperativen ausgegangen werden.

Interessierten Teilnehmern der Tagung Energiegenossenschaften wurde ein Überblick in die eingesetzten Umwelttechniken am Tagungsort, dem TAT in Rheine gegeben

Unterstützungsstrukturen entwickeln

Ähnlich sind die Entwicklungen bei den Produzentengenossenschaften. Ursprünglich gab es nur drei Windenergiegenossenschaften wie die *Windfang eG* in Hamburg. Mittlerweile liegt der Schwerpunkt bei lokalen Ansätzen, die Photovoltaikanlagen auf gepachteten Dächern betreiben. Allein im Bereich des Prüfungsverbandes Weser-Ems sind es mit den in Gründung befindlichen etwa acht und bundesweit rund 20. Der noch etwas mühselige Weg bis zur Aufnahme der ersten Solarenergieproduktion soll durch intensivere Zusammenarbeit und mehr aufbereitete Gründungsmaterialien erheblich vereinfacht werden.

Für die Durchsetzung von mehr energiegenossenschaftlichen Konzepten wurde auf der Tagung allerdings kein Königsweg benannt. In den drei Workshops nahm vor allem die Vernetzung bis hin zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der gegründeten Energiegenossenschaften jeweils den wichtigsten Stellenwert ein:

Im **Workshop Bioenergiedörfer**, die integrierte Lösungen in Richtung eigenständiger Energieversorgung und die gleichzeitige Einbindung von Energieerzeugern und -verbrauchern in die Verantwortungsstrukturen praktizieren, wurde die Entwicklung einer gemeinsamen Dachorganisation, eventuell auch als Dachgenossenschaft besprochen. Als ebenso wichtig wird die Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen, u.a. eine Multiplikatorenfortbildung, angesehen.

Sonja Menzel von der innova eG, Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, führt bei der Eröffnung der Tagung Energiegenossenschaften in die Struktur der Veranstaltung ein

Im **Workshop Energieverbrauchergenossenschaften** aus der Gaspreisboykottbewegung, die vor allem auf mehr Beteiligung und Verantwortungsübernahme der Konsumenten in städtischen Regionen setzen, ging es ebenfalls um eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit, u.a. beim gemeinsamen Gaseinkauf. Potentielle Überschneidungen bei den Liefergebieten sollen dafür detaillierter geklärt werden.

Im **Workshop Bürgersolargenossenschaften** als Produzentenzusammenschlüsse meist finanziell weniger potenter Bürger, die sich für dezentrale bürgerschaftliche Lösungen einsetzen, verabredeten die TeilnehmerInnen die Organisation eines regen Erfahrungsaustausches untereinander. Beabsichtigt ist, dadurch Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Nutzung der Potentiale eines gemeinsamen Genossenschaftsverbundes soll geprüft werden.

Tagungsunterlagen downloaden

Die überwiegend sehr guten Tagungsbeiträge der Referentinnen und Referenten, meist Powerpointpräsentationen, können auf der Website der innova eG heruntergeladen werden: www.innova-eg.de.

Wer an der Teilnahme an einer Multiplikatorenfortbildung für Genossenschaftsentwicklungen im Energiesektor interessiert ist, sollte per Email an info@innova-eg.de sein Interesse anmelden.●

ENERGIEVERBRAUCHERGENOSSENSCHAFTEN

David gegen Goliath

– Gaslieferung zum Niedrigpreis gestartet

Die Energiegenossenschaft Rhein-Ruhr mit Sitz in Oberhausen und die Gas- und Energiegenossenschaft Ost- und Mitteldeutschland (GEG) mit Sitz in Möhlau in Sachsen-Anhalt sind die ersten Verbrauchergenossenschaften aus der Gaspreisboykottbewegung, die Gas liefern. Beide versuchen, bei ihren Preisen unter dem der örtlichen Anbieter zu bleiben. Wie lange es ihnen gelingt, dies auf ehrenamtlicher Basis zu organisieren, ist unklar. Der Aufwand aufgrund der wachsenden Nachfrage nimmt kontinuierlich zu.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Energiegenossenschaft Rhein-Ruhr bietet Gas zu besonders günstigen Preisen an. Bei Privatkunden liegt der Bezugspreis etwa zehn Prozent unter dem des örtlichen Anbieters, bei Firmen sogar um 26 Prozent. Ihr Ziel ist, dass viele Verbraucher ihren Gaseinkauf in der Genossenschaft bündeln und so das Gas billiger bekommen. Aufgrund der angebotenen Konditionen beliefern sie bereits jetzt Kunden aus ganz Deutschland. Die genaue Zahl wird gegenwärtig nicht kommuniziert. Gegründet wurde die Energiegenossenschaft Rhein-Ruhr vor rund einem Jahr. Um Gas oder Strom von der Energiegenossenschaft zu beziehen, muss der Kunde Mitglied werden. Voraussetzung ist ein einmaliger Aufnahmebeitrag von 20 Euro. Außerdem muss er Geschäftsanteile für je 100 Euro kaufen. Mindestens ein Geschäftsanteil und maximal 50 können gezeichnet werden. Eine Anmeldung ist möglich im Internet unter www.energiegenossenschaft-rhein-ruhr.de.

Günstiges Erdgas, Gewinnbeteiligung, demokratische Kontrolle und Mitbestimmung – mit dieser Strategie tritt die Energiegenossenschaft GEG in den Wettbewerb gegen die großen Energiekonzerne an. Gewachsen aus dem Gaspreiswiderstand, gegründet im Jahr 2006 und bereits seit Sommer 2006 als Energieversorger bei der Bundesnetzagentur registriert, verweigerten die etablierten Energiekonzerne bis Dezember 2007 die Belieferung. Seit 1. Januar 2008 kann die Energiegenossenschaft GEG private und gewerbliche Endkunden in den Netzgebieten der Stadtwerke Leipzig, Halle, Wittenberg, Dessau und im Netzgebiet der MITGas mit Erdgas versorgen. Gemäß Satzung beliefert die Energiegenossenschaft GEG Mitglieder und Nichtmitglieder zu den gleichen Konditionen und bietet neben preiswertem Erdgas eine Gewinnbeteiligung auch für Nichtmitglieder – ein Novum auf dem deutschen Energiemarkt:
www.energiegenossenschaft.de.●

BIOENERGIEDÖRFER

Autonomie ist Trumpf

– weitere Dörfer nutzen Fernwärme

Wenn die Bewohner so genannter Bioenergiedörfer eine heiße Dusche nehmen oder im Winter die Heizung aufdrehen, können sie sicher sein: Die Einnahmen für Heizenergie bleiben im Ort. Weder Multis noch Scheiche verdienen daran. Wer mitmacht, sichert sich die Wärmeversorgung für die nächsten 20 Jahre und koppelt sich von den zu erwartenden Energiepreissteigerungen ab. In vielen Fällen spielen hierbei genossenschaftliche Ansätze eine tragende Rolle.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Der Wittmunder Ortsteil Ardorf ist auf dem Weg, sich selbst mit Wärme zu versorgen. Möglich wird dies durch die »Naturgas Ardorf GmbH & Co. KG«, die Anfang des Jahres ihre Biogasanlage in Betrieb genommen hat. Einige öffentliche Gebäude – wie die Schule, Kindergarten, Schwimmbad – werden schon mit der Abwärme der Biogasanlage beliefert.

Privathaushalte sollen nun ebenfalls angeschlossen werden. Die Biogasanlage ist in der Lage, etwa 130 bis 140 Haushalte mit Wärme zu versorgen. Der nächste Schritt hin zur Selbstversorgung zu einem sehr günstigen Preis wird die Gründung einer »Nahwärme-Energiegenossenschaft Ardorf« sein. Gleichzeitig ist jeder »Genosse« Eigentümer des Verteilernetzes. Anfang September wird die Genossenschaft ins Leben gerufen. Bisher machen etwa 100 Haushalte mit. Die Anlage der fünf Investoren der »Naturgas Ardorf« verwandelt überwiegend Mais, aber auch andere nachwachsende Rohstoffe sowie Gülle in Wärmeenergie um. Die Landwirte investierten rund 2,5 Millionen Euro.

Siebloser Waldgenossenschaft

In Sieblos, einem Poppenhausener Ortsteil, haben sich 32 der 34 Haushalte per Fernwärmeleitung an eine zentrale Holzhackschnitzel-Heizung anschließen lassen. Geheizt wird mit Holz, das die Siebloser Waldgenossenschaft aus ihren 70 Hektar großen Wäldern um den Ort holt. Die zwölf Mitglieder der Genossenschaft brachten die 500.000 Euro Investitionskosten auf. Insgesamt 130.000 Euro sollen als Zuschuss vom Land und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) kommen.

Die Siebloser leisteten erhebliche Eigenbeiträge. Über die drei Kilometer langen Wasserleitungen wird heißes Wasser in die Keller der teilnehmenden Haushalte gepumpt. In den bisherigen Heizungsräumen befinden sich Wärmetauscher. Sie sorgen dafür, dass das Wasser in der Dusche oder in der Heizung warm wird. Die Heizleistung verteilt sich auf drei Kessel. Der Vorteil dieser Lösung: Im Sommer wird nur einer benötigt. Auf eine Notfallheizung auf Öl- oder Gasbasis kann verzichtet werden. Bei den Siebloser Haushalten, die alle einen Anschlussbeitrag von einheitlich 2.500 Euro zahlten, reduzieren sich die Energiekosten gegenüber einer Ölheizung voraussichtlich um ein Drittel. Für die Siebloser Waldgenossenschaft soll sich die Investition nach zehn Jahren rechnen. Am 1. August 2008 wurde die Anlage eingeweiht.●

Die bio.regio.faire Genossenschaft

Praxistagung: solidarisch wirtschaften
Von der Genossenschaftsinitiative coop.life zur Gründung einer Handels- und Verbrauchergenossenschaft für bio.regio.faire Produkte wird am Donnerstag und Freitag, den 9./10. Oktober 2008 in der Jugendherberge Stuttgart, Haußmannstraße 27, 70188 Stuttgart, der Stand des Projekts und Anregungen verschiedener potentieller Kooperationspartner dafür erstmals öffentlich vorgestellt.

Programm und weitere Informationen:
KATE e.V., Blumenstraße 19, 70182 Stuttgart,
Tel.: (07 11) 24 83 97-0, info@kate-stuttgart.org

Beitragen statt tauschen

Christian Siefkes entwirft, aufgrund seiner Erfahrung als Programmierer in Free Software-Projekten, seine Peer-Ökonomie als eine Alternative Ökonomie zum marktförmigen Kapitalismus und zur Planwirtschaft.

»Beitragen statt tauschen« geht von einer völlig neu orientierten Wirtschaftsweise aus: Auf Grund von Bedürfnissen nach bestimmten Produkten (oder Dienstleistungen) bilden Menschen eine Assoziation, um diese Dinge gemeinsam herzustellen und zu verteilen. Nicht der Markt und nicht das Geld (als Tauschmittel) spielen eine Rolle, sondern das Bedürfnis, die Fähigkeiten und der Spaß an der Sache. Der Spaß ist deshalb gewährleistet, weil das Prinzip auf Freiwilligkeit und Kooperation beruht. Die Menschen tun diese Dinge, weil sie es wollen. Da ist die Bedürfnisorientiertheit auf den einfachsten Nenner gebracht.

Siefkes bietet drei Möglichkeiten unbeliebte aber notwendige Arbeit zu gewährleisten. 1. überlegt man sich, ob man diese Aufgabe nicht wegautomatisieren kann, dann werden 2. diese Aufgaben so aufgeteilt, dass nur ein kleiner Teil für jeden übrig bleibt und wenn das nicht hilft, werden diese Aufgaben versteigert, so dass ein Tag Müllabfuhr vielleicht drei Wochen Programmieren entspricht.

Gearbeitet wird nicht für Profit und Verschwendung, sondern nur soviel wie die Bedürfnisse verlangen, also hat der Tag Müllabfuhr tatsächlich drei Wochen minus einem Tag Freizeit zur Folge. Allein hier werden schon die faszinierenden Bestandteile sichtbar: Arbeit als Spaß, bedürfnisorientiert, keine Verschwendung, Freizeit. Auch fasziniert Siefkes durch seine selbstverständliche Offenheit: die Menschen werden es sich so einrichten, wie sie es brauchen. Klugheit, Spaß und Engagement werden Lösungen vorbringen, die gefallen.

Auch für die Nutzung (statt Eigentum) gibt es vielfältige, den jeweiligen Produkten angepasste Verteilungssysteme: Flatrates (zum Beispiel im Gesundheitswesen), Produktversteigerungen oder durch Beiträge dem Produktionsaufwand entsprechend.

Das Ganze basiert auf dem gemeinschaftlichen Eigentum der benötigten Güter. Während es mit *bites* relativ einfach ist, die *hardware* den Entwicklern gehört oder in Assoziationen geteilt wird. Bei der materiellen Produktion wird es dann etwas schwieriger. Doch wir begegnen hier einem alten Bekannten: dem *Fabricator*, einer PC-gesteuerten Herstellungsmaschine, wie sie heute schon für Prototypen genutzt wird. Siefkes steht dieser Wundermaschine skeptisch gegenüber, aber er gibt der technischen Entwicklung jede Möglichkeit, die wir heute (noch) nicht erkennen können. Modulare Produkte, dezentrale Produktionsprozesse, rapid manufactoring sind Stichworte für die Veränderung der Produktion. Diese Projektideen überträgt er auf »die« Gesellschaft: lokale Projekte bilden regionale und überregionale, je nachdem wie groß die Aufgaben sind. Da nicht jeder Mensch in jeder Produktassoziation mitmachen kann, sind Verteilungspools mit Aufwands- und Produktversteigerungen eine logische Folgerung.●

Dieter Koschek

Christian Siefkes: Beitragen statt tauschen – Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software. AG SPAK Bücher, 2008, ISBN 978-3-930830-99-2, 2008, 168 Seiten, 16 EUR

Praktischer Sozialismus

Dieser Text ist wirklich etwas Neues. Er will ein *»Strategievorschlag zur gesellschaftlichen Transformation«* sein, ein Vorschlag eines grundlegend neuen Ansatzes, eine Dynamik zur Überwindung der bisherigen Produktionsweise in Gang bringen.

Man sollte allerdings die kleine Broschüre schon recht genau lesen, um das Neue darin zu erfassen. Der Text geht aus von der Beschreibung der Krise der Gewerkschaften: *»Es sollte selbstverständlich sein […] nach einer möglichst gründlichen Selbstkritik zu streben…«* (S. 9). Interessant ist m.E. auch die kurze Darstellung unter der Überschrift *»Politische Parteien der Arbeiterbewegung«: »Vielmehr bietet die allgemeine politische Zielsetzung der Parteien der Arbeiterbewegung ein breites Spektrum objektiver, an die Kapitalentwicklung gebundener Möglichkeiten, von der Verstaatlichung der Produktionsmittel bis zu gesetzlichen Mindeststandards für das ArbeitsverhältniS. Unvereinbar mit dem institutionellen Eigeninteresse der Partei ist jedoch die Aufhebung der Verdinglichung des Arbeiters im Produktionsprozess durch ein unmittelbares Gemeinwesen, denn ebenso wie der ihr vorausgesetzte Staat wurzelt die Partei ihrer Form nach in genau jenen antagonistischen Produktionsverhältnissen, von denen sie real, organisatorisch wirksam abstrahiert.«* (S. 15) Es wird also bezweifelt, ob die Verabsolutierung der Parteiform wirklich zu einer breiten Aktivierung und Demokratisierung der Menge der *»Proletarisierten«*, wie sie schreiben, betragen kann. Es geht hier also um eine gründliche Kritik an verselbständigten Formen (Kapital, Staat, Gewerkschaftsapparat, Arbeiterpartei…).

Dann werden kurz die Grenzen des aktuellen Staatsinterventionsmus aufgezeigt, um nach einer Kennzeichnung der Strukturkrise der Gewerkschaften anknüpfend an Karl Korsch die Frage nach der konkreten Ausgestaltung einer Bewegung um eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu stellen (S. 25). Da *»der Staat selbst Teil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses ist«* (S. 25/ 26), wird ein Kurs jenseits von Markt und Staat empfohlen, in den *»ein die grundlegenden Produktionsverhältnisse revolutionierendes Projekt sich innerhalb der von diesen Strukturen gesteckten Rahmenbedingungen entwickeln und zugleich als Gegenmacht selbst konstituieren muss. ..[…] und dabei »in ihrer Verlaufsform eine die Praxisform verändernde Kulturrevolution sein müsste, die klare Distinktionen setzt, um sich in einem antagonistischen Umfeld erhalten zu können.«* (a.a.O.)

Dann wird noch einmal festgestellt, dass es gelte *»das Eigentum der unmittelbaren Produzenten an den Produktionsmitteln«* wenigstens in Keimformen herzustellen, als Grundlage eines neuen »geschichtlichen Klassenbewusstseins« (S. 27)

Es wird die Idee entwickelt, darauf hinzuwirken, einen Teil des gewerkschaftlichen Streikfonds anzulegen in einem neuen basisbestimmten, gemeinwirtschaftlichen Bereichs. Dieser Fond könnte vielleicht, wenn es gewünscht wäre, von der Gewerkschaftsbasis entwickelt werden, ohne auf den Segen der Führungen zu warten. Diese neue Gemeinwirtschaft müsste sich nicht den Rentabilitätszwängen des Marktes unterwerfen und könnte unmittelbar denjenigen zugute kommen, die als Lohnabhängige auch diesen Bereich gefördert haben.

»In dem Maße, wie sich die Arbeiterbewegung von Kapital und Staat selbständig machte und den »Sozialismus in einer Klasse« durch den Aufbau der Gemeinwirtschaft selbstorganisierte, verlöre die Drohung mit dem Arbeitsplatzverlust tendenziell an Wirkung und könnte der Arbeitskampf direkt mit dem Ziel geführt werden, das bestreikte Unternehmen zu sozialisieren, seine Eingliederung in die Gemeinwirtschaft vorzubereiten.« (S. 30).

Hier gibt es deutliche Berührungspunkte mit einer pluralistisch-antikapitalistischen Bewegung selbstorganisierter Projekte und Betriebe, wie sie sich schon länger in der CONTRASTE ausdrückt. Also, mal lesen und an einer Konkretisierung solche Ansätze mitwirken.●

Hilmar Kunath

Praktischer Sozialismus – Antwort auf die Krise der Gewerkschaften, Hrsg. Hans-Jürgen-Krahl-Institut e.V., Pahl-Rugenstein-Verlag, broschiert, 44 Seiten, 4,95 EUR, Januar 2008, ISBN 978-3-89144-398-9. Die Broschüre kann für 5 EUR inkl. Porto direkt beim HJKI (info@hjki.de) bestellt werden.
Auszüge auf:
www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/debatte/krahl.pdf

Energischer Widerspruch

Gutes Timing: Erdölkrise und Hungerrevolten halten uns in Atem. Also liegt der zwei Mal im Jahr erscheinende WIDERSPRUCH mit dem Thema »Energie und Klima« genau richtig. Wie immer bietet die Zeitschrift eine breite Palette und eine Mischung grundsätzlicher Beiträge mit detaillierten Ansätzen. Elmar Altvater fordert ein neues Energieregime, Hermann Scheer fordert, Energie neu zu denken, Peter Niggli erörtert, ob die nachholende Industrialisierung zu einem Ende komme, dazu gibt es weitere Beiträge zu Agrotreibstoffen und zur EU-Politik. Auf einer konkreten Ebene fragt Hanspeter Guggenbühl nach den Erfolgen der Umweltpolitik und Bernhard Piller nach der Versorgungssicherheit in der Schweiz, zudem nimmt Balthasar Glättli die Schweizer Grünen in die Pflicht; ferner kommen Artikel zu Energiegenossenschaften, zur Ressourcengerechtigkeit und zur 2000-Watt-Gesellschaft. Im Diskussionsteil finden sich Beiträge zu nachhaltigem Wirtschaften, Ökosozialismus und postkolonialen Diskursen in der Schweiz. Abgeschlossen wird das Heft wie immer mit Rezensionen.●

Stefan Howald

Widerspruch 54: Energie und Klima. Zürich 2008, 224 Seiten, 25 Fr.
www.widerspruch.ch

Rock'n'Roll aus der Kommune

Der Versuch, Subkulturen in Romanen adäquat abzubilden bzw. sie in einen Roman gekonnt einzubinden, ist in den meisten Fällen zum Scheitern verurteilt. Entweder ist der/die AutorIn selbst durch seine Zugehörigkeit zu dieser oder jener Subkultur zu tief in der Materie drin oder die Betrachtung entblößt sehr schnell die Unkenntnisse. Eine weitere Kategorie von Romanen umschifft diesen Problemkontext, indem bewusst mit Klischees gespielt wird.

Zu dieser Kategorie gehört auch der Debütroman »Chaos« von der englischen Schauspielerin und Regisseurin Claire Dowie. Den Rahmen für ihren Roman bildet eine wilde 70er Jahre Hippiekommune, in der sich das Leben um Biogemüse, (pseudo)freie Liebe und Drogenkonsum dreht. In dieser Kommune wächst ihr Protagonist »Chaos« auf, der mit seiner Band zum Weltstar aufsteigt und tragisch bei einem Autounfall ums Leben kommt. Ein Plot aus dem sich etwas machen ließe, den aber Claire Dowie leider verschenkt. Sie spielt teils sehr geschickt mit den Klischees und ringt dabei dem Leser das eine oder andere Grinsen ab, wenn sie z.B. die Kommune in der Geburtsklinik beschreibt, aber sowohl beim Aufbau als auch in der Ausgestaltung des Romans zeigt sich sehr deutlich, dass es ein Debütroman ist. Er weist viele technische Mängel und Schwächen aus. Unverhältnismäßig lang erscheint die Beschreibung des Kommunelebens, das für den eigentlichen Handlungsstrang lediglich die Basis bieten soll, und die eigentliche Handlung wirkt im Gegensatz sehr zusammengestaucht und unausgegoren. Nach knapp 200 Seiten kommt sie endlich auf jene legendäre Band zu sprechen, um die sich alles dreht. Ihr Hauptprotagonist wirkt dabei farblos und steht hinter den Nebenprotagonisten in deren Schatten. Elemente wie der Auftritt seiner Band, bei dem er auf einmal neben Tony Blair auf der Bühne steht, handelt sie in wenigen Sätzen ab, während gerade die Beschreibung des Kommunelebens häufig Redundanzen aufweist. Schade, das ist nicht unbedingt ein gelungener Debütroman....●

Maurice Schuhmann

Claire Dowie: Chaos, Merlin Verlag Gifkendorf 2008, 324 S., ISBN: 978-3-87536-255-8, Preis: 18,90 EUR.
Weitere Informationen:
www.clairedowie.co.uk/

Agenten des Bösen

Wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr überschaubar, für den »kleinen Bürger« nicht mehr erklärbar sind, dann boomen Weltverschwörungstheorien. Eine geheime Macht, die hinter den Kulissen die Fäden zieht, erklärt mit einfacher schwarz-weiß-Malerei, was komplex und schwer begreifbar ist. Wippermann zeichnet in seinem Buch eine geschichtliche Chronologie der Weltverschwörungstheorien, wie wir sie spätestens seit dem ausgehenden Mittelalter beweisen können. Waren ursprünglich »nur« die Juden die angeblichen Drahtzieher von allem Bösen auf dieser Welt, so gesellten sich in späteren historischen Phasen Satanisten und Hexen, sodann Freimaurer und »Illuminaten« dazu. In unserer Gegenwart schließlich rühren auch böse Aliens kräftig im Weltverschwörungsbrei rum.

Interessant in diesem Buch sind u.a. die Ausführungen über antikommunistische, antikapitalistische und aktuelle antimoslemische und antiamerikanische Weltverschwörungsgeschichten. Heute ist dieses reichlich okkult angereicherte Heer von Verschwörerjägern zu einem brisanten Politikum geworden; wie seinerzeit im Dritten Reich. In trauter Eintracht mit dem Rechtsextremismus und dem islamischen Fundamentalismus sind Weltverschwörungsideen angetreten, um letztlich die Demokratie abzuschaffen und wieder einer Führer-Elite die politische Macht anzuvertrauen; damit diese uns von dem Übel der Weltverschwörung erlösen möge. Fazit des Autors: »Es droht ein Rückfall in eine vor- und antiaufklärerische Zeit.« (S. 163)

Ein brisantes Buch, das seinen festen Platz im Feld politischer Aufklärung verdient.●

Roman Schweidlenka

Wolfgang Wippermann: Agenten des Bösen. Verschwörungstheorien von Luther bis heute, Bebra Verlag, Berlin-Brandenburg 2008, 19,90 EUR

Wunsch-Bullshit im Universum

Es ist eigentlich ganz einfach: Nur die eigene Dummheit und Uninformiertheit hindert daran, endlich den großen Durchbruch zu schaffen: Wenn wir nur positiv denken, können wir uns wünschen, was wir wollen: Reichtum, Autos, guten Sex, perfekte Beziehungen, die Erleuchtung und alle Wunderdinge, die es auf diesem Planeten gibt. Denn der Kosmos wartet nur darauf, uns zu Diensten zu sein. Die Erfolgreichen und Superreichen haben das erkannt.

So lautet die Frohbotschaft, die erfolgreiche »Wissende«, nicht zuletzt durch den Bestseller »Das Geheimnis«, uns armen Kreaturen vermitteln. In diesem Weltbild wird sogar Jesus zum reichen Karrieremann. Während viele dieser Frohbotschaft nachlaufen, ärgern sich andere darüber. Die Autoren des vorliegenden Buchs sind einen anderen Weg gegangen: Sie ziehen den modernen Erfolgspropheten mit Humor und lustigen Seitenhieben den ideologischen Boden unter den Füßen weg. Einige der Behauptungen von Rhonda Byrne, Esther Hicks, Pierre Franckh, Bärbel Mohr und Kurt Tepperwein werden widerlegt. Das Buch lebt nicht von der umfangreichen, scharfen Analyse, sondern von der allgegenwärtigen Satire, der die Größenphantasien und geistigen Verführungen der esoterischen Erfolgsgurus als billige, arrogante Volksverblödung entlarvt.

Dreksler und Balder haben zusammen viele Fernsehshows produziert. Profis zeigen, dass auch die allwissenden Erfolgsprediger eine Show betreiben. Die aber dient nicht der Unterhaltung, sondern beutet die Sehnsüchte verzweifelter und kranker Menschen aus.●

Roman Schweidlenka

Jacky Dreksler, Hugo Egon Balder: Wunsch-Bullshit im Universum, Pacific Productions, Köln 2008, 17,90 EUR

Geboren im Schatten der Angst

Seine Eltern waren in Deutschland angeworben worden. Andere Heilsucher kamen aus Österreich. Sie alle folgten Paul Schäfer nach Chile. Eine krude Bibelauslegung zwang zu unbedingtem Gehorsam. Mit harter Arbeit wurde jeder freie Gedanke ausgemerzt. Die Kindheit und Jugend in dieser Sekte war, wie es anschaulich in dem Buch nachgelesen werden kann, die Hölle. Sektenchef Paul Schäfer war aber nicht nur gnadenloser Führer und finanzieller Betrüger – er war auch pädophil, missbrauchte zahlreiche Jugendliche und übte sich im Waffenhandel. Der chilenische Faschismus unter Pinochet (für dessen Freilassung sich seinerzeit der damalige Papst und der jetzige Dalai Lama einsetzten), verbrüderte sich mit der Sekte, die den klingenden Namen *Colonia Dignidad* trug: Kolonie der Würde. Auf dem großen Gelände der Kolonie errichteten die chilenischen Faschisten ihr geheimes Folterzentrum. Politische Gegner wurden dort nach allen Regeln der Kunst gequält und getötet. Trotz Interventionen von Amnesty International und anderer Organisationen konnte sich die Foltersekte über 60 Jahre halten!

Es wirkt fast unglaubwürdig, wie der junge Schnellenkamp in dieser Welt des leibhaftigen Horrors überlebte und dann seine Flucht in die Wege leitete. Bald darauf wurde die Sekte von einer neuen Regierung aufgelöst und mit einer Prozesslawine überzogen. Der aufrüttelnde Tatsachenbericht über eine Kindheit und Jugend in einer faschistischen Sekte, von den Eltern entfremdet, mit Zwangsarbeit, Strafwillkür, Psychoterror und faschistischer Erziehungsdisziplin, geht unter die Haut.●

Roman Schweidlenka

Klaus Schnellenkamp: Geboren im Schatten der Angst. Ich überlebte die Colonia Dignidad, Herbig, München 2007, 19,90 EUR

Wie wenig Geld ist zu wenig?

»Mit dem im Regelsatz für Nahrungsmittel vorgesehenen Betrag (239 Euro für zwei erwachsene Personen) konnten wir uns nur 22 Tage lang eine solche leisten.« Das ist vielleicht der wichtigste Satz aus dem Buch von Elena Wolf. Sie selbst fasst die wichtigsten Erkenntnisse ihrer Arbeit so zusammen: *»Der Staat garantiert den Bürgen das sozio-kulturelle Existenzminimum. Diese Garantie gilt jedoch nur auf dem planerischen Papier. In der Realität bedient sich der Staat »unanständiger Tricks«, um die Höhe des Existenzminimums möglichst niedrig zu halten. Der Regelsatz ist nicht bedarfsdeckend. Das sozio-kulturelle Existenzminimum ist damit nicht gewährleistet. Das Leben auf dem Hartz IV-Niveau ist mit vielen Einschränkungen gerade im sozio-kulturellen Bereich verbunden.*

Hartz-Gesetzgebung bedeutet einen Wandel in der Sozialpolitik: von Welfare- zu Workfare-Regime. Das Recht auf ein Existenzminimum ist an Arbeitszwang geknüpft. Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden als Bürger zweiter Klasse betrachtet, die ständig unter dem Verdacht des Schmarotzertums stehen. Die versprochene soziale Gerechtigkeit gilt nicht mehr für alle, sie ist zum Klassenprivileg geworden. Das Recht auf ein Existenzminimum ist in Gefahr. Als Ausweg aus der Armut und Unsicherheit bietet sich das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens an.«

Das Buch enthält die Dokumentation eines Selbstversuches, einen Monat mit Hartz IV zu leben. Der Tagebucheintrag des vorletzten Tag des Selbstversuchs:

»29. April – Der vorletzte Tag von Hartz IV-Leben. Ein trauriger Tag? Heute musste ich anschauen wie Hunderte von Menschen zum Ritter-Turnier strömten. Wir konnten leider nicht hin. Schon der Eintritt hat 7,50 EUR gekostet und da drinnen gibt's natürlich auch nichts umsonst. Wir sind spazieren gegangen, haben die Sonne genossen und unterwegs noch Löwenzahn gepflückt.

Ausgaben: 4,17 EUR Brötchen für Sonntagsfrühstück. Zum Essen gab's Kartoffeln und Löwenzahnsalat. (Schmeckt gar nicht so schlecht vor allem wenn man nicht daran denkt, dass es Löwenzahn ist. Viel kann man davon aber nicht essen.)«●

Dieter Koschek

Elena Wolf: Wie wenig Geld ist zu wenig? Das Existenzminimum und ein Selbstversuch AG SPAK Bücher, 2008, 160 Seiten, ISBN 978-3-930830-98-5, 16 EUR

PROJEKTE

WG-Aufbau und Altwerden für 5 bis 7 Frauen; Handwerk, Tiere, Garten auf Denkmalhof, Südeifel: Miete / Beteiligung / FAIRCONOMY.
☎(0 65 22) 10 46 (AB)

Wohnprojekt in Felizenzell, 60 km NÖ von München, 6 km vom Bf Schwindegg hat ab sofort 1 Zimmer frei, ab Sept. 2 weitere. Wir haben einen Dreiseithof seit 7 J. Gemeinschaftsbesitz, Eigentümerin ist ein e.V.. Z. Zt leben hier 11 Menschen zwischen 11 u. 53 J. in offenen WG-Strukturen (3 Küchen). Es gibt eine Schlosserei, Hofwerkstatt, Bauwagen. Einige bauen Gemüse an und halten Milchschafe und -ziegen und Hühner für den Eigenbedarf, andere pendeln zur Arbeit nach München, einige sind linkspolitisch aktiv ... Der Hof wurde im Laufe der Jahre von den BewohnerInnen u. Freunden ausgebaut, es gibt noch viele Vorhaben, Engagement und Mitarbeit erwünscht.
Kontakt: uta.adler@t-online.de oder
☎(0 80 86) 947 99 70

Fa. aqua nostra sucht dringend halbtags **MitarbeiterIn**, welche mit Herz und Hirn Pflanzenkläranlagen planen und bauen will und natürlich darüber hinaus in unserer Gemeinschaft leben möchte. Autocad-Kenntnisse wären gut.
Workshop: 27.September, 9-18 Uhr
Kooperative Gersdorf, Gersdorf 23, 09661 Striegistal, OT Gersdorf
☎(03 43 22) 66 17 96
www.schloss-gersdorf.org

Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen (BAG)
EXISTENZGELD RELOADED
AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7 89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95 www.agspak-buecher.de

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47

der KinderGipfel
Kinderrechte sind Menschenrechte!
www.kindergipfel.de
weitere Informationen:
Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein, 53424 Remagen
Tel. (02228) 94 15-0
info@naturfreundejugend.de

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarische Handel mit autärdischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-39904892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

FORUMRECHT
LOHNT ARBEIT?
Heft 01 - 2008 jetzt erhältlich.
www.forum-recht-online.de
Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegung.

grünes blatt - zeitung für umweltschutz 'von unten'
Seit mehr als zehn Jahren publizistisch aktiv in den Bereichen Ökologie, Politik, Repression und soziale Bewegungen, hat sich das 'grüne blatt' nun ein neues Schwerpunktgebiet gesucht: Neben der Berichterstattung über o.g. Themen, kritischer Reflektion politischer Diskurse und Organisierung, Berichten und Ankündigungen soll es nun vermehrt um die Verbreitung der Idee eines emanzipatorischen Umweltschutzes 'von unten' gehen. Dazu will die neue Redaktion Debatten anzetteln, aktuelle Politikansätze analysieren, Gegenmodelle vorstellen. Ihr seid herzlich eingeladen, an diesen Prozessen als Leserinnen oder aktiv Gestaltende mitzuwirken!
Das Abo gibt's für zehn Euro im Jahr (vier Ausgaben jeweils ein Exemplar) oder für 30 Euro (jeweils zehn Exemplare) zu bestellen bei:
Redaktion - grünes blatt
Postfach 32 01 19
D-39040 Magdeburg
grünes blatt
www.gruenes-blatt.de +++ mail@gruenes-blatt.de +++ Telefon +49 391-72 72 657

BRD DRITTE WELT 69
Völkermord
Türkei, Deutschland und die Armenier
Völkermord an den Armeniern
Geschildert wird der Völkermord selbst, insbesondere aber die deutsche Verantwortung. Außerdem geht es um die Leugnung, vor allem durch türkische Stellen. Die Thesen der Leugner werden Punkt für Punkt beleuchtet.
Eine umfangreiche Literaturübersicht hilft denen, die sich über den Völkermord ausführlicher informieren wollen.
Reinhard Pohl:
Völkermord
Türkei, Deutschland und die Armenier
2008, 48 Seiten, 2 Euro
www.brd-dritte-welt.de
Magazin Verlag
Schweffelstr. 6, 24118 Kiel
Fax: 0431 / 570 98 82

Solidarität ist unsere stärkste Waffe!
Rote Hilfe
www.rote-hilfe.de
zentrales spendenkonto:
rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46
kontakt:
rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

FANTÔMAS
GLOBALE SOZIALE RECHTE
Recht denken
Ideologie, Repräsentation, Lebensformen
Recht in Bewegung
Zwischen leerem Globalismus und emanzipatorischer Praxis
Recht erkämpfen
Arbeit, Migration, Gesundheit
4,50 € + Porto (per Rechnung)
Bestellungen an:
vertrieb@akweb.de
ak – analyse & kritik · www.akweb.de
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175

www.direkteaktion.org
Kalte Zeiten, heiße Seiten
[Zündstoff gegen soziale Kälte]
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
Probeheft gratis!
da-abo@fau.org

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

die linke auf den punkt gebracht.
junge Welt
Durchbruch zum Zaun
im abo. im internet. am kiosk.

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen unverbindlich testen. Das Testabo endet automatisch.
Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Datum/Unterschrift

Ich habe das Probeabo empfohlen:
Name/Vorname
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Datum/Unterschrift
Bitte beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.
Belieferung beginnt ab Montag, den:

Coupon einsenden an Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-44

iz3w
308
Lesen und Tee trinken – Literatur in der Türkei
Außerdem: ▸ PKK ohne Vision ▸ Fotografie aus Afrika ▸ Evangelikale mit Einfluss ▸ Kolonialismus und NS ▸ Gewalt in Südafrika ...
52 Seiten, € 5.30 + Porto
iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org
iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
Nr. 330, Sommer 08, Schwerpunkt „Anarchie & Musik":
Chaoze One - Symbiose aus HipHop und Anarchismus ; Einstürzende Neubauten ; Subkultur und libertäre Bewegung ; Chumbawamba: The Boy Bands Have Won ; Chorsingen: Anatur oder Diktarchie? ; Partizipative Musik ; Pastete im Himmel - Joe Hill ; Sinew, außerdem: Chinas System der zynischen Herrschaft ; Anarchie statt Chavismus! ; Gendreck weg! ; Utopia 5, u.v.m.
Probeabo: 5 Euro (3 Ex.); Abo: 30 Euro (10 Ex.)
Bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim**
Fax: 02440/959351; abo@graswurzel.net, **www.graswurzel.net**

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax (**06 21) 30 38 13, E-Mail**: nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de / **Selbstorganisation im Alltag: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

**Wir können auch anders!
Leben in der Kommune**

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 31.10.-2.11.2008

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext

Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie;
- Entscheidungsfindung im Konsens;
- gemeinsame Verantwortung füreinander;
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 20.10.-24.10.08
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Aufruf zur Mitgestaltung des Kongresses »Solidarische Ökonomie«, Wien

Von 20.-22.2.2009 findet in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt. Alle sind eingeladen, workshops, offene Diskussionsrunden, Filme, Performances etc. einzubringen. Rückmeldungen sind bis **17.10.2008** erbeten.

Ziel des Kongresses ist:

- Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene;
- Den Begriff »solidarische Ökonomie« bekannt zu machen;
- Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis;
- Motivieren, in diesem Sinn aktiv zu werden.

Das Verständnis von Solidarökonomie soll dabei breit angelegt werden – also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt. Der Begriff soll bewusst nicht eng geführt werden und es soll Platz für unterschiedliche Konzeptionen und Ansätze sein sowie für kontroversielle Disussionen.
Dabei geht es um Kritik der Geschlechterverhältnisse, Kapitalismus, Zerstörung natürlicher Lebensräume genauso wie um den selbstreflexiven Blick auf solidarökonomische Projekte wie: selbstverwaltete Räume und Betriebe, alte und neue Genossenschaften, solidarische und interkulturelle Gärten etc.
Unser Konsens gilt egalitären, partizipativen und unhierarchischen Formen und Prinzipien der Solidarischen Ökonomie, die wir auch in Vorbereitung und Ablauf des Kongresses leben wollen.

Daraus ergab sich für die geplante Kongressstruktur:

- Parallele gleichwertige Einheiten, in denen alle ihre Inhalte anbieten können;
- Für spontane Veranstaltungsideen und weiterführende Diskussionen werden ebenfalls Räume vorhanden sein.

Welche Angebote von VeranstalterInnen es schon gibt, ist zu sehen auf www.solidarische-oekonomie.at. Bitte ggf. zwecks Koordination mit anderen in Kontakt treten und Eure/Deine Angebote auf der website eintragen!
Ausführlichere Informationen, Zeitstruktur des Kongresses und Anmeldung von Beiträgen zum Kongress:
www.solidarische-oekonomie.at

FREIE SCHULEN

Die Vorbereitungen für das diesjährige Bundestreffen vom **18. bis 21. September** laufen in Bochum auf vollen Touren. So gibt es bereits ein vorläufiges Programm, das eine erste Vorstellung vermittelt. Das diesjährige Bundestreffen wird ein besonderes, da es das 30. Bundestreffen ist, wir gleichzeitig das 20-jährige Jubiläum des Bundesverbandes feiern und es ein Schülerprogramm von SchülerInnen für SchülerInnen geben wird. Zudem wird es die Möglichkeit für SchülerInnen und PädagogInnen geben, an der Freien Schule Bochum zu hospitieren.

Der BFAS (www.freie-alternativschulen.de) und die Freie Schule Bochum (www.freie-schule-bochum.de) werden kontinuierlich auf ihren Internetseiten über den aktuellen Planungsstand informieren.

ÜBERWACHUNGSSTAAT

Freiheit statt Angst

Bürgerrechtsorganisationen rufen für Samstag, den **11. Oktober 2008** unter dem Motto »Freiheit statt Angst« zu einem Marsch durch Berlin auf, um gegen die ausufernde Überwachung durch Staat und Wirtschaft zu protestieren. Die Organisatoren sind sich einig, dass es höchste Zeit ist, vor dem Hintergrund permanenter Verschärfungen von Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen für die Verteidigung unserer Grundrechte auf die Straße zu gehen. Die Demonstration wendet sich unter anderem gegen die für Herbst geplante Aufrüstung des Bundeskriminalamts zu einer zentralen, exekutiven Polizeibehörde mit der Befugnis zum geheimen Ausspionieren von Privatcomputern.
Nach der im vergangenen Jahr mit über 15.000 Menschen größten Demonstration für Demokratie und Bürgerrechte seit 20 Jahren werden in diesem Jahr erstmals in verschiedenen Ländern gleichzeitig Menschen für ihre Freiheit auf die Straße gehen. Bereits 15 Länder weltweit haben ihre Teilnahme an dem internationalen Aktionstag am 11. Oktober angekündigt.
Grund des einhelligen Protestes ist, dass die Politik ihre Überwachungs- und Kontrollvorhaben zunehmend in internationalen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen durchdrückt. Der internationale Protest richtet sich etwa gegen die geplante Totalerfassung aller Flugreisenden in der EU, die geplanten Datenauslieferungen an die USA, biometrische EU-Ausweispapiere und die Vorratsspeicherung der Telekommunikationsverbindungen und Standorte sämtlicher 455 Millionen Europäer.
Der mit Kriminalitätsgefahren begründeten politischen Spirale innerer Aufrüstung setzt die Zivilgesellschaft den Ruf nach »Freiheit statt Angst« entgegen. Ein Moratorium für sämtliche Überwachungsvorhaben, der Abbau von Massenüberwachung und die Erweiterung digitaler Rechte sollen die Freiheitsrechte der Menschen stärken. Die Aktivisten fordern zudem eine unabhängige Überprüfung sämtlicher geplanter und bereits geltender Überwachungs- und Kontrollbefugnisse auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen.
Im Vorfeld des Aktionstages ruft der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung dazu auf, sich am 20. September 2008 in München der Demonstration »Freiheit Weiß-Blau – Stoppt den Überwachungswahn« gegen das verschärfte Bayerische Versammlungsgesetz und weitere Überwachungsmaßnahmen anzuschließen.
International wird zudem am 22. September 2008 in vielen Städten im Rahmen des OneWebDay für den Aktionstag »Freiheit statt Angst« mobilisiert werden. Aktuelle Informationen über den Aktionstag »Freiheit statt Angst« am 11. Oktober und die Möglichkeiten, sich zu beteiligen, finden sich im Internet auf www.FreiheitstattAngst.de.

KRISIS

Crashkurs
Finanzmarktkrise, Peak Oil und die Grenzen der Warengesellschaft

Rund dreißig Jahre konnte es so erscheinen, als lasse sich die strukturelle Verwertungskrise des warenproduzierenden Weltsystems durch die Aufblähung immer neuer Spekulations- und Kreditblasen endlos in die Zukunft verschieben. Doch in der aktuellen Finanzmarktkrise wird deutlich, dass diese Methode der Fiktionalisierung des Kapitals ihre Grenzen hat. Werden diese erreicht, droht eine gewaltige Weltwirtschaftskrise, mit katastrophalen Folgen für die große Mehrheit der Menschheit. Denkbar ist allerdings auch, dass es den Zentralbanken und Regierungen gelingt, den Crash durch eine Politik des »leichten Geldes« noch eine Zeit lang aufzuschieben. Aber auch in diesem Fall bleibt der Rückschlag auf die alltäglichen Arbeits- und Lebensbedingungen, vor allem in Gestalt beschleunigter Inflation, nicht aus. Gleichzeitig erfährt mit der absehbaren Erschöpfung der fossilen Energieressourcen der Krisenprozess eine zusätzliche Verschärfung. Nachdem bisher schon die Lohneinkommen massiv gedrückt, die Arbeitsbedingungen prekarisiert und große Teile des öffentlichen Sektors ins Feuer der Verwertung geworfen worden sind, schneiden nun die explodierenden Energie- und Nahrungsmittelpreise immer mehr Menschen vom Zugang zu den elementarsten Existenzmitteln ab. Ökonomische und ökologische Krise verschlingen sich so unmittelbar zu einem Gesamtprozess der Massenverelendung und -exklusion, der längst bis in die kapitalistischen Zentren hineinreicht.
Das Seminar setzt sich mit diesen Entwicklungen ebenso auseinander, wie mit der damit einhergehenden ideologischen Krisenverarbeitung, wonach »gierige Finanzinvestoren« (»Heuschrecken«) Schuld an der ganzen Misere seien. Weiterhin werden der Dienstleistungssektor und der Sektor der »Wissensproduktion« wert- und krisentheoretisch unter die Lupe genommen. Dabei soll vor allem die These diskutiert werden, dass sie als Grundlage für eine erweiterte Kapitalverwertung nicht geeignet sind und somit auch hier die Grenzen der Warenproduktion erreicht werden.
Termin: 3.-5.10.2008, Ipsheim
Information & Anmeldung:
Förderverein Krisis e.V.,
Postfach 81 02 69, 90247 Nürnberg
krisisweb@yahoo.de

GRUNDLOS BODEN LOS

Anders umgehen mit Grund und Boden

Tagung der Bewegung für soziale Dreigliederung e.V. mit Heidjer Reetz, Rolf Novy-Huy, Bernhard Hummel, Michael Wilhelmi, Sylvain Coiplet, Mathilde Stanglmayr und Falk Zientz.

Themen:

- Wie muss das Eigentumsrecht gestaltet werden, wenn man den Boden aus dem Wirtschaftskreislauf herausnehmen will?
- Wie kann der Boden übertragen werden, wenn er nicht verkauft oder vererbt werden soll?
- Wann wird die Bodenverteilung zu einer Rechtsfrage?
- Wie hängt die Bodenspekulation mit der Finanzkrise zusammen?
- Wie erzeugen die Initiativen die faktische Unverkäuflichkeit der betreuten Grundstücke?

Sowohl die Existenz kultureller Einrichtungen als auch das Recht selber sind bedroht, wenn der Boden zur Ware gemacht wird. Wir wollen die Zusammenhänge herausarbeiten, aber auch am Beispiel von Stiftung trias, Mietshäuser Syndikat und Vivenda prüfen, was jetzt schon praktisch getan werden kann, um den Boden der Spekulation zu entziehen.
Termin: 17.-18.10.2008, Berlin
Veranstaltungsort:
FORUM Berufsbildung, Charlottenstr. 2, 10969 Berlin
Veranstalter: Bewegung für soziale Dreigliederung e.V., Fehrbelliner Straße 6, 10119 Berlin
E-Mail: institut@dreigliederung.de
Information und Anmeldung:
www.grundlos-bodenlos.de
oder ☎ (0 30) 26 30 52 02

REFLECT!

Seine Arbeitskraft zu Markte tragen
– Prekarisierung und der Marketing Charakter

Mit dem Wandel der Arbeitsgesellschaft vom Fordismus zum Postfordismus geht eine tiefgreifende Veränderung der Ware Arbeitskraft einher. Der Versuch der lohnarbeitenden Klasse den entmenschlichenden Produktionsbedingungen in der Fabrik etwas entgegen zu setzen, versandet in der Ich AG. Der allzeit flexible Mensch muss sich stetig neu entwerfen, um nicht überflüssig zu werden. Als Arbeitskraftunternehmer muss der Mensch sein ganzes Dasein daraufhin überprüfen, ob er für ein Unternehmen gewinnbringend einsetzbar ist.
Der »Marketing-Charakter« stellt sich die Illusion der Selbstverwirklichung durch Lohnarbeit vor. Dies in einer Zeit, wo die Grenzen der kapitalistisch notwendigen, weil verwertbaren Arbeit, verschieben. Ausgrenzung, Überflüssigkeit und der Zwang zu arbeiten, um zu leben, und leben, um zu arbeiten, drücken dabei auf die Psyche. Statt sich aber gegen diese Erniedrigungen zur Wehr zu setzen, regiert die Angst vor dem Abstieg und die Hoffnung auf das sich Einrichten in der Gesellschaft.
Das scheinen die springenden Punkte zu sein, die das Fundament der Hegemonie des Kapitals über die lohnarbeitenden Menschen bilden. In diesem Seminar wollen wir uns mit einigen Aspekten dieses neuen »Lifestyles« auseinandersetzen, mit der Absicht, die Widersprüchlichkeiten herauszuarbeiten.
Termin: 7.-9.11.2008
Ort: Bremen, Kulturzentrum Paradox

Der »universelle Verblendungszusammenhang« (Adorno)
Beispiel für den alltäglichen Ausnahmezustand? Zum Begriff der Praxis und der (Ideologie-)Kritik in der Kritischen Theorie

Entgegen der Standardrezeption kritischer Theorie, sie sei nur negativ und biete keine Handlungsmöglichkeiten, flüchte sich entweder in die Religion (Horkheimer) oder in die Kunst (Adorno), wollen wir uns in dem Seminar den Kritikbegriff der Kritischen Theorie aneignen, um darauf hin Möglichkeiten politischer Handlungsfähigkeit auf der Grundlage von Reflexion, Praxis und Ideologiekritik zu erarbeiten.
Adornos Imperativ, die Verhältnisse so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, bedeutet keineswegs die Absage an jegliche politische Interventionsmöglichkeiten. Wir wollen uns der Frage nähern, ob und wie immanente Kritik heute möglich ist oder es einen (moral- und sozialphilosophischen) Standpunkt von außen braucht. Anders ausgedrückt: Wie verhält es sich im Neoliberalismus mit der »versöhnten Gesellschaft« Adornos und vor allem: Was bedeutet das für die Freiheit?
Das Seminar ist sowohl für AnfängerInnen als auch für Fortgeschrittene geeignet.
Alle erforderliche Literatur wird rechtzeitig vorher gestellt.
Termin: 21.-23.11.2008
Ort: VJF Karolinenhof, Schmöckwitz bei Berlin
Information & Anmeldung:
reflect! – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung e.V.
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
☎(0 30) 39 20 12 19
info@reflect-online.org
www.reflect-online.org

AGRARBÜNDNIS

Einkommenskombinationen als Chance für den ländlichen Raum
– Die Bedeutung des Nebenerwerbs

Nebenerwebslandwirtschaft ist die häufigste Betriebsform in Deutschland. Als klassische Form der Einkommenskombination kann sie ein Baustein für eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes sein.
Mit der Tagung und ihrer Aufbereitung sollen die zahlreichen positiven Effekte für den ländlichen Raum stärker in den Blickpunkt von Gesellschaft und Politik gerückt und verstärkt analysiert und Handlungsempfehlungen für Verwaltung und Politik zur Stärkung der Einkommenskombination in der Landwirtschaft entwickelt werden
Termin: 23.9.2008, 10 Uhr bis 16 Uhr, Kassel
Information & Anmeldung:
AgrarBündnis, Dr. Frieder Thomas,
Königstor 28, 34117 Kassel
☎(05 61) 70 16 59 42, Fax: -40
www.agrarbuendnis.de

KULTURFESTIVAL

»autumn leaves«
das neue Kulturfestival im Ökodorf

Vom **14. bis 21. September** lädt das Ökodorf 7 Linden (eine sozial-ökologische Modellsiedlung zwischen Salzwedel und Wolfsburg) zu einem Kulturherbst ein. Es beginnt mit einem Kunstsymposium als Werkstattwoche (Tanz, Theater, Gesang, Maskenbau, Objektgestaltung) in der auch eine gemeinsame Performance für das Festivalwochenende entwickelt wird. Am Wochenende vom 19. bis 21.09. werden verschiedene Künstler auftreten (Das blaue Einhorn, Fetita Mea Mica, Joachim Goerke...) und zusammen mit einheimischen Künstlern und den Gästen das Festival als ein Gesamtkunstwerk gestalten.
Miniworkshops und gemeinsame Kunstaktionen zusammen mit dem Ort, der Natur, Momenten der Stille und Begegnung laden zu einem schöpferischen Erlebnis ein. Auch die Kinderbetreuung wird kreativ gestaltet.
Information & Anmeldung:
☎(03 90 00) 5 12 35
info@autumn-leaves.org
www.autumn-leaves.org

MEDIEN

Von der Meldung zum Kommentar
Die journalistischen Darstellungsformen kennen, anwenden, beurteilen

Von Stil und Form eines journalistischen Beitrags hängt es zunächst einmal ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information kann man auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Ankündigungen für Terminhinweise, wie Berichte von Veranstaltungen, wie einen Kommentar für die Tagespresse? Unser Praxis-Seminar führt in die informierenden und kommentierenden Darstellungsformen ein.
Termin: 22.-24.9.2008

Das Interview
Planung, Fragetechnik, Bearbeitung

Selbst wer journalistisch erfahren ist, schüttelt ein gutes Interview nicht aus dem Ärmel. Wie Sie sich auf das Gespräch vorbereiten, mit welchen Fragen Sie tatsächlich Neuigkeiten erfahren und wie Sie ein Interview anschließend bearbeiten, lernen Sie in praktischen Übungen. Dabei geht es auch um die Frage der Autorisierung vor einer Veröffentlichung.
Termin: 21.- 22.10.2008

Layout mit InDesign
Einführung in die Seiten-, Text- und Bildgestaltung

Was gutes Layout ist, wissen Sie – aber wie sagen Sie es dem Computer? Mit dem rahmenorientierten Layout-Programm InDesign können Sie Texte und Bilder kombinieren, das Layout für ein- und mehrseitige Dokumente festlegen sowie mit Musterseiten und Stilvorlagen arbeiten.
Termin: 24.- 26.10 2008
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
www.journalistenakademie.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg